

NOVEMBER 2023
AUSGABE: 7

JOURNALIST POST

08

DMITRI MURATOW: SOZIALE
MEDIEN DÜRFEN NICHT
ABGESCHALTET WERDEN!

44

ÓSCAR MARTINEZ: JOURNALISMUS
WIRD IN DUNKLEN
ZEITEN MEHR GEBRAUCHT

46

WALID BATRAWI:
PALÄSTINENSISCHE
JOURNALIST*INNEN
IN DER SCHUSSLINIE

**Seit 3168 Tagen
im Gefängnis:**

**der türkische Dreyfus-
Journalist Mehmet Baransu**

BERICHTE,
INTERVIEWS UND
ARTIKELN AUS

17

VERSCHIEDENEN
LÄNDERN



Unterstützen Sie
den
freien Journalismus



PATREON





AFP



“ Wir unterstützen unabhängige Journalisten in Schwierigkeiten, indem wir mit internationalen Nachrichtenagenturen zusammenarbeiten. ”



INTERNATIONAL
Journalists

INTERNATIONAL JOURNALISTS ASSOCIATION

www.internationaljournalists.org

- **Dies ist keine Einbildung, sondern eine reale Gefahr. Gehen Sie nicht in die Türkei!**
Prof. Dr. Frank Überall 6
- **Wir werden niemals nachgeben**
Ekaterina Glikman 12
- **Achtung, Fake News!**
Iryna Synelnyk 14
- **Nur Fakten können Fake News entgegenwirken**
Oksana Chykanchy 16
- **Balkanische Medien widerstehen**
Xhemajl Rexha 18
- **Nicht nur die Pressefreiheit ist in Kolumbien problematisch, auch ethische Werte fehlen!**
Salomé Saldarriaga J. 22
- **Seit 3168 Tagen im Gefängnis: der türkische Dreyfus-Journalist Mehmet Baransu**
Gülizar Baki, İsmail Sağıroğlu, Şemsi Açıkgöz 24
- **Wie frei ist die Presse in der arabischen Welt?**
Yavuz Acar 34
- **Pressefreiheit in Südafrika: Gründe, nicht selbstzufrieden zu sein**
Dr. Mia Swart 36
- **Starke Journalistinnen für ein starkes Afrika**
Catherine Gicheru 38
- **„Afrikanische Exiljournalist*innen werden marginalisiert“.**
Fathi Osman 40
- **Pressefreiheit: Deutschland rutscht in der Gesamtwertung auf Rang 21 ab**
Thora Meißner 42
- **Journalismus wird in dunklen Zeiten mehr gebraucht**
Óscar Martínez 44
- **Palästinensische Journalist*innen in der Schusslinie**
Walid Batrawi 46
- **Wir sind nirgendwo auf der Welt sicher**
Yüksel Durgut 48
- **40 Tage Streik gegen die radikale Rechte**
Lou Phily 50
- **Exiljournalist*innen müssen gemeinsam handeln**
Dr. Kezban Karagöz 53
- **Cartoon** Carlos Latuff 58



DER RUSSISCHE JOURNALIST UND FRIEDENSNOBELPREISTRÄGER **DMITRI MURATOW:**

SOZIALE MEDIEN DÜRFEN NICHT ABGESCHALTET WERDEN!

Wir dürfen nicht zulassen, dass YouTube oder Wikipedia abgeschaltet werden. Das sind die letzten Kanäle, über die Journalisten Informationen verbreiten können. Wenn die russischen Behörden die sozialen Medien abschalten, können sie ihre Propaganda verbreiten.. **8**



“ICH HABE AUFGRUND EINES FOTOS 2 JAHRE IM GEFÄNGNIS VERBRACHT “
20

Zahra Joya



WIR SIND NIRGENDWO AUF DER WELT SICHER
48

HERAUSGEBER:
INTERNATIONAL
JOURNALISTS
ASSOCIATION e.V.

VERTRETEN DURCH:
MUSTAFA KILIÇ

EDITOR:
YÜKSEL DURGUT

EDITORIAL BOARD:
SEMSI ACIKGÖZ
CILENE VICTOR
LILIAN SANCHES
İSMAIL SAĞIROĞLU
GÜLİZAR BAKI
THORA MEIßNER
TÜRKMEN TERZI
ÖZCAN KESER
ERSIN ŞANLI
İRFAN GALIP DUMLU
FATHI OSMAN
SALOMÉ SILDARRIAGA J.
AHMET DOĞAN

ART DIRECTOR:
ÖMER AKBULUT

LAYOUT:
KEMAL KAHVECİ

ÜBERSETZER*INNEN:
İSMAIL KUL
BERA ÇEVİK

ANSCHRIFT:
Poststraße 2-4, 60329
Frankfurt am Main
Deutschland
Tel: +49 069 84846306
GSM: +49 179 1385035
E-Mail: journalistpost@internationaljournalists.org
www.internationaljournalists.org

SPENDENKONTO:
IBAN: DE29 5065 2124
0004 1249 13
PayPal: paypal@internationaljournalists.org
Patreon: info@internationaljournalists.org



YÜKSEL DURGUT EDITOR

Während wir sterben, werden sie immer mehr

Der in Belgien geborene britische Mikrobiologe Prof. Baron Peter Piot, der für seine Arbeiten über Ebola und Aids bekannt ist, sagt, dass Journalisten mehr Leben retten können als Ärzte. Damit dieser Wunsch in Erfüllung geht, müssen Journalisten leider erst einmal überleben.

Bei der Vorbereitung der Journalist Post stehen wir mit vielen Ländern der Welt in Kontakt. Abgesehen von den Namen der Menschen und Orte in den Artikeln, die an das Magazin geschickt werden, haben alle Geschichten ähnliche Probleme. Um unsere Probleme zum Ausdruck zu bringen, sprechen und schreiben wir auf allen Plattformen, veröffentlichen Erklärungen über internationale Journalistenverbände, um uns Gehör zu verschaffen. Das Ergebnis wird von Tag zu Tag schlechter. Leider werden die diktatorischen Regime immer stärker, während wir alle zusammenhalten.

Die Welt gerät täglich unter den Einfluss autoritärer Regime. Die gegenwärtige Bedrohung der Demokratie ist der Hauptgrund für diesen Niedergang. Berichten zufolge sind etwa 38 Prozent der Weltbevölkerung unfrei. Länder, die zwischen Demokratie und Autoritarismus schwanken, tendieren zunehmend zur Autokratie.

Zum ersten Mal seit 20 Jahren gibt es mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien. Die Weltordnung steht vor einer Zerreißprobe. Wenn nicht starke demokratische Staaten zusammenarbeiten, um die Freiheit der Menschen zu garantieren und Druck auszuüben, wird sich das autoritäre Modell in der Weltordnung durchsetzen.

Jüngstes Beispiel ist die Beschimpfung der amerikanischen PBS-Journalis-

tin Amna Nawaz durch den türkischen Präsidenten Erdoğan in einer Sendung. Er sagte zu der Reporterin: „Unterbrechen Sie mich nicht. Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen. Sie sollten mich respektieren.“ Leider haben Journalisten in Ein-Mann-Ländern von Russland bis Eritrea, von Saudi-Arabien bis El Salvador nicht den Mut, Fragen zu stellen.

Erdoğan und die Männer ähnlicher diktatorischer Regime sind es gewohnt, mit Journalisten zu sprechen, die bei jedem Wort, das aus ihrem Mund kommt, mit dem Kopf nicken. Wenn ein echter Journalist vor ihnen steht und eine Frage stellt, wissen sie nur, wie sie diese Person abkanzeln können.

In dieser Ausgabe lesen Sie, was zwei historische Persönlichkeiten mit Mehmet Baransu, dem Helden des Titels dieser Ausgabe, zu tun haben. Sie werden sehen, wie der Fall Dreyfus, der Frankreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts spaltete, dem Fall Baransu heute ähnelt.

Emile Zola, der im Angesicht der Ungerechtigkeit stand und bis zum Ende seines Lebens kämpfte, veröffentlichte einen Brief mit dem Titel „J'accuse - Ich klage an“, in dem er sagte: „Wahrheit und Gerechtigkeit sind absolute Herrscher“. Zolas Brief schlug ein neues Kapitel in der Dreyfus-Affäre auf. Denn dieser Brief stellt eine in der Geschichte des Journalismus einmalige Herausforderung an die Regierung dar.

Der Baransu-Prozess ist ein Präzedenzfall, der zeigt, wie diejenigen, die rücksichtslos und gesetzlos Köpfe fordern, um die Stimmen des Volkes zu gewinnen, Menschenleben verunglimpfen können. Die Dreyfus-Affäre ist in jeder Hinsicht das beste Beispiel der Rechtsgeschichte. Wie Zola, der einen geachteten Platz in der Weltliteratur einnimmt, ist Baransu ein mutiger Journalist, der hinter all seinen Berichten steht und dafür den Preis der „Gefangenschaft“ zahlt. „Wir wollen Gerechtigkeit. Wir sprechen vom Schwert, das morgen unser Herr sein kann! Den Griff dieses Schwertes bigott küssen? Niemals!“ Wie bei Zola ist auch in der Türkei der Ort, an dem der Mut dargestellt wird, der Kerker. In diesem Kerker befindet sich ein mutiger Journalist, der seit mehr als 8 Jahren inhaftiert ist und den die Welt besser kennen sollte: Mehmet BARANSU. ■



PROF. DR. FRANK ÜBERALL *

Dies ist keine Einbildung, sondern eine reale Gefahr. Gehen Sie nicht in die Türkei!

All dies kann nur als reine Willkür angesehen werden. Kann ein Kommentar oder auch nur ein „Like“ in sozialen Netzwerken plötzlich den Urlaub beenden? Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) rät daher dringend von Reisen in die Türkei ab. Wie schön das Land und die Menschen auch immer sein mögen... wie sehr man sich auch nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dort sehnt.

Die Türkei ist noch immer eines der beliebtesten Urlaubsländer der Deutschen. Nach einer aktuellen Umfrage des Instituts Allensbach sind in diesem Jahr mehr Menschen dorthin gereist als nach Kroatien, Griechenland oder Frankreich. Die Türkei ist ja auch ein wunderschönes Land: Kultur und Landschaft haben viel zu bieten, die Küche ist einzigartig lecker, die Menschen sind gastfreundlich. Und Flüge in die Türkei gibt es zuweilen schon zum Schnäppchenpreis von weniger als 50 Euro pro Strecke.

Für viele aber kommt das Land als Urlaubsort nicht in Frage. Nicht einmal berufliche Reisen können sie ruhigen Gewissens antreten. Sie müssen schlicht Angst haben, im besten Fall zurückgeschickt zu werden, im schlimmsten Fall jedoch im Gefängnis zu landen – ohne die Aussicht auf einen fairen, rechtsstaatlichen Prozess. Gerade die Gruppe der Journalistinnen und Journalisten ist davon besonders betroffen.

Es reicht, sich etwa in vermeintlich privaten Statements im Internet kritisch zur türkischen Regierung oder insbesondere über Präsident Erdogan geäußert zu haben, und schon können am Flughafen die Handschellen klicken.

Das ist kein Hirngespinnst, sondern eine reale Gefahr! So schreibt das Auswärtige Amt auf seiner Webseite ausdrücklich, dass es „weiterhin Fälle“ gebe, in denen deutsche Staatsangehörige willkürlich in der Türkei festgenommen worden seien. Häufig werde der Verdacht auf Propaganda oder Unterstützung einer (angeblich) terroristischen Vereinigung zur Last gelegt. „Die türkischen Strafverfolgungsbehörden führen offenbar umfangreiche Listen von Personen mit Wohnsitz in Deutschland, die auch ohne hinreichende Vorermittlungen zum Ziel von Strafverfolgungsmaßnahmen werden können“, heißt es auf der amtlichen Seite des deutschen Außenministeriums. Selbst „Likes“ in sozialen Netzwerken, die in

Deutschland vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt seien, könnten in der Türkei für eine Strafverfolgung ausreichen.

Hinzu kommt neuerdings das „Anti-Desinformationsgesetz“, das vom Auswärtigen Amt äußerst kritisch beäugt wird. Demnach könne die Verbreitung von Aussagen, die von Strafverfolgungsbehörden als unwahr und als Gefährdung für die Sicherheit des Landes, die öffentliche Ordnung oder die Gesundheit der Bevölkerung eingestuft werden, zu einer Strafverfolgung führen. Auch wer an Demonstrationen in Deutschland teilnehme oder Mitglied in einem hierzulande rechtlich legal eingetragenen Verein mit Bezug zu kurdischen Anliegen sei, könnte festgenommen werden.

Das alles kann man nur als Willkür wahrnehmen. Ein Kommentar, sogar ein einfaches „Like“ in sozialen Netzwerken als jähes Ende einer Urlaubsfahrt? Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) rät deshalb von Reisen in die Türkei dringend ab. So schön das Land und die Menschen auch sind. Und wie sehr sich viele dort auch nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sehnen. Journalismus wird in der Türkei aber faktisch wie ein Verbrechen behandelt. Unabhängig und auch kritisch zu berichten, ist kaum noch möglich. Pressefreiheit scheint in der türkischen Regierung und bei staatlichen Stellen zum Fremdwort geworden zu sein.

Natürlich gibt es noch Nischen, in denen man einigermaßen seinen journalistischen Job machen kann, ohne willkürlich verfolgt zu werden. Es gibt aber auch die unzähligen anderen Fälle, in denen Medienschaffende im Knast landen, obwohl sie nichts anderes getan haben, als ihren Beruf auszuüben. Als Beispiel nannte der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier jüngst den Journalisten Ahmet Altan. Bei einem Kulturabend „Von Verlust und Zuflucht. Exil“ im Schloss Bellevue nannte das Staatsoberhaupt Altan als Beispiel für alle, die in der Türkei im Gefängnis sitzen oder ihr Land nicht verlassen dürfen.

Obwohl der Abend dem Exil weltweit gewidmet war, spielte die Türkei in der Rede des Bundespräsidenten immer wieder eine Rolle. Beispielsweise, als er auf Aslı Erdoğan zu sprechen kam. Sie zähle zu den international bekanntesten Schriftstellerinnen der Türkei, führte

Frank-Walter Steinmeier aus. 2016 sei sie wegen ihrer Tätigkeit als Kolumnistin der türkisch-kurdischen Tageszeitung Özgür Gündem verhaftet worden. Seit 2017 lebt sie in Deutschland im Exil.

Sie ist nicht die Einzige. Es werden immer mehr, die die Türkei verlassen müssen, weil sie willkürliche Verfolgung befürchten. In diesem Zusammenhang ist es kaum angemessen, dafür den Begriff „strafrechtlich“ zu verwenden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte musste schon in mehreren Einzelfällen darauf hinweisen, dass in der Türkei grundlegende Standards nicht eingehalten werden. Das hält die dortige Regierung aber nicht davon ab, ihren menschenrechtswidrigen Weg beharrlich weiter zu gehen.

Nun mag man argumentieren, dass eine Reisewarnung insbesondere an Journalistinnen und Journalisten übertrieben sei. Wer kümmert sich schon um Politik, wenn man im schönsten Sonnenschein am Strand liegt, Kultur und Natur bewundert, Essen und Trinken genießt? Wer so denkt, sollte intensiv überlegen, ob er (oder sie) sich nicht doch schon einmal bei irgendeiner Gelegenheit öffentlich kritisch zur Türkei oder zu Erdoğan geäußert hat.

Hierzulande darf man den Kanzler kritisieren, den Bundespräsidenten, eigentlich jede und jeden, solange man die Grenzen von Beleidigung und ähnlichen, handfesten Delikten nicht überschreitet. In der Türkei darf man das eben nicht so ohne Weiteres. Es kann ins Gefängnis bringen, auch wenn es bloß eine unbedachte Äußerung war. Vielleicht sogar eine, die im vermeintlich „privaten“ Rahmen gefallen ist: im Diskurs im Netz, bei Facebook oder X (früher: Twitter).

Es ist nahezu unvorstellbar, dass Polizei und Justiz in Deutschland solche Quellen durchforsten und quasi „Feindeslisten“ erstellen. In der Türkei ist das offenbar Alltag. Sonst hätte das Auswärtige Amt seine klaren Formulierungen schon längst von der Webseite gelöscht. ■

** Prof. Dr. Frank Überall ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), lehrt an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln und berichtet als Journalist unter anderem für den journalistischen Digitalverlag KIVVON*



FOTO: YÜKSEL DURGUT

DER RUSSISCHE JOURNALIST UND FRIEDENSNOBELPREISTRÄGER **DMITRI MURATOW**:

SOZIALE MEDIEN DÜRFEN NICHT ABGESCHALTET WERDEN!

Wir dürfen nicht zulassen, dass YouTube oder Wikipedia abgeschaltet werden. Das sind die letzten Kanäle, über die Journalisten Informationen verbreiten können. Wenn die russischen Behörden die sozialen Medien abschalten, können sie ihre Propaganda verbreiten.

Auch unsere Zeitung Novaya Gazeta wurde geschlossen. Die Lizenz wurde uns entzogen. Die Website wurde geschlossen. Sie wird nun in Riga unter dem Namen Novaya Gazeta Europe betrieben. Die Website wurde kurz nach ihrem Start in Russland erneut verboten.

JOURNALIST POST

Dmitri Muratow ist einer der letzten Vertreter des unabhängigen Journalismus in Russland, bekannt für seine Recherchen über die schlechte Politik der Regierung. Muratow, dessen Zeitung Novaya Gazeta, deren Gründer und Chefredakteur er war, geschlossen wurde, erhielt 2021 gemeinsam mit der philippinischen Journalistin Maria Ressa den Friedensnobelpreis für seine „Bemühungen zum Schutz der Meinungsfreiheit.“ Trotz des zunehmenden Drucks, den der russische Staatschef Wladimir Putin auf die Medien ausübt, hat die Nowaja ihre Unabhängigkeit nicht in Frage gestellt. Unter Muratows Leitung veröffentlichte die Zeitung zahlreiche investigative journalistische Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Wahlbetrug und Polizeibrutalität. Sie spielte eine Rolle bei der Veröffentlichung der Panama Papers. Als ihre Nachrichten die Regierung zu stören begannen, wurde die Zeitung zur Zielscheibe. In den 2000er Jahren kamen sechs Journalisten der Nowaja Gaseta bei Angriffen ums Leben. Auch Muratow wurde mehrfach bedroht. Während einer Zugfahrt wurde er mit roter Farbe, die mit Aceton vermischt war, attackiert. Doch bei jeder Gelegenheit setzte er sich für eine freie Presse ein. Während der Kreml die russische Invasion in der Ukraine als „Militäroperation“ bezeichnet, hat er damit begonnen, die Türen von Medienorganisationen zu schließen, die das Wort „Krieg“ verwenden. Die Nowaja Gaseta, die dem Druck nicht standhalten konnte, stellte im März 2022 ihr Erscheinen ein. Kurz nach der Besetzung stellte auch die Nowaja Gaseta ihr Erscheinen ein.

NOBELPREIS ZUGUNSTEN

UKRAINISCHER KINDER VERSTEIGERT

Der unerschrockene Journalist Muratow hat den Friedensnobelpreis, den er 2021 erhalten hat, im vergangenen Jahr zugunsten ukrainischer Flüchtlingskinder versteigert. Die Medaille wurde für 103,5 Millionen Dollar verkauft und brach damit den Rekord für ähnliche Preise, die zuvor versteigert worden waren. In einem Interview mit einer Gruppe von

Journalisten, darunter Redakteure von Journalist Post, sprach Dimitry Muratow über die Ereignisse in Russland.

600 JOURNALISTEN HABEN RUSSLAND VERLASSEN

Dimitry Muratow sagte, die häufigste Frage, die ihm gestellt werde, sei: „Warum schweigen die Russen? Warum rebellieren sie nicht?“ und beschreibt das Ausmaß der Unterdrückung im Land wie folgt: „Es ist verboten, Demonstrationen zu organisieren. Es gibt 600 politische Gefangene in den Gefängnissen. Gegen Friedensaktivisten wurden bisher 20.000 Klagen eingereicht. 300 Medienorganisationen sind geschlossen worden. Im Parlament gibt es keinen einzigen Abgeordneten, der von Frieden spricht. Denjenigen, die versuchen, die Macht an sich zu reißen, kann man nur entgegenreden, indem man die Wahrheit sagt. Wir dürfen nicht zulassen, dass YouTube und Wikipedia abgeschaltet werden. Das sind die letzten Kanäle, über die Journalisten Informationen verbreiten können. Wenn YouTube und Wikipedia abgeschaltet werden, müssen bald auch Ingenieure für die Pressefreiheit kämpfen. Viele Medien, allesamt alternative Informationsquellen, wurden bereits geschlossen oder ihre Mitarbeiter befinden sich im Exil. Rund 600 Journalisten haben Russland verlassen oder wurden ausgewiesen. Von den rund 300 Personen, die in Russland als „ausländische Agenten“ eingestuft wurden, sind 30 Prozent Journalisten. Propaganda ist also ein Monopol. Und wenn es den russischen Behörden gelingt, YouTube, Telegram und Wikipedia zu verbieten, wird die Propaganda ihre Aufgabe erfüllen und zu einem Monopol werden. Dann wird es unglaublich einfach, das Land zu beherrschen. Die Nowaja Gaseta ist nur eines dieser Medien. Wir wurden geschlossen, uns wurde die Lizenz entzogen. Die Website wurde geschlossen, die Zeitung wurde geschlossen. Jetzt arbeitet die Novaya Gazeta in Riga unter dem Namen Novaya Gazeta Europe. Kurz nach dem Start der Website wurde sie in Russland wieder verboten.“

„RUSSLAND IST NICHT MEHR EUROPA!“

Dmitri Muratow erklärte, er habe das Internationale Komitee vom Roten Kreuz offiziell um Hilfe gebeten, aber keine positive Antwort erhalten: „Ich habe sie gebeten, Alexej Nawalny, dem russischen Oppositionsführer, zu helfen. Er ist nicht nur im Gefängnis, er ist ein Gefangener in einem Gefängnis in einem Gefängnis. Das ist ein Ort, an dem Menschen in lebende Leichen verwandelt werden. Aber das Rote Kreuz sagte, es könne nicht eingreifen. Als ich diese Frage stellte, war der Leiter des Roten Kreuzes gerade in einer Besprechung im Büro des russischen Außenministers Sergej Lawrow. Ich bekomme viele Fragen zum russischen Rechtssystem. Das ist eine der Folgen der sogenannten militärischen Spezialoperation. Das ist die Zersplitterung der Justiz. Die militärischen Sonderoperationen dauern noch an, aber die Folgen sind bereits klar. Die Ukraine und Russland werden niemals zusammen sein. Diese Völker werden nie Brüder sein. Es gibt ein neues geographisches Erwachen in Russland. Vielleicht haben Sie davon noch nichts gehört. Russland ist nicht länger Europa. Das Fenster zu Europa ist geschlossen, die Tür sogar vergittert. ▶

„Gebt mir die Möglichkeit, Mutter zu werden“

► Unter Hinweis darauf, dass die Zugehörigkeit zu einer Dissidentengruppe in Russland als Grund für eine Bestrafung angesehen wird, beschreibt Muratow das Schicksal einiger Dissidenten wie folgt: „Lilia Chanysheva, eine 40-jährige Frau. Sie hat für Alexei Nawalny gearbeitet. Sie hat niemanden getötet, nicht gestohlen, keine Gewalt angewendet. Sie war einfach eine Bürgerrechtlerin. Haben Sie schon einmal gesehen, wie Menschen verrückt werden, wenn sie auf ihre Lieben warten? Diese Frau wartet jeden Tag mit Blumen auf ihren Mann. Lilia sagte kein Wort über sich selbst, aber sie sagte: „Wenn ich verurteilt werde, habe ich keine Zeit mehr, Kinder zu bekommen, gebt mir die Chance, Mutter zu werden.“ Der Richter gab ihr diese Chance nicht. Sie wurde zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Grausamkeit zeigt sich auch im Patriotismus. Deshalb ist das Böse zum Terrorismus geworden. Die russisch-orthodoxe Kirche unterstützte die Militäroperation und startete eine Propaganda des Todes. Ein Priester wurde abgesetzt, weil er in einem Gottesdienst das Wort „Sieg“ durch das Wort „Frieden“ ersetzt hatte. Iwan Gorskowitsch zum Beispiel... Er ist der Korrespondent des Wall Street Journal in Moskau, ein Journalist. Er ist sehr bekannt in Moskau. Er liebt das Land, in dem er arbeitet, sehr. Er ist ein sehr erfolgreicher Journalist und ganz sicher kein Spion. Er wurde wegen Spionage zu 25 Jahren Haft verurteilt.“

KARA-MURZA DARF SEINE KINDER NICHT EINMAL AM TELEFON SEHEN

Der Politiker Wladimir Kara-Murza ist ein bekannter Schriftsteller. Sie erinnern sich vielleicht an den Fall Magnitsky, der für den Kampf gegen die Korruption in Russland steht. Es wurde festgestellt, dass Magnitsky 280 Millionen Dollar fehlten. Das wurde von Kara-Murza aufgedeckt. Kara-Murza, Journalist, Schriftsteller und Filmemacher, ist heute ein politischer Gefangener, der zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde. In einem Jahr hat er 25 Kilo abgenommen. Er durfte kein einziges Mal mit seinen drei Kindern telefonieren. Seit 20 Jahren gibt es in Russland keine offizielle antisemitische Propaganda mehr. Niemand kann Putin einen Antisemiten nennen. Aber Neonazis sind in der politischen Arena des heutigen Russlands präsent. Die Zahl der Verhaftungen mag vergleichsweise gering erscheinen.

JUNTA ODER FREIHEIT?

Muratow sagt, die ältere Generation stehe hinter Putin, und fährt fort: „Es gibt einen Kampf um die Zukunft. Es gibt einen Kampf um die Neudefinition der Gesellschaft in Russland. Wird die Junta gewinnen oder das Volk, das nach Freiheit strebt? Die Agenda der Junta wurde von Jewgeni Prigoschin formuliert, dem Milliardär und Besitzer des privaten Militärunternehmens Wagner, der in der Vergangenheit offen



Lilia Chanysheva, eine Frau von 40 Jahren. Sie hat nie jemanden getötet, nie gestohlen, nie Gewalt angewendet. Diese Frau sagte: „Wenn ich verurteilt werde, habe ich keine Zeit mehr, Kinder zu bekommen, gebt mir die Chance, Mutter zu werden.“ Der Richter gab ihr diese Chance nicht. Sie wurde zu 7,5 Jahren Haft verurteilt. Grausamkeit zeigt sich auch im Patriotismus.

DIE JUNGE GENERATION VERLÄSST DAS LAND

In Russland ist eine Generation verloren gegangen. Die Generation, die nach Michail Gorbatschow geboren wurde, ist nicht bereit, sich für ihr Land zu opfern. Die junge Generation wird die Zukunft gestalten. Doch viele von ihnen haben ihre Heimat für immer verlassen. Etwa 1 Million Menschen bauen sich außerhalb Russlands ein neues Leben auf. Die jungen Menschen wollen nicht töten und nicht getötet werden.

erklärte: „Wir haben genug Brücken und Theater gebaut. Jeder in Russland sollte jetzt für die Verteidigung arbeiten. Russland sollte für eine Weile wie Nordkorea sein. Wir brauchen eine allgemeine Mobilisierung. Wir müssen die Grenzen schließen. Das wird passieren, bevor der jetzige Präsident abgesetzt wird. Es ist vor allem die ältere Generation, die Putin unterstützt. Diese ältere Generation ist seine Basis. Einsame und verlassene Alte. Sie wollen sich neu erfinden. Sie wollen sich in ihrem Land wohlfühlen und etwas dazu beitragen.“ ■



Der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete russische Journalist Dmitri Andrejewitsch Muratow arbeitete Mitte der 1980er Jahre nach einem Einsatz in der sowjetischen Armee als Reporter. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 gründete er mit seinen Freunden die Novaya Gazeta.

50 MILLIONEN FLÜCHTLINGE SIND AUF DEM WEG

Ich persönlich bin kein Wissenschaftler, ich mache keine Horoskope. 50,5 Millionen Flüchtlinge sind auf dem Weg. Einer nach dem anderen. 5,5 Millionen ukrainische Kinder brauchen Hilfe. Wir müssen Kriegsgefangene austauschen, wir müssen den Flüchtlingen helfen.

Wir müssen UNICEF unterstützen, damit die ukrainischen Kinder zu ihren Familien und in ihr Heimatland zurückkehren können. Die Zahl der Waisen und Witwen darf nicht zunehmen. Hunderte Male pro Woche kann man im russischen Fernsehen Nachrichten über den Einsatz von Atomwaffen sehen. Aber wird Putin den Knopf drücken? Wir wissen es nicht. Wie ein Soldat sagte: "Können wir uns nach dem Krieg um 18 Uhr treffen?"

JOURNALIST*INNEN AN VORDERSTER FRONT SOLLTEN BELOHNT WERDEN

Es gibt sehr gute ukrainische Journalisten. Sie haben in Mariupol einen Dokumentarfilm gedreht und sind dort geblieben, während die Stadt dem Erdboden gleichgemacht wurde. Sie haben das Schicksal der Zurückgebliebenen geteilt und hätten jeden Augenblick sterben können. Diese Journalisten müssen ausgezeichnet werden. Es sind die Dokumentarfilmer, die jetzt an der Frontlinie filmen und die Tragödie dieser Hölle festhalten. Wir müssen sie unterstützen, damit wir uns am Ende des Krieges um 18 Uhr treffen können.

PUTIN WIRD NICHT WIE SADDAM SEIN

Ich werde niemandem verzeihen. Putin wird nicht wie Saddam Hussein sterben. Putin wird die Vorteile der Macht in einem Land mit Atomwaffen nicht aufgeben. Ein Land ist auf dem Weg, seine Militarisierung zu verstärken, indem es Atomwaffen als ein Mittel sieht, die Welt von einer bipolaren in eine multipolare Welt zu verwandeln.



EKATERINA GLIKMAN *

Wir werden niemals nachgeben

Ich habe die Hoffnung, dass früher oder später die Meinungsfreiheit in meinem Land eingeführt wird. Denn es wird immer junge Journalist*innen geben, die die Wahrheit erfahren wollen und die Wahrheit an die Massen weitergeben werden.

In den ersten Tagen des Krieges gegen die Ukraine hatten die unabhängigen Medien Russlands die höchsten Zuschauer- und Followerzahlen ihrer Geschichte. Viele Menschen wollten die Fakten kennen und darüber informiert werden, was vor sich ging. Die Menschen brauchten die Fakten.

Die russischen Behörden verhängten eine militärische Zensur. Sowohl den Medien als auch der russischen Öffentlichkeit wurde verboten, den Krieg als „Krieg“ zu bezeichnen. Die Berichterstattung über die Militäroperation, die der Kreml als „Spezialoperation“ bezeichnete, wurde verboten, indem andere Quellen als die offiziellen Verlautbarungen zitiert wurden.

Die Mitarbeiter der Novaya Gazeta, einer demokratischen Zeitung in Russland, wurden vor die Wahl gestellt. Sie mussten sich entweder den vom Kreml auferlegten „Zensurgesetzen“ unterwerfen und in Russland bleiben oder ins Exil gehen und ihr Leben und ihren Beruf weiterführen.

Viele unserer Journalistenfreunde konnten Russland aus persönlichen und familiären Gründen nicht verlassen. Andere wurden gezwungen, Russland zu verlassen. Diejenigen, die Russland verlassen konnten, gründeten Novaya Gazeta Europe im April 2022.

Der Krieg hat unser Team geografisch getrennt, aber letztlich sind wir eine Familie. Es ist eine schwierige Situation für uns alle. Die einen haben Freiheit ohne Heimat, die anderen Heimat ohne Freiheit. Die Haltung derer, die ihre Heimat verlassen mussten, ist klar: „Wenn man die Wahrheit nicht schreiben kann, während man in Russland lebt, muss man sie von außerhalb des Landes

schreiben. Denn kein Volk darf mit der Propaganda allein gelassen werden.“

In diesen 18 Monaten im Exil haben wir viel erreicht: Wir haben mit 58 Journalisten bei Null angefangen und gemeinsam finanzielle, logistische, Migrations- und Produktionsprobleme gelöst. Wir haben die Website der Nowaja Gaseta Europa, Social-Media-Konten und einen eigenen Newsletter eingerichtet. Unsere Website wurde nach wenigen Tagen gesperrt, wie Hunderte andere unabhängige Medienorganisationen auch. Aber wir konnten unsere Stammleserschaft halten und weiterhin neue Zielgruppen erreichen und ausbauen.

Bemerkenswert ist, dass YouTube in Russland noch nicht gesperrt ist. Unsere Videos auf YouTube werden monatlich von 6 Millionen Menschen gesehen. Trotz der Tatsache, dass unsere Website in Russland ohne VPN nicht zugänglich ist, erreichen wir 3 Millionen Zuschauer pro Monat. Ich bin stolz auf mein Team, das einen großen Beitrag zu diesem Erfolg geleistet hat.

Die russischen Behörden haben inzwischen gelernt, VPN-Dienste zu blockieren. Deshalb haben wir eine Alternative entwickelt: Wir haben eine spezielle Software namens „VPNovaya“ entwickelt, um unseren Lesern zu helfen, die Zensur zu umgehen. Unsere Leser außerhalb Russlands können ihren lokalen VPN-Server für Freunde, Verwandte und Bekannte öffnen, um ihnen zu helfen, sich der Welt zu öffnen.

Unser Videoteam dreht Dokumentarfilme über den Krieg in Russland und die Verfolgung politischer Aktivist*innen. Dafür haben wir einen ukrainischen Sonderkorrespondenten engagiert. Er arbeitet für uns in Kiew. Wir

haben hervorragende Reportagen aus Russland, von der Front und sogar aus den „besetzten“ Gebieten veröffentlicht.

Wir übersetzen regelmäßig wichtige Nachrichten und Berichte ins Englische. Im vergangenen Jahr haben wir mit führenden europäischen Zeitungen wie La Stampa in Italien, The Guardian in Großbritannien, der TAZ und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Deutschland zusammengearbeitet, um Fakten in die Welt zu tragen.

All diese Erfolge hatten natürlich ihren Preis. Viele unserer befreundeten Journalist*innen waren sehr erschöpft und hatten psychische Probleme. Viele sind noch sehr jung. Aber keiner von ihnen bereut es, sein Land verlassen zu haben. Alle arbeiten weiter in ihrem Beruf.

Am 28. Juni 2023 erklärte Russland die Novaya Gazeta Europa zu einer „unerwünschten Organisation“. Dies ist nur einer von vielen Fällen von Zensur im heutigen Russland. Die Regierung stuft ausländische Organisationen als unerwünscht ein und bestraft Bürger, die in irgendeiner Weise mit ihnen Geschäfte machen. Ein russischer Bürger, der unserem Reporter vor Ort einen Kommentar gibt oder unseren Artikel in den sozialen Medien teilt, muss mit einer Geldstrafe und im Wiederholungsfall mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Die Journalist*innen, die für Novaya Gazeta Europe arbeiten, werden als Kriminelle abgestempelt, weil sie die Wahrheit sagen. Aber wenn es ein Verbrechen ist, die Wahrheit zu sagen, dann werden wir das auch weiterhin tun.

Es ist sehr wichtig für die Menschen zu wissen, dass sie nicht allein sind

Unsere Kollegen, die in Russland geblieben sind, kämpfen nun darum, die Novaya Gazeta am Leben zu erhalten. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe. Sie können unsere Zeitung nicht legal herausgeben und sie können nicht über den Krieg berichten. Aber sie veröffentlichen weiterhin über andere alltägliche Themen, über die sie schreiben können. Das Wichtigste ist, dass sie eine enge Beziehung zu ihren Lesern haben. Das gibt ihnen enorme Unterstützung. Für Menschen, die für Demokratie und gegen Krieg sind, ist es sehr wichtig zu wissen, dass sie nicht allein sind.

„Ist es gefährlich, in Russland zu bleiben“, werden wir oft gefragt. Ist es gefährlich? Ja, es ist gefährlich. Zum Beispiel wurde unsere Kollegin Elena Milashina im Juli dieses Jahres in Tschetschenien brutal zusammengeschlagen. Letztes Jahr wurde Dmitri Muratow im Zug angegriffen. Er wurde mit Aceton bespritzt.

Leider sieht es für unsere Journalist*innenfreunde in Eu-

ropa nicht anders aus. Die Korrespondentin der Novaya Gazeta, Elena Kostyuchenko, wurde letztes Jahr in München vergiftet. Vermutlich war sie das Ziel von Leuten, die für den Kreml arbeiten, um sich für ihre Berichterstattung aus dem Kriegsgebiet zu rächen.

Es gibt keine Garantie dafür, dass die Wohnungen von Journalist*innen, die in Russland ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht in den frühen Morgenstunden von bewaffneten Männern gestürmt oder dass sie nicht verhaftet werden. Dennoch gibt es viele unserer Berufskollegen, die ihre professionelle Würde nicht verloren haben. Diejenigen, deren einziges Ziel die Propaganda ist, sind für mich keine Journalist*innen mehr.

EIN HOHER PREIS WURDE GEZAHLT

Es erfordert großen Mut, in Russland weiterhin die Wahrheit zu sagen. Und das ist mit großen Risiken verbunden. Novaya Gazeta und Dimirty Muratov haben einen hohen Preis für den Nobelpreis bezahlt, den er 2021 erhalten hat. Sechs Mitarbeiter der Zeitung wurden ermordet. Alle diese Morde fielen in die Zeit von Putins Herrschaft.

Unmittelbar nach diesen schrecklichen Tragödien hat sich immer jemand gefunden, der die Arbeit unserer Kollegen, die ihr Leben verloren haben, fortgesetzt hat. So seltsam es auch klingen mag, ich habe die Hoffnung, dass in meinem Land früher oder später die Meinungsfreiheit wiederhergestellt wird. Denn es wird nie einen Mangel an jungen Journalist*innen geben, die die Wahrheit wissen wollen und die Wahrheit den Massen vermitteln werden.

WIR WERDEN NIEMALS NACHGEBEN

Ich kann in meinem Namen und im Namen meines Teams versprechen, dass wir unsere Arbeit und unseren Widerstand fortsetzen werden. Wir werden niemals zulassen, dass die wehrlosen politischen Gefangenen in Vergessenheit geraten. Wir werden die Welt weiterhin über sie informieren, bis sie freigelassen werden.

Professionell sind wir uns bewusst, dass es ein großes Privileg ist, im Exil zu produzieren und solide Werke zu schaffen. Auf diese Weise widerstehen wir dem Chaos, das der Krieg verursacht hat. Wir werden niemals nachgeben. ■

** Ekaterina Glikman ist stellvertretende Chefredakteurin der Novaya Gazeta Europe. Sie ist Journalistin bei Novaya Gazeta, der wichtigsten unabhängigen Zeitung Russlands, die die Politik des Kremels kritisiert. Sie lebt im Exil in der Schweiz.*

RUSSISCHE SCHWARZE PROPAGANDA:

ACHTUNG! FAKE NEWS!

Russland nutzt die ukrainischen Medien, insbesondere Journalist*innen, als Instrument der schwarzen Propaganda mit Fake News. Die russische Propaganda funktioniert zweifelsohne gut und zögert nicht, jedes Mittel und jede Methode einzusetzen.



IRYNA SYNELNYK *

Russland nutzt die ukrainischen Medien, insbesondere Journalist*innen, als Instrument der schwarzen Propaganda durch gefälschte Nachrichten-Websites und gefälschte Nachrichten. Ich wurde auf dieses Propagandainstrument aufmerksam, als ein gefälschter Artikel unter Verwendung meines Namens auf einer falsch organisierten Website veröffentlicht wurde.

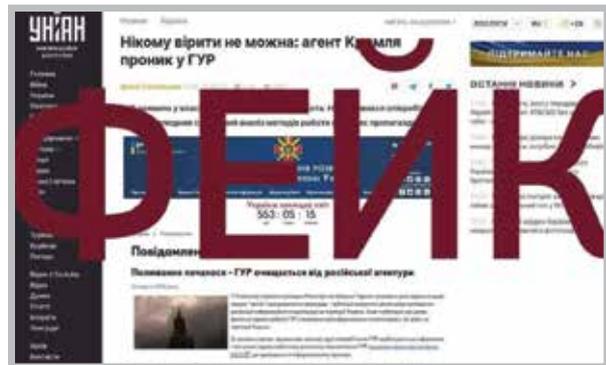
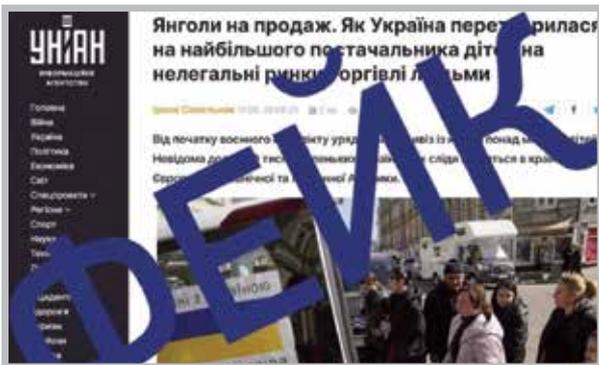
Als Journalistin habe ich viele Jahre für die ukrainische Informationsagentur UNIAN gearbeitet. Letztes Jahr habe ich am Kosovo-Residenzprogramm teilgenommen und lebe in Pristina. Ich arbeite weiterhin für die ukrainischen Medien. Während des andauernden Krieges in der Ukraine wurde ich von Unbekannten digital angegriffen, die meinen Namen mit Fake News in Verbindung brachten. Ich glaube, dass diejenigen, die dies tun, die Interessen Russlands als Propagandainstrument vertreten. Diese Tatsachen sind nicht nur ein Risiko für den beruflichen Ruf des Journalisten, sondern auch eine Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes.

Ich erhielt eine Nachricht von meinen Kollegen, die im Rahmen des Projekts Behind the News (<https://behindthenews.ua/en/>), das sich mit Desinformation und Fake News befasst, Fakten überprüfen. Sie schickten mir Links zu

mehreren gefälschten Artikeln, die mit meinem Namen unterzeichnet waren. Zu meiner Überraschung und zu meinem Entsetzen war die Website, die meinen Namen verwendete, zwar gefälscht, sah aber dem Original sehr ähnlich. Die Farben, die Schriftarten, das Design und die visuellen Merkmale waren die gleichen. Die Artikel wurden von jemandem geschrieben, der fließend Ukrainisch sprach, es handelte sich also nicht um eine Google-Übersetzung. In den ersten Tagen des Krieges wurde das russische Propagandamaterial von den Übersetzungstools von Google übersetzt, und es gab viele Fehler und Unklarheiten. Die Seiten, auf die ich mich beziehe, wurden jedoch professionell erstellt.

Auf der gefälschten Website wurde auf Probleme in der ukrainischen Armee und bei den Verhandlungen mit Russland hingewiesen. Außerdem wird über den Schwarzmarkt-Organhandel mit ukrainischen Kindern, die Korruption in der Ukraine und die Einstellung von Waffenlieferungen durch westliche Verbündete berichtet. Dies sind sehr sensible Themen, die nicht nur die Ukrainer, sondern auch die Europäer betreffen.

Die Original-Website von UNIAN ist <https://www.unian.ua/>. Die gefälschte Website hat den Domainnamen "org" und die Originalartikel ha-



ben “.html” am Ende, nicht “.php”. Dies sind Details, die ein Leser nicht erkennen würde, wenn er auf diese Seite klickt.

Ich denke, der größte Fehler ist, dass diese gefälschten Artikel auf Facebook als Werbung gepostet wurden. Einige Nutzer (vielleicht Propaganda-Bots) teilten diese Materialien und schrieben über Verrat während des Krieges. So erhielt ich im August eine private Nachricht von einer unbekanntenen Person über den Missbrauch einer pro-russischen Position. Ich konnte mir keinen Reim darauf machen.

Ich habe an den ukrainischen Sicherheitsdienst, die Cyber-Polizei und den Nationalen Journalistenverband der Ukraine appelliert, diese Websites zu sperren. Die gefälschten Websites wurden zwar gesperrt, aber sie sind immer noch irgendwie zugänglich.

ANZEIGEN FÜR “VERRAT”

Oksana Zabuzhko, eine bekannte ukrainische Schriftstellerin, bezeichnete die auf Facebook beworbenen gefälschten Artikel als “Verrat”. Sie schrieb darüber auf ihrer speziellen Facebook-Seite. Sie postete Quellen für wahrheitsgemäße Nachrichten aus dem Projekt On the Other Side of News. Die von ihr geposteten Fakten wurden etwa 500 Mal gepostet und erreichten bis zu 40 Tausend Menschen.

Die Faktenprüfer des Projekts Behind the News weisen darauf hin, dass sich russische Propaganda durch Werbebeiträge auf Facebook immer weiter verbreitet.

Der Nachrichten-Feed ist buchstäblich überfüllt mit bezahlten Beiträgen, die mit Werbung gekennzeichnet sind. Sie alle enthalten “Verrat und glatte Lügen”. Die Faktenprüfer des Projekts fassen einige davon wie folgt zusammen: “Die ukrainische Regierung ist von Korruption durchsetzt; die westliche Hilfe “geht den Bach runter”; die Armee ist nicht in der Lage, russischen Raketenangriffen zu widerstehen und muss daher dringend an den Verhandlungstisch kommen; Wehrpflichtige werden ohne Ausbildung zur Schlachtbank geschickt.”

Gefälschte Websites werden durch das Kopieren beliebter Websites erstellt, die von der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt werden und denselben Domännennamen und dasselbe Design aufweisen. Der einzige Unterschied sind die Erweiterungen der Webadressen. Eine gefälschte Website, die vorgibt, die gleichnamige Publikation von Obozrevatel zu sein, hat zum Beispiel den Domännennamen “.ltd”, während die echte Website den Domännennamen “.com” hat. Nachdem gefälschte, von echten Mitarbeitern

unterzeichnete Materialien auf diesen Websites platziert wurden, werden die Artikel über einen Werbealgorithmus in den ukrainischen Bereichen von Facebook verbreitet.

Im März wandte sich ein Redakteur von RBC-Ukraine an die Cyberpolizei, weil er Webseiten und Dokumente gefälscht hatte, die den Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Valery Zaluzhny, kritisierten. Im April behauptete der bekannte ukrainische Journalist Pavlo Kazarin, er sei einem Informationsangriff ausgesetzt gewesen. Die ukrainische Pravda deckte auf, dass eine geklonte Website eine Kolumne in seinem Namen veröffentlicht hatte, und wandte sich an den ukrainischen Sicherheitsdienst.

Die Prüfer blockierten gefälschte Websites, die beliebte ukrainische Medienseiten imitieren, wie Suspilne News, Television News Service, The Ukrainian Pravda, Obozrevatel, 24 Chanel, RBC-Ukraine, UNIAN, UNN und andere.

Der Medienanwalt Igor Rozkladai weist darauf hin, dass die Internettechnologie ein beliebtes Instrument für die russische Propaganda ist, und sagt, dass beliebte Websites oder eine Kopie des Abschnitts, der simuliert werden soll, gefälscht sind. Wenn man die Website aufruft, sind alle Links echt(!). Selbst wenn man die Links innerhalb der Seite aufruft, kann man die Originalseite und die Seite des Autors erreichen. Das Einzige, woran man erkennt, dass es sich um eine Fälschung handelt, ist die Erweiterung des Domännennamens. Der Hauptzweck dieses Klonens besteht darin, die Medien und den Journalist*innen zu diskreditieren, indem Sie auf eine falsche Veröffentlichung gelockt werden.

Es besteht kein Zweifel, dass die russische Propaganda gut funktioniert, und sie zögert nicht, jede Methode und jedes Mittel einzusetzen. Für einheimische Anhänger sind einfache Lügen geeignet, aber für Ukrainer und Europäer werden ausgefeiltere Mittel der Manipulation gesucht.

Medienkompetenz gewinnt in Kriegszeiten an Bedeutung. Die Informationsfront in der hybriden Kriegsführung ist komplex und basiert manchmal auf Emotionen, aber sie erfordert erhebliche Denkarbeit. Ich bin sicher, dass nicht nur Journalist*innen, sondern jeder auf Details achten und Primärquellen recherchieren muss. ■

** Die Journalistin Iryna Synelnyk arbeitet seit 2005 für die Informationsagentur UNIAN. Derzeit ist sie als Journalistin für ukrainische Medien tätig. Sie berichtet über politische und soziale Fragen sowie über Themen im Zusammenhang mit der Besetzung der Ukraine durch Russland.*



OKSANA CHYKANCHY *

Nur Fakten können Fake News entgegenwirken

Lügen sind vielseitig und kreativ. Es gibt Armeen der Desinformation, die sich in Informationskriegen engagieren, und viele von ihnen sind sehr professionell. Als Journalist*innen ist es unsere Pflicht, Fake News zu entlarven und die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Tch bin seit mehr als einem Jahr als Journalistin im Kosovo tätig und bin sehr besorgt darüber, dass Fake News die digitale Welt wie eine Epidemie überrollen. Leider schreitet dieser Prozess immer weiter voran, da diejenigen, die Megabytes an Lügen verbreiten, keine Verantwortung dafür übernehmen. In meiner Anfangszeit im Kosovo habe ich begonnen, mich aktiv mit dem Thema Fake News als Waffe im Informationskrieg zu beschäftigen, denn in den 24 Jahren seit der Unabhängigkeit wurde die Region von Hunderten von Online-Kanälen und Medien mit Desinformationen bombardiert. Die Angriffe der serbisch-russischen Propaganda werden natürlich von deren Außenpolitik bestimmt.

Um das Thema Fake News genauer zu untersuchen, habe ich begonnen, die Nachrichten zu beobachten, die zwischen dem 1. Juni und dem 15. September 2023 in einer Vielzahl von Medien veröffentlicht wurden. Ein auffälliges Beispiel dafür, wie genau Fake-Publikationen auf die Leser treffen und wie sie aufgedeckt und entlarvt werden können, sind die Inhalte des Kanals „Balkanist“, der über Telegram in russischer Sprache sendet. Innerhalb des Kanals wird der Kosovo besonders häufig thematisiert. Die 20.000 Abonnenten des Kanals werden mit gefälschten und verzerrten Nachrichten gefüttert, die den Kosovo als schreckliches, grausames Monster darstellen, und zwar in einer Weise, die die Nerven der Menschen berührt. Als Journalist*innen ist es unsere Pflicht, diese Fake News zu entlarven und die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Um Fake News genau analysieren zu können, muss ein Journalist die Grundlagen der Psychologie, der künstlichen Intelligenz und der linguistischen Unterkategorie der natürlichen Sprachverarbeitung (NLP), der Semiotik, der Bildwissenschaft und vieler anderer Wissensgebiete beherrschen. Als Journalist interessiere ich mich schon seit vielen Jahren für diese Wissenschaften. Lügen sind vielschichtig und kreativ. Es gibt Armeen der Desinformation, die sich in Informationskriegen engagieren, und viele von ihnen sind sehr professionell.

Eine detaillierte Analyse des Balkanist-Kanals auf Telegram zeigt, dass im Laufe von 4,5 Monaten Dutzende von gefälschten Informationsnotizen über den Kosovo und seine Führer veröffentlicht wurden. Dabei werden der Name des Kosovo, „selbsternanntes unabhängiges Land“, die „so genannte“ Kosovo-Befreiungsarmee und das von der NATO besetzte Kosovo häufig erwähnt, wobei das Wort Präsident nur in Anführungszeichen steht. Diese Phrasen werden in dem von Tausenden von Zuschauern besuchten Sender oft wie ein Slogan wiederholt.

Es ist nicht nur wichtig, Informationen zu vermitteln, sondern auch die Kommunikation mit den Lesern aufrechtzuerhalten. Deshalb werden „besondere“ Themen mit viralen, einprägsamen Überschriften, einem leichten Ton, einem vertrauensvollen Tonfall und oft auch mit Humor präsentiert.

Selbst mit solch schweren Metaphern, einer Mischung aus Realität und Fantasie, ist es nicht so einfach,

die Abonnenten des Kanals zu täuschen. Deshalb finden sich in den Kommentaren unter den Beiträgen oft nüchterne Einschätzungen der Leser. So schrieb zum Beispiel der Nutzer Kirk Toch am 5. September: „Ich will unabhängige Medien, unabhängige Nachrichten, aber so wie auf Kanal 1, so wie es vor 10 Jahren war... Die Betonung auf das, was in der Vergangenheit passiert ist, hat sich verändert, wie eine Wiederholung.“

Bisher haben wir nur über die Ideologie des Senders gesprochen. Betrachten wir nun die falschen Veröffentlichungen, die bequemerweise in den Inhalt des Balkan-Kanals eingestreut werden. Die neueste dieser Sendungen ist ein Versuch, die Probleme auf dem Balkan zu analysieren, indem eine Lüge auf die andere gestapelt wird. Hier sind einige Beispiele dafür:

Warum schweigt der Westen, während Kurti das Feuer für „Großalbanien“ entfacht? Nikola Belich 07.09.2023: Einer der häufigsten Ausdrücke im Westen in Bezug auf das „unabhängige Kosovo“ ist das Konzept der „jungen Demokratie“. In letzter Zeit hat er sich wieder einmal als das alte faschistische Projekt „Großalbanien“ erwiesen.

-Falsch: Dieses Projekt entspricht überhaupt nicht der Realität und existiert nicht. Es ist eine Erfindung der Serben und Serbiens, die anderen die Schuld für die Projekte geben, die sie während des Zusammenbruchs der ehemaligen jugoslawischen Föderation vorbereitet und versucht haben, umzusetzen.

„Albin Kurti, Ministerpräsident der quasi-staatlichen Formation in Pristina, und seine extremistischen Anhänger haben bestätigt, dass sie nicht nur Serbien, sondern die gesamte Balkanregion und insbesondere Nordmazedonien bedrohen.“

-Falsch: Die Unabhängigkeit des Kosovo ist das Verfahren, um zu einem Faktor der Stabilität und Sicherheit auf dem Balkan zu werden. Alle Länder auf dem Balkan, mit Ausnahme von Bosnien wegen Serbien und der serbischen Blockade, haben das neu gebildete Land anerkannt, und alle kommunizieren normal auf der Grundlage freundschaftlicher und gleichberechtigter Beziehungen.

„Vor seiner Ankunft in Tetovo besuchte Kurti Skopje, wo er an der Zeremonie zur Benennung einer Straße der Stadt nach Adem Demachi, dem „politischen Vater“ des Landes, teilnahm. Die mazedonischen Behörden gaben in Absprache mit den Anhängern des extremistischen Ideologen Demachi bekannt, dass sie die Benennung dieser Straße ehrenhalber genehmigt hätten. Im Gegenzug wurde statt Dankbarkeit eine Fahne gehisst, die damit drohte, dass den Mazedoniern mehr als die Hälfte des Landes weggenommen und an Albanien angegliedert werden würde. Wenig später leiteten die Behörden in Skopje jedoch

eine Untersuchung ein und erließen einen Haftbefehl gegen die Person, die das umstrittene Symbol entfernt hatte. Ein Schritt, der längst überfällig war. Wenn Demachi und die Straße nicht nach ihm benannt worden wären, wäre die bedrohliche Flagge wahrscheinlich nie aufgetaucht.

-Falsch: Die Veranstaltung fand zu Ehren von Demachi statt. Die politische OTOKTHONOUS-Flagge wurde nie gehisst. Daher sind diese beiden Themen völlig getrennt.

„Während seiner Zeit im Gefängnis wird Lehrer Kurti als zu radikal angesehen, selbst nach den kommunistischen Maßstäben Jugoslawiens, das gegenüber Albanern sehr tolerant war.“

-Falsch: Das kommunistische Jugoslawien war absolut intolerant gegenüber Albanern. Die Albaner wurden in Jugoslawien verfolgt, deportiert, inhaftiert und getötet.

Die veröffentlichten Beiträge und Korrekturen wurden von Afrim Hoti, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Prishtina, vorgenommen. Er hat 17 Spargelnachrichten, bei denen es sich um Fake News auf höchstem Niveau handelt, problemlos bearbeitet und veröffentlicht. Zusammen mit den Aussagen von Prof. Hoti war es möglich, eine Reihe von offensichtlich gefälschten Beiträgen auf dem Kanal Balkanist aufzudecken, dessen Inhalt ich seit einiger Zeit beobachte und der mit Hilfe des besten Experten im Kosovo ins Englische übersetzt wurde. Außerdem hat Prof. Afrim Hoti dramatisch analysiert, wo es Lügen gab (die meisten Beiträge) und wo es wahrheitsgemäße Beiträge gab (sehr wenige). Wir sprechen hier jedoch nur von einigen wenigen Beiträgen auf der Balkanist-Website. Es gibt Hunderte von verzerrten Beiträgen auf dieser Website.

Darüber hinaus gibt es Hunderte ähnlicher Websites in der digitalen Welt, an denen Russland beteiligt ist und die es leitet. Das heißt aber nicht, dass wir Journalist*innen tatenlos zusehen sollten. Wir werden hart für die Wahrheit kämpfen. Wie man so schön sagt, ist die Wahrheit wie die Sonne: Sie kann verborgen werden, aber nur für eine gewisse Zeit. ■

** Oksana Chykanchy ist Mitglied des Nationalen Journalistenverbandes der Ukraine und arbeitet seit mehr als 30 Jahren in verschiedenen Medienorganisationen. Als Fernsehjournalistin moderierte sie eine beliebte Autorensendung über Wirtschaft in einem regionalen Fernsehsender. Später wurde sie Manager für Öffentlichkeitsarbeit bei der Holdinggesellschaft I&U Group und arbeitete als freie Mitarbeiterin mit den Medien zusammen. Derzeit lebt sie im Rahmen des Internationalen Programms zum Schutz ukrainischer Journalist*innen im Kosovo und ist weiterhin in ukrainischen und ausländischen Medien tätig.*



XHEMAJL REXHA *

Balkanische Medien widerstehen

Die Arbeit von Journalist*innen und Medien in den westlichen Balkanländern steht unter ständiger Beobachtung. Regierungen und Interessengruppen nehmen die Medien ins Visier. In den letzten Jahren wurden in sechs Ländern des westlichen Balkans und in Kroatien rund 2.000 Angriffe auf die Medien registriert.

Seit den blutigen Kriegen in Kroatien, Bosnien und im Kosovo, die der ehemalige serbische Diktator Slobodan Milosevic in den 1990er Jahren angezettelt hatte, spielen die Medien auf dem Balkan, einschließlich des Kosovo, eine Schlüsselrolle für die demokratische Entwicklung der Länder. Politische Parteien und Regierungen haben schon immer versucht, in die Medien einzugreifen und ihren Einfluss geltend zu machen, was ihnen auch oft gelungen ist. Sie verfolgen oft nationalistische Ziele, die oft im Widerspruch zu anderen Nationen in der Region stehen. Im Kosovo wurde der meiste Druck auf die öffentliche Rundfunkanstalt RTK ausgeübt, die viele Jahre lang in vielerlei Hinsicht der regierenden Demokratischen Partei des ehemaligen Präsidenten Hashim Thaci diente. Ansonsten konnten die privaten unabhängigen Medien, obwohl sie wirtschaftlichem und politischem Druck ausgesetzt waren, ihre Aufgabe erfüllen, indem sie die Machthaber zur Rechenschaft zogen. In Albanien sind seit mehr als einem Jahrzehnt fast 90 Prozent der Medien auf die eine oder andere Weise mit der regierenden Sozialistischen Partei von Premierminister Rama verbunden, während die Situation in Serbien noch schlimmer ist, wo es nur drei bis vier von Hunderten Medien gibt, die nicht von Präsident Aleksandar Vucic und der regierenden SNS kontrolliert werden. In Nordmazedonien genossen die Medien ein neues Gefühl der Freiheit,

nachdem Nikola Gruevski von der VMRO DPMNE aus dem Land geflohen war, nachdem gegen ihn ein Haftbefehl wegen Korruption erlassen worden war.

Im Kosovo sind Hunderte von Medienorganisationen tätig, die zumeist als Unternehmen registriert sind, einige von ihnen als NROs. Es gibt keine staatliche Kontrolle über die Medien im Kosovo. Die Unabhängige Medienkommission, ein von der Kosovo-Versammlung gewähltes unabhängiges Gremium, überwacht die Inhalte von Fernsehen und Radio und bearbeitet Beschwerden. Der Presserat des Kosovo ist eine Selbstregulierungseinrichtung, die den Inhalt der Online-Medien überwacht, nachdem alle Printmedien im Land geschlossen wurden. Die derzeitige Regierung des Kosovo scheint zu versuchen, die Kontrolle über die öffentliche Rundfunkanstalt RTK auszuüben, indem sie deren Jahresbudget von 16 Mio. EUR auf 8 Mio. EUR kürzt.

VERBALE UND KÖRPERLICHE ANGRIFFE AUF JOURNALIST*INNEN

Die Arbeit von Journalist*innen und Medien in den westlichen Balkanländern, einschließlich des Kosovo, steht ständig unter Beobachtung und ist Angriffen von Politik, Regierungen und Interessengruppen aller Art ausgesetzt. In den letzten Jahren hat das Safe Journalist Regional Network fast 2.000 Angriffe in sechs Ländern des westli-

chen Balkans und in Kroatien registriert.

Die Angriffe reichten von physischen Angriffen, wie in diesem Jahr im Nordkosovo, bis hin zu allen Formen von Drohungen, Einschüchterung und Online-Belästigung. In Serbien, Bosnien und dem Kosovo gab es die meisten Angriffe, in Nordmazedonien die wenigsten. Die meisten Angriffe gehen in jedem Land von den Regierungsparteien aus, wobei der Präsident, der Premierminister und die Abgeordneten Hetzkampagnen gegen Journalist*innen organisieren. Am häufigsten ist dies in Serbien und Albanien der Fall, und in jüngster Zeit auch im Kosovo.

Wir betrachten Angriffe auf Journalist*innen als Versuche, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit im Kosovo zu untergraben. So wurde beispielsweise Valon Sylja, Journalist und Gründer des Online-Nachrichtenportals „Gazeta Metro“, im April körperlich angegriffen, weil er sich in einem Facebook-Post über das luxuriöse Leben muslimischer Imame im Kosovo lustig gemacht hatte. Dies ist ein klares Beispiel dafür, wie die Meinungsfreiheit angegriffen wird, und die Zivilgesellschaft im Kosovo hat stets ihre Stimme zur Verteidigung dieser Freiheit erhoben.

Die Journalistenvereinigung des Kosovo verzeichnete 29 Angriffe auf Journalist*innen in den mehrheitlich von Serben bewohnten Provinzen Nord-Mitrovica, Leposavic, Zvečan und Zubin Potok in den fünf Wochen vom 26. Mai bis zum 30. Juni. Journalist*innen und Medienteams wurden während ihrer Berichterstattung von maskierten Banden tätlich angegriffen, ihre Ausrüstung wurde zerstört und ihre Autos in Brand gesetzt. Die schlimmsten Angriffe ereigneten sich am 16. Juni in Leposavic, als neun Medienvertreter angegriffen wurden und der RTK-Kameramann Bardh Bekteshi zu Boden getreten wurde.

Die AJK und Journalist*innen haben mit Organisationen in Kontakt gestanden und unsere Besorgnis über die Sicherheit von Journalist*innen im Land zum Ausdruck gebracht. Wir haben die Regierung aufgefordert, eine Strategie mit konkreten Schritten zu verabschieden, wie Journalist*innen ihre Arbeit am besten in einem sicheren Umfeld verrichten können. Wir haben die Justiz immer wieder aufgefordert, Fälle von Angriffen auf Journalist*innen vorrangig zu behandeln und anzuerkennen, dass ihre Arbeit im höchsten öffentlichen Interesse liegt. Wir haben einige kleine Schritte gesehen, vor allem von Seiten der Staatsanwaltschaft, aber in der Praxis hat sich nicht viel geändert.

MEHRSPRACHIGE UND MULTIKULTURELLE MEDIEN

Im Kosovo gibt es verschiedene Nachrichtenorganisationen, die auf Albanisch, Serbisch, Romani, Bosnisch, Türkisch und anderen Sprachen senden. Serbischsprachige Medien sind vor allem im Norden des Kosovo zu finden (Kossev, Radio Kosovska Mitrovica, Radio Kontakt Plus, TV Mir, TV Most und andere). Verschiedene Studien zeigen, dass die Mehrheit der 60.000 Kosovo-Serben die serbischen Medien in Belgrad als Hauptinformationsquelle nutzen. Das bedeutet, dass sie nicht nur Zielscheibe der serbischen, sondern auch der russischen Propaganda sind, da Russia Today in Belgrad RT Balkans eröffnet hat.

Leider haben wir in den letzten Tagen und im Zeitalter der sozialen Plattformen gesehen, dass die Medien, einschließlich der Mainstream-Medien, oft von der Einhaltung der Ethik in der Berichterstattung abgewichen sind. Die derzeitige Ära des „Clickbait“ führt manchmal zu einer ungenauen Berichterstattung in den Medien. Es gibt jedoch immer noch 2-3 große, angesehene Medienorganisationen in jedem Land, die das Wesen des Journalismus für eine professionelle Berichterstattung im öffentlichen Interesse bewahren.

KEINE ZENSUR, SONDERN SELBSTZENSUR

Viele Medienorganisationen, auch im Kosovo, üben oft eher Selbstzensur als Zensur aus. Aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen neigen die Medien dazu, die Berichterstattung über verschiedene Themen oder Fragen im Zusammenhang mit Personen oder Organisationen, mit denen sie verbunden sind, zu vermeiden. Zensur scheint in Serbien, Albanien und der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina praktiziert zu werden. Ein Beispiel hierfür sind die in der serbischen Hauptstadt Belgrad organisierten Proteste der Opposition, die von den meisten regimetreuen Medien ignoriert wurden.

In jedem Land versuchen verschiedene Akteure zu intervenieren. Russland und China sind die wichtigsten böswilligen ausländischen Akteure, die versuchen, ihren Einfluss geltend zu machen. Auch dies ist in Serbien und dem dort ansässigen Sputnik am deutlichsten zu sehen. ■

** Er ist Vorstandsvorsitzender des Journalistenverbands des Kosovo (AJK), der mehr als 900 Mitglieder im Kosovo hat. Von 2005 bis 2020 arbeitete er in verschiedenen Positionen beim nationalen Privatsender KTV (Kohavision), u. a. als Chefredakteur, und moderierte die Sendung Interaktiv zu aktuellen Themen. Seit 2020 ist er Informationsdirektor und Moderator der Sendung „Prime Time“ bei Kanal10.*



“ICH HABE AUFGRUND EINES FOTOS 2 JAHRE IM GEFÄNGNIS VERBRACHT“



HAMDİYE ÇİFTÇİ ÖKSÜZ

Für diejenigen, die in demokratischen Ländern leben, ist das vielleicht schwer zu verstehen, aber es ist die absolute Realität. Ich bin eine kurdische Journalistin, eine Frau und Mutter von zwei Kindern, die wegen der Nachrichten, über die ich berichtete, und wegen der Fotos und Videos, die ich machte, zwei Jahre im Gefängnis saß und seit 13 Jahren deswegen vor Gericht steht.

Wenn Sie eine Frau sind, die als Journalistin in der

mehrheitlich kurdischen Region der Türkei arbeitet, tragen Sie ein Hemd aus Feuer. Jeden Tag, wenn du dein Haus verlässt, verabschiedest du dich von deinen Lieben, als würdest du sterben. Denn du lebst an einem Ort, an dem du nie weißt, was passieren wird, was mit dir passieren wird. Wenn du dich dem bestehenden System nicht unterordnest, versuchen sie, dich durch Druck und Einschüchterung auf Linie zu bringen. Wenn sie nicht bekommen, was sie wollen, drohen sie dir, und wenn sie damit nichts erreichen, bringen sie dich entweder um oder stecken dich ins Gefängnis.

Als ich in Çukurca, Hakkari, die grenzüberschreitenden Operationen verfolgte, erlebte ich meine erste Verhaftung. Danach habe ich mich an Drohungen und Überwachung gewöhnt, die ich nie vergessen werde. Ich gewöhnte mich auch an Menschen, die mit einem verschmitzten Lächeln vor meinem Haus warteten, wenn ich es morgens verließ, und die mir auf dem Basar und auf der Straße in jedem Augenblick meines Lebens auf den Fersen waren. Ich lernte auch, Todesdrohungen zu ignorieren.

“In einem demokratischen Land hätte ich für die Enthüllung des Folterbildes, das ein wichtiges Dokument für die Menschenrechte und Freiheiten ist, einen Preis erhalten müssen, aber leider wurde ich für zwei Jahre ins Gefängnis gesteckt. Ich habe jahrelang vor Gericht gestanden und wurde dafür mit der Entlassung aus meinem Beruf belohnt!

ZU SEHEN, WIE CÜNEYTS ARM GEBROCHEN WIRD

Die HDP veranstaltete am 22. März 2008 eine nicht genehmigte Nowruz-Feier. Die Polizei griff mit Pfefferspray und gepanzerten Fahrzeugen ein und nahm einige Demonstranten fest. Ein Kind wurde von der Polizei mitgeschleift und vor unseren Augen geschlagen und gequält. Dieses Kind hatte vor lauter Weinen seine Stimme verloren. Doch die Polizei wagte es sogar ein Schritt weiter und verdrehte den Arm des Kindes. Meine Kamera hatte dabei die Geräusche aufgenommen. Wir hatten tatsächlich miterlebt, wie einem Kind auf der Straße der Arm gebrochen wurde. Diese Bilder wurden einige Tage später weltweit im Fernsehen ausgestrahlt. Das Kind war auf den Basar gekommen, um Brot zu kaufen, wurde festgenommen und auf diese Weise gefoltert. Einige Tage nach der Veröffentlichung dieser Bilder wurde mein Haus durchsucht. Meine Kassetten, meine persönlichen Sachen, mein Computer, mein Kassettenrekorder und meine Bücher wurden beschlagnahmt. Die drei Polizisten, die dem Jungen den Arm gebrochen hatten, erstatteten Anzeige gegen mich, woraufhin ich festgenommen und inhaftiert wurde.

Meine Kamera wurde als Waffe angesehen. In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft wurden die Bilder von Cüneyt Ertuğ als unwirklich bezeichnet. Nach 14 Monaten hatte ich drei Tage vor der Gerichtsverhandlung die Möglichkeit, meine 840 Seiten umfassende Anklageschrift zu lesen. Ich wurde wegen “Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Vereinigung und Propaganda für sie” für zwei Jahre inhaftiert und nach zwei Jahren, nachdem ich fünfmal dem Richter vorgeführt worden war, beim fünften Mal ohne Anklage freigelassen.

Ich habe meine Arbeit im Gefängnis fortgesetzt und habe die Ereignisse, die ich erlebt habe, gesammelt und darüber geschrieben. Ich habe kranke Gefangene, verhaftete Politiker, inhaftierte Kinder interviewt und befragt. Ich habe also meine journalistische Arbeit fortgesetzt, indem ich Briefe an die Zeitung schickte. Das Gefängnis, in das ich als Journalistin gekommen war, habe ich somit als Schriftstellerin verlassen. Mein Buch heißt “Frauen und Kerker” und ist eine Sammlung von Frauengeschichten.

Nach meiner Entlassung wollte ich einen Neuanfang machen und beendete mein Studium der Kindererziehung an der Universität Hakkâri, das ich nicht abgeschlossen hatte. Nach meinem Abschluss begann ich als Kindergärtnerin zu arbeiten. Aber meine Prozesse gingen weiter. Aufgrund der Nachrichten, die ich geschrieben hatte, wurden neue Ermittlungen eingeleitet, und ich wurde ständig zur Polizeiwache bestellt, um als Zeuge auszusagen. Die Staatsanwaltschaft in Ankara eröffnete ein weiteres Verfahren gegen mich und sechs meiner Journalistenfreunde. Die von der Regierung kontrollierte Zeitung Yeni Akit griff mich an und titelte: “Das sind keine Journalisten, das sind Terroristen”.

ICH WURDE AUCH VON DER LEHRE ENTLASSEN

Ich wurde per Notstandsdekret von meiner Arbeit als Lehrer entlassen, weil ich wegen meiner Berichterstattung und dem Fall Cüneyt Ertuğ verhaftet wurde. Meine Telefone werden immer noch abgehört, ich werde ständig überwacht. Wegen Cüneyt Ertuğ, dem im Alter von 14 Jahren der Arm gebrochen wurde und den ich fotografiert habe, wurden drei separate Klagen eingereicht. In einem Fall wurde ich zu 1,5 Jahren Haft verurteilt, das andere Verfahren läuft seit 13 Jahren. Dieser Prozess gegen mich wird seit Jahren alle zwei Monate vertagt.

In diesem Land kann man für das, was man schreibt, vor Gericht gestellt und ins Gefängnis geworfen werden. Man läuft mit dem Herzen im Mund herum. Denn man weiß nie, was einem passieren wird. Vor allem, wenn man Mutter von zwei kleinen Kindern ist. Es ist bekannt, dass Hunderte von kurdischen Journalist*innen im Exil und Dutzende im Gefängnis sind.

In einem demokratischen Land hätte ich für die Veröffentlichung des Bildes eines gefolterten Kindes, das ein wichtiges Dokument für die Menschenrechte und Freiheiten ist, einen Preis erhalten, aber leider wurde ich für zwei Jahre ins Gefängnis gesteckt. Ich stand jahrelang vor Gericht und wurde dafür mit der Entlassung aus meinem Beruf belohnt(!). Niemand in meiner Familie hat aus diesem Grund eine Arbeit. Mein Anwalt, der mich bei meiner Verhaftung freiwillig verteidigt hatte, zog sich aus dem Verfahren zurück. Ein anderer verlangte eine hohe Zahlung. Jetzt hat sich eine Organisation bereit erklärt, mir Rechtsbeistand zu leisten.

MEIN BUCH WURDE VERBOTEN

Mein Buch “Frau und Kerker / Die Gefangenschaft einer Journalistin” wurde beschlagnahmt. Ich finde keinen Verlag für mein nächstes Buch, weil sie alle Angst haben. Was wir sagen, ist verboten, was wir tun, ist ein Verbrechen. Allein diese Erfahrungen sind ein deutliches Beispiel dafür, wie es um die Presse- und Meinungsfreiheit, um die Justiz und die Balance in der Türkei bestellt ist. Kurz gesagt, ich habe eine bestimmte Berichterstattung gemacht und dann ist mir alles passiert. Ich wurde Journalistin, ich wurde verhaftet, ich wurde Lehrerin, ich wurde entlassen. Ich habe ein Buch geschrieben, es wurde konfisziert und verboten.

Sie lassen mich nicht einmal atmen. Obwohl ich von der Regierung nicht als Journalist angesehen werde, werde ich meine Arbeit als Journalistin fortsetzen und die Wahrheit schreiben. ■

Nicht nur die Pressefreiheit ist in Kolumbien problematisch, auch ethische Werte fehlen!

Die kolumbianische Regierung zensiert Journalist*innen, indem sie sie auffordert, ihre Fragen schriftlich einzureichen und dann zu entscheiden, ob sie darauf antworten oder nicht, oder indem sie Monate später Pressekonferenzen abhält.



SALOMÉ SALDARRIAGA J. *

Die Pressefreiheit in Kolumbien ist im aktuellen Index von Reporter ohne Grenzen weiterhin dunkelorange eingefärbt. Diese Farbe steht für die „schwierige Lage“ des Landes, das damit auf Platz 139 von 180 untersuchten Ländern rangiert. Viele interpretieren dies als Zeichen dafür, dass kolumbianische Journalist*innen getötet, bedroht oder tödlich angegriffen werden. Dies sind einige der Hauptgründe, warum Kolumbien eines der gefährlichsten Länder für Journalist*innen in Südamerika ist. Zu den anderen, weniger diskutierten, aber anhaltenden Belastungen, denen Journalist*innen vor Ort ausgesetzt sind, gehören Einkommensmangel, überlange Arbeitszeiten, niedrige Bezahlung, Missbrauch von Freelancern, redaktioneller Druck, mangelnde Glaubwürdigkeit und Zensur.

„Die Debatte über Pressefreiheit sollte in den lokalen Medienbüros und unter den arbeitenden Journalist*innen geführt werden“, sagt der Journalist Felipe Abondano. Sie können über den Druck berichten, dem sie von Medienbossen ausgesetzt sind, ihre Geschichten zu veröffentlichen oder nicht.

Felipe Abondano ist einer der wenigen kolumbianischen Journalisten, die für internationale Medien arbeiten und lokale kolumbianische Themen analysieren. Der Universitätsprofessor Abondano arbeitet als freiberuflicher Fotograf und Journalist für lokale und internationale Medien. Wie die meisten Journalist*innen hat er aufgrund der harten wirtschaftlichen Realität in seinem Beruf mehrere Einkommensquellen. Über die Drohnenfotografie lernte er seinen jetzigen Arbeitgeber kennen. Nach 7 Jahren arbeitet er immer noch für die Deutsche Welle (DW). Auch wenn er nicht mehr mit einigen der Realitäten konfrontiert ist, mit denen sich Journalist*innen in lokalen Medienorganisationen auseinandersetzen müssen, so ist er doch jeden Tag mit ähnlichen Problemen konfrontiert.

Abondano hat das ganze Land bereist, von abgelegenen ländlichen Gegenden bis hin zu zubetonierten Dschungelgebieten, und verfügt über umfangreiche Erfahrungen im Bereich des Personenschutzes und der Sicherheitsrisiken in einem Land, das in der Vergangenheit von bewaffneten Konflikten, illegalen bewaffneten Gruppen und organisiertem Verbrechen heimgesucht wurde. Vor einigen Jahren wurde er sogar von der kolumbianischen Bereitschaftspolizei ESMAD mit einem Tränengaskanister beschossen, als er über Demonstrationen im ganzen Land berichtete, obwohl er eine Weste mit der Aufschrift „Presse“ trug. Doch nach all dem, was ihm widerfahren ist, betont Abondano einen ganz anderen Punkt, wenn er über die Pressefreiheit in seinem Heimatland Kolumbien spricht. Er spricht vom Fehlen ethischer Regeln und vom Verfall des Journalist*innenberufs.



Um jedoch die Wurzel des Problems zu verstehen, muss man die Medieneigentümer verstehen, d.h. die Entscheidungen der Entscheidungsträger. Im kolumbianischen Szenario kontrollieren große Konzerne, die auch an anderen Unternehmen beteiligt sind, einflussreiche Medienorganisationen im ganzen Land. Hinter den lokalen Zentren der größten lokalen und sogar internationalen Medien stehen die wohlhabenden Eliten und Konglomerate Kolumbiens. Wie Abondano in seinen jüngsten Beispielen zeigt, können die wohlhabendsten oder einflussreichsten Familien des Landes Tochtergesellschaften großer Medienkonglomerate auf die gleiche Weise erwerben wie eine Franchise-Filiale von Subway, einem Fastfood-Franchiseunternehmen.

Gilinski, Sarmiento Angulo, Santo Domingo, Ardilla Lülle. Dies sind einige der reichen und einflussreichen Familien, die an der Spitze der einflussreichsten Informationsquellen des Landes stehen. Diese Geschäftsleute sind auch Eigentümer anderer großer Unternehmen, die in allen Arten von Finanzaktivitäten tätig sind, wie Banken, Catering, Versicherungen, Sportmannschaften usw.

„Stellen Sie sich vor, Sie sind Herr Sarmiento oder Herr Santo Domingo. Sie kommen zu den lokalen Journalisten und sagen: ‚Mein Geschäft - Zuckerrohr, afrikanisches Palmöl, Viehzucht - ist profitabler als Ihres. Sie betrachten die Journalisten als Ihre Spielzeuge, nicht wahr? Sie veröffentlichen nur, was Sie wollen, und wenn es den Journalisten nicht gefällt, gibt es Massentlassungen, Drohungen und Schlägereien. Das ist ein echter Verfall des Berufs.“

Wie Abondano sagte, werden Journalist*innen wegen der finanziellen Interessen der Bosse zensiert, aber das ist nur eine von vielen Methoden der Unterdrückung. Die Regierung zensiert Journalist*innen, indem sie sie auffordert, Fragen schriftlich einzureichen und dann zu entscheiden, ob sie darauf antworten oder nicht, oder indem sie Monate später Pressekonferenzen organisiert. Politiker oder einflussreiche Geschäftsleute können Druck auf Medienorganisationen ausüben, damit diese eine gegen sie gerichtete Geschichte

nicht veröffentlichen. Reaktionen nach der Veröffentlichung können Journalist*innen zensieren. Abondano, der nach eigenen Angaben von einem General wegen einer Geschichte, die er veröffentlicht hatte, bedroht wurde, ist nur einer von vielen Journalist*innen, die solche Erfahrungen gemacht haben. Journalist*innen können sogar beschließen, bestimmte Geschichten nicht weiter zu verfolgen, weil sie wissen, dass die Redakteure sie nicht veröffentlichen werden.

Viele Journalist*innen haben aufgrund dieses Drucks und der Zensur ihre Arbeit aufgegeben. Vor drei Jahren wurde *Semana*, eine der größten Zeitschriften des Landes, von einem Bankmilliardär aufgekauft und viele Journalist*innen mussten ihre Arbeit aufgeben. Einige von Abondanos engen Freunden haben noch keine neue Arbeit gefunden, andere, die es leid waren, einen aussichtslosen Kampf ums Überleben zu führen, haben ihre Arbeit an andere Unternehmensgruppen abgegeben. Ich frage mich, wie viele Menschen aus Angst vor Entlassung zum Schweigen gebracht wurden“, sagt er. Wie viele großartige Journalist*innen haben wir verpasst?

Und dann gibt es die Zurückgebliebenen. Abondano argumentiert, dass die lokalen Medien nicht die notwendigen Bedingungen und Garantien bieten, damit Journalist*innen in Ruhe arbeiten können. Zudem seien die Journalist*innen gezwungen, unter schwierigen Bedingungen zu arbeiten, mit Sechs-Tage-Schichten und Bereitschaftsdiensten an Feiertagen. Verglichen mit anderen Berufen werden Journalist*innen in Kolumbien sehr schlecht bezahlt. Hinzu kommt die Anfälligkeit der Freiberufler für Missbräuche wie niedrige Stundenlöhne, Sicherheitsprobleme, Gesetzeslücken und ständige Forderungen nach unbezahlter Arbeit in der Hoffnung auf einen Auftrag.

Abondano erinnert daran, dass es immer noch bekannte lokale und internationale Medien gibt, die ihm seine Arbeit verdanken.

Dennoch wird ihre Arbeit, insbesondere Fotos und Videomaterial, von vielen Medienorganisationen wahllos verwendet, ohne Rücksicht auf Urheber- und Eigentumsrechte. „Es gibt weder Ethik noch Respekt“, reagiert Felipe Abondano und erklärt, dass sie sagen, sie befänden sich in einer Wirtschaftskrise, wenn sie sie veröffentlichen.

Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass sich Lokaljournalist*innen auf ihre Telefone und Twitter verlassen, anstatt von der Basis oder vor Ort zu berichten. Das seien Kosten, die die Medienbesitzer ohnehin nicht zahlen wollten, fügt er hinzu: „Die Qualität unseres Journalismus ist daher sehr niedrig und wir sind den Fake News ausgeliefert.“

„Ich glaube, die größte Gefahr besteht darin, dass Menschen, denen das Publizieren am Herzen liegt und die gerne Geschichten erzählen, immer nach Möglichkeiten suchen, die Kosten in diesem Beruf zu senken, und nicht irgendwelche Bankbesitzer, die Zeitungen kaufen wollen, um zu sehen, wie sie damit Geschäfte machen können, die teuer sind und einen minimalen Teil unserer Demokratie sichern.“ ■

** Salomé Saldarriaga J., Freiberufliche Journalistin und Journalist Post Editor | Kommunikations- und Eventspezialistin bei Front Line Defenders | CNN Academy & UCD - MA in Journalismus und Internationalen Beziehungen*



Seit 3168 Tagen im Gefängnis:

der türkische Dreyfus- Journalist Mehmet Baransu

Alfred Dreyfus. Ein französischer Offizier löste 1894 die so genannte Dreyfus-Affäre aus. Der unter dem Verdacht der Spionage für die Deutschen verhaftete Hauptmann Alfred Dreyfus wurde nach 12 Jahren Haft ohne Anklage freigesprochen. Der französische Staatspräsident entschuldigt sich bei ihm, seine Dienstgrade werden wiederhergestellt und er erhält den Orden der Ehrenlegion, die höchste zivile Auszeichnung Frankreichs. Während Alfred Dreyfus sein Leben hinter vier Mauern und ohne die Möglichkeit, sich zu verteidigen, führte, zeigten ihm seine Familie und der weltberühmte Schriftsteller Émile Zola Loyalität und Unterstützung. Die Bemühungen seiner Frau, den Fall auf der Tagesordnung zu halten, und Zolas berühmter Artikel „J'accuse“ (Ich klage an), den er an den französischen Staatspräsidenten schrieb, sorgten dafür, dass der vergessene Fall Dreyfus wieder aufgerollt und der Gerechtigkeit Genüge getan wurde, wenn auch erst Jahre später. Wegen dieses Artikels musste Zola sein Land verlassen. Heute erlebt der Journalist Mehmet Baransu einen von Hunderten ähnlicher Fälle in der Geschichte. Wegen „Spionage und Verrat von Staatsgeheimnissen“ angeklagt, hat Baransu, der seit Jahren im Gefängnis sitzt, nicht so viel Glück wie Dreyfus. Im ganzen Land gibt es keinen einzigen Journalisten, Intellektuellen oder Schriftsteller, der seine Unschuld beteuert (außer seiner Frau, seiner Familie und einigen Freunden). Und seit Jahren ist er hinter den vier Mauern des Gefängnisses vergessen. Dieser Journalist, der Artikel für die Institutionalisierung der Demokratie im Land schreibt, dessen Nachrichten zu den Nachrichten des Jahrhunderts gehören, der Auszeichnungen erhält, der keine Angst hat und sich nicht der Macht beugt, sollte geehrt werden, aber gegen ihn wurden mehr als 140 Prozesse angestrengt und mehr als tausend Jahre Haft gefordert. Er war 3.168 Tage im Gefängnis. (Stand: 2. November 2023) Ob Baransu nach Jahren wie Dreyfus eine Ehrenmedaille erhalten wird, ist nicht bekannt. Aber heute ist der Tag von Émile Zola. ▶



GÜLİZAR BAKI



İSMAİL SAĞIROĞLU



ŞEMSİ AÇIKGÖZ

Mehmet Baransu stammt aus einer kurdischen Familie in Ardahan und wurde 1977 in Iğdır geboren. Nach seinem Bachelor-Abschluss an der Fakultät für Kommunikation der Universität Istanbul lebte er dreieinhalb Jahre in den USA, um seinen Master-Abschluss zu machen und Sprachen zu studieren.

Er arbeitete für das 32. Tagesprogramm, die Zeitungen Akşam und Hürriyet, die Zeitschrift Aksiyon und die Nachrichtenagentur Cihan. Wegen seiner Schriften wurden mehr als 140 Klagen gegen Baransu eingereicht. Baransu befindet sich seit dem 2. März 2015 in Haft und keiner seiner Artikel konnte widerlegt werden.

Sein in der Zeitung Taraf veröffentlichter Artikel „Er zog den Sprengkopf und gab die Bombe“ wurde von Anya Schiffrin, Professorin an der Columbia University, zu den 47 wichtigsten investigativen Nachrichten der letzten 100 Jahre gezählt.

„So starben diese vier Soldaten: He Pulled the Pin and Gave the Bomb“ wurde auch mit dem Sedat Simavi Journalism Award 2009 ausgezeichnet.

Baransu ist Autor der drei Bücher Karargâh, Monsieur und Pirus.

Seine schwangere Frau verlor ihr Baby aufgrund des Stresses und Drucks, denen Baransu während seiner Verhaftung ausgesetzt war.

Mutige Berichterstattung haben 9 Jahre Freiheit gekostet

„Ich habe achteinhalb Jahre in Einzelhaft für meinen Mut bezahlt. Ich kann von niemandem den gleichen Mut erwarten wie von mir. Aber der Zustand meines Landes... und es tut mir leid, dass ich diesen Preis bezahlt habe. Er war es nicht wert.“

„Breach the door, we will criminalize your actions.“ In entwickelten Demokratien ist es äußerst schwierig, einen solchen Satz und eine solche Handlung eines Ministers zu verstehen. Aber es ist möglich in Ländern, in denen jede Nachricht, über die ein Journalist berichtet, ein Todesurteil oder eine Gefängnisstrafe bedeutet;

In einer 2014 im Internet aufgetauchten Tonaufnahme sagt der damalige türkische Innenminister Efkan Ala zu Hüseyin Avni Mutlu, dem damaligen Gouverneur von Istanbul, über Mehmet Baransu: „Brecht seine Tür auf, nehmt ihn mit, tretet ihm in den Arsch. Wir brauchen nicht einmal ein Gerichtsurteil. Wir haben 50 Prozent der Stimmen. Wir können ein Gesetz machen, kriminalisieren oder entkriminalisieren, was er getan hat, habt keine Angst vor dem Staatsanwalt.“ Die Gründe dafür sind Baransus Nachrichtenberichte. Ala sagt, er müsse unbedingt zum Schweigen gebracht werden, damit seine illegalen Aktivitäten nicht aufgedeckt würden. Tatsächlich wird Baransu seit 9 Jahren genau aus diesem Grund zum Schweigen gebracht. Die Regierung brachte ihn zum Verstummen, indem sie ihn einsperrte, während seine Kollegen ihn in anderer Weise

zum Schweigen brachten, indem sie ihn zwischen ideologischen Mauern versteckten. Wie sein Anwalt Çiğdem Koç auf jeder Plattform sagt, gibt es viele Vorurteile gegen Baransu. Vorurteile, die laut Koç bis zur „Sittenlosigkeit“ reichen. Es gibt auch eine erstaunliche Informationsverschmutzung. Ideologischer Hass wird durch Ereignisse, Nachrichten und Diskurse verbreitet, die nichts mit Baransu zu tun haben. Und weder Baransu noch seine Familie oder sein Anwalt können diese Urteile korrigieren. Es ist, als würde bewusst ein „Baransu-Hass“ verbreitet und eine Lynchkampagne geführt.

Wir haben es aber mit dem Porträt eines Journalisten zu tun, dessen Nachrichten zu den Nachrichten des Jahrhunderts gehören, der gegen Bevormundung und Korruption kämpft, der keine Macht fürchtet, der nicht aufgibt und den Tod riskiert. Wir wollten, dass die Geschichte von Baransu, einem Namen, der in die Geschichte des Journalismus eingehen wird, durch seine Reportagen und seine Aussagen vor Gericht erzählt wird. Wir lassen die Lebensgeschichte und die Berichte von Baransu zu Wort kommen. Die Interpretation bleibt dem Leser überlassen.

■ „VERSCHWÖRER UND KOFFERJOURNALIST“

Baransu wird von vielen als „Verschwörer des Balyoz-Prozesses“ (Plan des türkischen Militärs zum Sturz der amtierenden Regierung 2002-2003) und als „Kofferjournalist“ (Metapher für Auftragsjournalismus) bezeichnet. Baransu wurde jedoch nie wegen des „Balyoz-Prozesses“ vor Gericht gestellt, und die Dokumente, die die Grundlage der Beweisführung im Balyoz-Prozess bilden, sind keine Dokumente, die Baransu den Justizbehörden übergeben hat. Und welcher Journalist würde eine solche Information, nachdem er sie auf ihre Richtigkeit überprüft hat, nicht akzeptieren und über eine so wichtige Information nicht berichten? Bis heute hat sich keines der Dokumente in Baransus Berichten als gefälscht oder falsch erwiesen. Die Richtigkeit der Dokumente wurde auch von offiziellen Stellen des Staates anerkannt. Er wurde weder verurteilt noch wegen Verschwörung angeklagt.

■ DER EINZIGE FALL, IN DEM ER VERHAFTET WURDE: „KREBS-REIS“-NACHRICHTEN

Die Sorge eines Journalisten um die öffentliche Gesundheit wurde mit 19,5 Jahren Haft bestraft. Im Jahr 2013 wurde krebserregender gentechnisch veränderter Reis mit einem gefälschten Bericht eingeführt, der gegen Bestechungsgelder erwirkt worden war. Der damalige Zollminister Hayati Yazıcı organisierte 2013 eine Operation gegen diese Personen. Acht der AKP nahestehende Geschäftsleute wurden festgenommen. Die Aktion sorgte für Schlagzeilen. Die AKP war verunsichert. Einige Politiker schalteten sich ein und sorgten für die Freilassung der Geschäftsleute. Die 2013 eingereichten Klagen endeten jedoch 2015 mit der Verurteilung zu Haftstrafen wegen „Inverkehrbringens von gentechnisch verändertem Reis mit gefälschten Berichten“. Das Kassationsgericht bestätigte das Urteil 2019. Was hat Baransu damit zu tun, dass er seit Jahren im Gefängnis sitzt? Baransus Bericht beschreibt, was nach diesen Ereignissen in den Lobbys von Ankara geschah. Die Quelle der Nachricht ist einer von Erdoğan's ehemaligen Beratern. Nach der Veröffentlichung der Nachricht, in der die Spiele um diesen Reis im Landwirtschaftsministerium, die Bestechungen, die Täuschungen des damaligen Ministerpräsidenten Erdoğan und der Kampf des Ministers Yazıcı gegen diese Leute beschrieben wurden, wurde die Nachricht von einigen der in der Nachricht genannten Geschäftsleute zurückgezogen und sie wurden wegen „Verleumdung und Beleidigung“ angeklagt, mit der Begründung, dass die Nachricht im Rahmen der Pressefreiheit veröffentlicht wurde. Die Staatsanwaltschaft erklärte, die Nachricht sei im Rahmen der Pressefreiheit veröffentlicht worden, und erhob keine Anklage. Baransus Bruder Ahmet Baransu, der den Prozess gegen Baransu bis ins kleinste Detail verfolgt hat, bezeichnet ihn als „einen der unrechtmäßigsten Prozesse in der Geschichte der Republik“ und sagt, es sei sehr überraschend, dass Baransu wegen des Themas gentechnisch veränderter Reis angeklagt worden sei. Ahmet Baransu beschreibt den Prozess folgendermaßen: „Der Staatsanwalt erhob keine Anklage wegen der 2013 veröffentlichten Nachricht, weil sie sich ‚im Rahmen der Pressefreiheit‘ bewegte. Derselbe Staatsanwalt erhob jedoch 2015 erneut Anklage wegen ‚versuchten Umsturzes der Regierung und Führung einer terroristischen Vereinigung‘.“ Während dieses Prozesses wurden und werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen. Zum Beispiel die Verwendung eines Wagens, der nicht für lange Fahrten bei kaltem Wetter geeignet ist. Mein Bruder wurde mehrere Stunden in einem Gefangenentransporter in eine andere Stadt gebracht, ohne dass er Winterkleidung tragen durfte. Man warf ihm eine schmutzige Matratze in eine durchnässte Toilette und befahl ihm, dort zu schlafen. Er blieb zwei Tage in dieser Zelle. Sie haben ihn einfach gefoltert. Außerdem haben sie falsche und gefälschte Beweise vorgelegt, um seine Inhaftierung aufrechtzuerhalten. Zum Beispiel wurde mein Bruder im GVO-Fall aufgrund der Aussage eines Geständigen verhaftet. Der Zeuge sagte: „Ich habe Baransu vom Flughafen abgeholt und ihn zu einem Teegarten gebracht, wo Polizisten, die der Sekte nahestehen, ihm Informationen und Dokumente gegeben haben“, und mein Bruder wurde verhaftet. Aber das Interessante an diesem Vorfall war, dass sich herausstellte, als der Geständige sagte, er habe es getan, dass er im Gefängnis von Afyon inhaftiert war. Mit anderen Worten, es war ein falsches Geständnis. Darüber hinaus hat Mehmet Baransu das Programm Bylock nicht benutzt, wie ein vom Gericht in Auftrag gegebenes Gutachten, das sich in seiner Akte befindet, bestätigt.“ ▶



Ahmet Baransu erklärt, dass sein Bruder im Gefängnis allein gelassen wurde.

“ICH WÜNSCHTE ICH WÄRE NICHT SO MUTIG”

Mehmet Baransu hat der Zeitung Ahal ein Interview gegeben. Auszüge aus dem Interview

DER JOURNALIST SORGT SICH UM DIE GENAUIGKEIT

Sie fragen mich, woher ich diese Dokumente habe. Ich habe sie bekommen, weil ich über den Fall berichtet habe und ihn nicht in Vergessenheit geraten ließ. Ein Journalist sorgt sich um die Richtigkeit, nicht um die Quelle. Mein Mut hat mich 8,5 Jahre Einzelhaft gekostet, ich wünschte, ich wäre nicht so mutig gewesen.

ICH WURDE ALLEIN GELASSEN, ICH ERWARTE NICHTS

Man hat mich im Gefängnis allein gelassen. Die Leute, auch ehemalige Manager der Zeitung Taraf, hatten Angst, den Mund aufzumachen. Einige schickten mir Nachrichten, in denen stand: „Es tut uns leid, wir konnten nicht für dich da sein. Wenn wir etwas sagen, werden wir auch verhaftet“.

WAS BERICHTEN DIE MEDIEN RICHTIG?

Die Medien berichten nicht korrekt. Einige haben Angst. Einige haben den Journalismus verlassen und sind Parteisprecher geworden. Manche sehen die Ereignisse durch die Brille ihrer eigenen Ideologie. Ich habe nichts zu sagen. Aber die Journalisten, die meinen Prozess verfolgen, wissen, dass es in meinem Fall nicht um eine Verschwörung geht, sondern um die Beschaffung und Veröffentlichung geheimer Dokumente. Trotzdem gehen sie raus und berichten es als „Verschwörungsfall“.

DAS IST ES NICHT WERT

Den Mut, den ich habe, kann ich von niemandem erwarten. Als ich diese Nachrichten machte, dachte ich jeden Tag, dass eine Bombe in meinem Auto sein könnte, dass es mein letzter Tag sein könnte, aber ich habe nicht aufgegeben. Der Preis dafür war eine Gefängnisstrafe. Wenn ich auf mein Land schaue, tut es mir leid, dass ich diesen Preis bezahlt habe. Für diese Leute ist es das nicht wert.

DAMIT IHRE VERBRECHEN NICHT AUFGEDECKT WERDEN...

Leute, deren Sünden nicht in den Sack passen, wollen, dass ich ins Gefängnis komme. Sie wollen mich anklagen und ihre Verbrechen loswerden, damit sie nicht aufgedeckt werden. Balyozisten, die Regierung, Journalisten, Intellektuelle, sie alle kennen ihre Verbrechen.



Die Anwältin von Mehmet Baransu, Çiğdem Koç:

Das Verhalten der Journalisten gegenüber Baransu wird als Schande in die Geschichte eingehen

„Baransu ist seit fast neun Jahren im Gefängnis, und das Verhalten von Journalisten, Journalistenorganisationen und Rechtsverteidigern wird als Schande in die Geschichte eingehen. Abgesehen von ein paar Namen. Unter diesen Umständen ist es sinnlos zu sagen, dass Journalismus kein Verbrechen ist, wenn ihnen danach ist.“

Die Rechtsanwältin Çiğdem Koç übernahm die Verteidigung des Journalisten Mehmet Baransu in einer schwierigen Zeit. Mit ihren legendären Plädoyers widerlegte sie alle Behauptungen des Gerichts. Nicht nur vor Gericht, sondern bei jeder sich bietenden Gelegenheit beteuerte sie Baransus Unschuld. „In allen Akten, in denen Mehmet Baransu angeklagt wird, wird ein Name angeklagt, nicht ein Verbrechen“, sagte Rechtsanwältin Koç und beantwortete unsere Fragen wie folgt.

Mehmet Baransu hatte vorher einige Anwälte, die sich dann aber aus dem Fall zurückgezogen haben. Warum haben Sie sich darauf eingelassen?

Ich habe bereits die Verhaftung und den Prozess gegen Baransu - wenn man ihn überhaupt als Prozess bezeichnen kann - sehr genau verfolgt. Als Anwältin, die weiß, wie die Justiz in der Türkei im Allgemeinen funktioniert, war mir auch bewusst, dass dieser Prozess in einer Art und Weise ablief, die das Recht auf Verteidigung und das Recht auf ein faires Verfahren einschränkte und universelle Rechtsgrundsätze ignorierte. Ich denke, ein anderes Thema, das mich mindestens ebenso sehr interessierte, war zu sehen, wie viel die Öffentlichkeit über dieses Thema sprach und wie wenig sie da-

rüber wusste, und wie immer war ich darüber sehr verärgert. Damals trafen wir Baransu bei Gefängnisbesuchen und begrüßten ihn, aber da ich wusste, dass er einen Anwalt hatte, begnügte ich mich damit, ihn zu beobachten, bei Bedarf über ihn zu schreiben und zu versuchen, auf ihn aufmerksam zu machen. Dann erfuhr ich, dass er meine Artikel über ihn verfolgte. Sein Anwalt und seine Frau Nesibe Baransu setzten sich mit mir in Verbindung. Wir haben uns auch mit seinem Bruder getroffen und ich habe mich gerne bereit erklärt, als sein Anwältin zu fungieren. Ich glaube nicht, dass ich das als eine Art „Hand unter den Stein“ betrachte. Es war beruflich spannend, an einem solchen Prozess beteiligt zu sein.

Was dachten Sie, als Sie Baransu trafen? War die Person, die Sie getroffen haben, dieselbe Person, die Sie sich vorgestellt hatten?

Ich hatte einige Informationen über Mehmet Baransu, aber ich hatte keine Vorurteile. Ich habe gegenüber niemandem Vorurteile. Ich glaube, das hat zum Teil mit meiner professionellen Einstellung zu tun. Man lernt, sich im Leben zu disziplinieren. Denn Vorurteile sind in meinen Augen wirklich eine dumme Sache. Die Person, die ich

getroffen habe, war ziemlich intelligent, gutmütig und manchmal emotional. Seine Emotionen rührten hauptsächlich von der rechtlichen und sozialen Ungerechtigkeit her, die er erlitten hatte, und das ist natürlich. Ich war und bin immer noch der Meinung, dass diejenigen, die ihn mit einer Gemeinde, einer Organisation oder einer anderen Struktur in Verbindung bringen – was meiner Meinung nach kein Verbrechen ist – ihn nicht gut genug kennen und eine solche Wahrnehmung erzeugen, weil es einigen Leuten in den Kram passt. Es ist ein sehr verbreitetes Klischee, sich Feinde zu schaffen und diejenigen, die man nicht mag oder deren Existenz man als Bedrohung empfindet, in diese feindliche Struktur einzubinden. Und Mehmet Baransu ist immer sehr offen und ehrlich. Er ist übrigens der beste Mandant, den man sich als Anwalt wünschen kann.

Wurden Sie im Zusammenhang mit diesem Auftrag unter Druck gesetzt?

Ich kann nicht sagen, dass ich unter besonderem Druck stand. Aber ich denke, dass „die Anwältin von Mehmet Baransu zu sein“ für manche Leute keinen Sinn ergibt. Es gibt wahrscheinlich einige, die denken, dass ich es für Geld oder aus irgendeinem anderen Grund gemacht habe. Ich muss sagen, dass es sowohl menschlich als auch beruflich eine der besten Erfahrungen meines Lebens war, Baransus Anwältin zu sein, und ich bin stolz darauf, immernoch seine Anwältin zu sein.

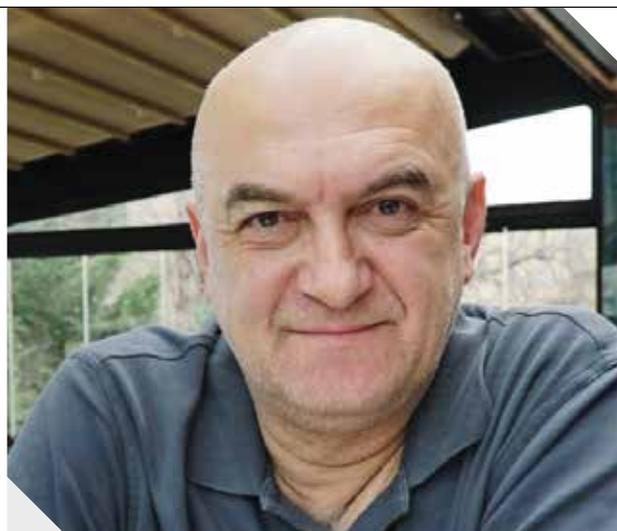
Wie reagierte Ihr Umfeld auf Ihre Beteiligung am Fall Baransu?

Natürlich gab es Reaktionen, aber das erlebe ich bei fast jedem Mandanten. Deshalb war ich ehrlich gesagt nicht sehr interessiert. Baransu ist in jedem Viertel eine „unerwünschte“ Figur. Weil er von niemandem abhängig ist. Trotzdem glaube ich, dass das, was er erreicht hat, dazu führt, dass alle Teile der Gesellschaft wütend auf ihn sind. Ich vermute, dass dies zum Teil mit der Verwirrung über den Beruf des Anwalts zusammenhängt. Aber wie gesagt, für mich ist das nicht so wichtig.

Sind Sie in den Fällen von Mehmet Baransu auf Diskriminierung gestoßen? Wenn ja, können Sie ein Beispiel nennen?

In einer Gesellschaft, in der es keine Gerechtigkeit gibt und in der selbst diejenigen, die sich als Gegner bezeichnen, keine Rechtsethik haben, kann jeder Fall zu einer Geschichte der Diskriminierung werden. In allen Fällen, in denen Mehmet Baransu vor Gericht steht, geht es um einen Namen, nicht um ein Verbrechen. Leider überrascht mich das nicht mehr. Baransu hat mit seinen Aussagen, von denen keine einzige von irgendjemandem als falsch erwiesen wurde, viele Teile der Gesellschaft sozusagen vor den Kopf gestoßen.

Deshalb finde ich den Zustand derer, die ihn mit der Einstellung „lasst ihn im Gefängnis verrotten“ angreifen, genauso erbärmlich wie den Zustand der Urteile, vielleicht sogar noch erbärmlicher. Die Leute lesen nicht, sie recherchieren nicht, sie klammern sich an das, was man ihnen sagt, und sie schämen sich nicht, einer falschen Wahrnehmung aufzusitzen. Was auch immer wir unter Diskriminierung verstehen, sie begegnet uns in dieser Situation natürlich in der einen oder anderen Form. Die wirkliche Diskriminierung besteht darin, dass jede Nachbarschaft die ungesetzlichen Handlungen nicht sieht, bis sie berührt werden, sie ignoriert und sogar applaudiert, wenn sie anderen angetan werden. Während sich Baransus achtens Jahr im Gefängnis dem Ende zuneigt, wird das Verhalten von Journalisten, Journalistenorganisationen und Menschenrechtsaktivisten als Schande in die Geschichte eingehen. Abgesehen von ein paar Namen. Unter diesen Umständen ist es sinnlos zu sagen, dass Journalismus kein Verbrechen ist, wenn man es will. ▶



DIE ÜBERMITTLUNG VON NACHRICHTEN IST ENTSCHEIDEND

„Kann ein Journalist uneingeschränkt über jedes Dokument berichten, das ihm in die Hände fällt? Gibt es rote Linien? Auf diese Fragen antwortet Yavuz Baydar:

Die Freiheit eines Journalisten darf nicht eingeschränkt werden, auch nicht für einen einzigen Tag, weil er vertrauliche Dokumente erhalten und veröffentlicht hat. Der Staat, oder welche politische Autorität auch immer, muss nicht den Journalisten, sondern den Urheber der Nachricht ausfindig machen und vor Gericht bringen. Sonst kommt man an den Punkt, an dem man den Beruf des Journalisten völlig abschafft und ihn zu einem organischen Bestandteil der politischen Macht macht.

Der Journalismus ist ein öffentlicher Dienst, er hat eine gesellschaftliche Funktion und muss sich an ethische Regeln halten. Journalist*innen erleben fast täglich Reibungen und Konflikte mit Machtstrukturen. Das ist ganz natürlich, denn keine herrschende Macht hat etwas dagegen, wenn die Medien ihre Geheimnisse, ihre Korruption und ihre illegalen Geschäfte der Öffentlichkeit „enthüllen“. Aber ohne unabhängige und freie Medien gibt es keine Demokratie. Jede demokratische Regierung muss sich die Medien zu eigen machen.

Journalismus erfordert ein empfindliches Gleichgewicht zwischen Freiheit und Verantwortung, insbesondere in Bereichen wie Privatsphäre, nationale Sicherheit und Staatsgeheimnisse. Es ist wichtig, Informationen nicht zurückzuhalten, sondern zu berichten, aber mit Sorgfalt, mit ausreichendem Vertrauen in die Richtigkeit des Inhalts und unter Einholung der Meinung der „anderen Seite“.

Das Hauptkriterium ist das „öffentliche Interesse“. Der Journalist erhält entweder einen Tipp oder wird angesprochen und gelangt auf irgendeine – legale – Weise in den Besitz von Dokumenten und Informationen. Bei diesen Dokumenten kann es sich um unterzeichnete Schriftstücke, Akten, Telefonmitschnitte, Bilder oder digitale Daten handeln, von denen viele auch private oder intime Bereiche „berühren“. An diesem Punkt kommen zwei Elemente ins Spiel. Ist es im öffentlichen Interesse, darüber zu berichten? Und die wichtigste Frage: Würde die Veröffentlichung dieser Informationen zum Verlust von Menschenleben führen?

In der Türkei wurde diese Frage vom Premierminister und den ihn unterstützenden Kolumnisten extrem verzerrt. Telefonmitschnitte wurden mit der Privatsphäre gleichgesetzt. Das ist aber nicht der Fall.

** Journalist und Schriftsteller. Seit dem Putschversuch in der Türkei 2016 lebt er im europäischen Exil.*

● Doppelte Auszeichnung

- Sedat-Simavi-Preis des türkischen Journalistenverbandes.
- Eine der 47 einflussreichsten Nachrichten der letzten 100 Jahre (Columbia University).



Eine der eindringlichsten und preisgekrönten Reportagen von Mehmet Baransu ist die Geschichte von vier Soldaten, die bei der Explosion einer Handgranate ums Leben kamen. İbrahim Öztürk, ein Soldat, der auf der Wache eingeschlafen war, erhielt von seinem Kommandeur zur Strafe eine Handgranate mit gezogenerm Stift. Der Soldat hielt den Stift stundenlang fest, und als er es nicht mehr aushielt und den Stift losließ, explodierte die Granate und tötete ihn und seine drei Kollegen. Die Wahrheit über diesen Vorfall, der von den Nachrichtenagenturen als "versehentliche Explosion" gemeldet wurde, wurde von Baransu aufgedeckt, der das Protokoll der Zeugenaussage erhielt.



● Die Uludere-Katastrophe

Am 28. Dezember 2011 wurden 35 Zivilisten bei einem Luftangriff der türkischen Streitkräfte im Distrikt Uludere in der Provinz Şırnak getötet. Obwohl viele Journalisten und Oppositionspolitiker Baransu zu seinem Bericht gratulierten, in dem er anhand von Dokumenten die Fahrlässigkeit und Nachlässigkeit der staatlichen Behörden bei dieser Tragödie aufzeigte, hat sich niemand dazu geäußert, dass er seit Jahren im Gefängnis sitzt.

NACHRICHTEN VON BARANSU, DIE WELLEN SCHLUGEN

VON EINER NADEL GEZOGENE BOMBE

DER STAAT HAT SEIN VOLK BOMBARDIERT

1

2

3

4

500 BILLIARDEN LIRA AN GESCHMUGGELTEM FLEISCH

MIT VERBÜNDETE CHP MITGLIEDER



● Die Operation "Buffalo"

Das Dossier über den Fleischschmuggel, welches Baransu 1998 zusammenstellte, ebnete zwei Jahre später den Weg für die Operation Buffalo. Die vom damaligen Innenminister Sadettin Tantan eingesetzte Kommission fand heraus, dass mehrere Unternehmen Fleisch schmuggelten. Die Operation Büffel führte zur Beschlagnahmung von geschmuggeltem Fleisch im Wert von 500 Billionen Lira (730 Millionen Dollar).

● MIT-Verschwörung

Baransu schreibt seine Artikel ohne Rücksicht darauf, ob sie jemanden beleidigen oder erfreuen. Einer seiner wichtigsten Artikel war ein Bericht über die Kennzeichnung von Mitgliedern des türkischen Geheimdienstes. Im Juni 2013 wurde eine Klage gegen Baransu eingereicht, in der bis zu 12 Jahre Haft für seinen Bericht über die Markierung von Mitgliedern der Republikanischen Volkspartei durch den Geheimdienst gefordert werden.





- 25.000 Tonnen krebserregender Reis an Soldaten verfüttert

Einer der wichtigsten Berichte von Baransu war, dass das Militär mit 25.000 Tonnen Krebsreis gefüttert wurde. Im Jahr 2015 wurde Baransu zu 19 Jahren und 6 Monaten Haft wegen „versuchten Umsturzes der Regierung und Anführens einer terroristischen Vereinigung“ verurteilt, weil er berichtet hatte, dass 25.000 Tonnen Krebsreis in den Jahren 2010/2011 mit gefälschten Berichten ins Land geschmuggelt worden waren. Baransu, der während des Prozesses Dutzenden von unrechtmäßigen Handlungen ausgesetzt war, befindet sich noch immer im Gefängnis.

- UEFA-Sanktion gegen Fenerbahçe

In der Saison 2010/2011 waren die Namen einiger Offizieller und Spieler von Fenerbahçe und Trabzonspor in Spielmanipulationen verwickelt. Mehmet Baransu hat eine Reihe von Berichten zu diesem Thema verfasst. Der damalige Vizepräsident von Fenerbahçe, Nihat Özdemir, bestätigte den Wahrheitsgehalt dieser Berichte, die großes Aufsehen erregten. Nihat Özdemir, der zeitweise Präsident des türkischen Fußballverbandes war, gab 2020 zu, dass es Spielmanipulationen gegeben habe. Die UEFA und der Sportgerichtshof bestrafte Fenerbahçe wegen Spielmanipulation.



- AKP und Militär beschließen, die Gülen-Bewegung zu beseitigen

Eine der wichtigsten Nachrichten von Baransu war sein Artikel aus dem Jahr 2013 mit dem Titel „Die Entscheidung, Gülen zu beseitigen, wurde 2004 von der MGK getroffen“. Auf der Sitzung des MGK am 24. Juni 2004 wurden 15 verschiedene Beschlüsse zur Liquidierung der Aktivitäten der Gülen-Bewegung gefasst. Die Beschlüsse wurden von der Regierung der AK-Partei und dem Militär unterzeichnet und dem damaligen Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer vorgelegt. Baransu, der wegen dieses Berichts 52 Jahre vor Gericht stand, wurde zu 17 Jahren und einem Monat Haft verurteilt.

SPIELMANIPULATIONEN IM TÜRKISCHEN FUSSBALL

5

SPIELMANIPULATION IM FUßBALL

8

ENTSCHEIDUNG DER MGK ÜBER DIE AUFHEBUNG VON GÜLEN

9

10

DIE DAGLICA-RAZZIA

- Razzia ohne Vorsichtsmaßnahmen

Die Terrororganisation PKK führte am 21. Oktober 2007 in Dağlica einen Angriff durch, bei dem 13 Soldaten getötet und acht weitere entführt wurden. Nach einem Bericht von Mehmet Baransu in der Zeitung Taraf wurden bei diesem Angriff, obwohl er im Voraus bekannt war, keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen, so dass Dutzende von Soldaten ihr Leben verloren.



DER MORD AN ARCHIMIDIS UND DIE FAMILIE DEMİRÖREN



- Woher stammt das Vermögen der Demirören?

Ein weiterer wichtiger Bericht von Baransu betrifft die Familie Demirören, der heute die größten Medienunternehmen gehören. Vor 1980 wurde ein griechischstämmiger Geschäftsmann, dem die Firma Arşimidis gehörte, bei lebendigem Leibe verbrannt. Nach dem Mord übernahm die Familie Demirören das Unternehmen auf unlautere Weise. Auch die Demirorens waren in den Mord verwickelt. Baransu berichtet über diesen Vorfall auf der Grundlage eines Dokuments des Generalstabs aus dem Jahr 1982. Diese Nachricht ist sehr wichtig, weil sie den Zustand der türkischen Medien zeigt.

DER BALYOZ-PUTSCHPLAN

- Hunderttausende sollten verhaftet werden

Im Jahr 2003 plante eine Gruppe innerhalb der türkischen Streitkräfte einen Putsch gegen die Regierung der AK-Partei, die ein Jahr zuvor die Wahlen gewonnen hatte. Bei Treffen, an denen auch Generäle teilnahmen, standen die Verhaftung Hunderttausender Menschen und Politiker sowie die Auflösung des Parlaments auf der Tagesordnung. Die Öffentlichkeit wurde erst durch den Bericht von Baransu im Jahr 2010 auf diesen als Balyoz bekannten Putschplan aufmerksam.





EIN STAAT LÄSST SICH NICHT UNTERWANDERN

Viele der Hunderte von Klagen gegen den Journalisten und Schriftsteller Mehmet Baransu wurden damit begründet, dass er über Informationen berichtet hatte, die als Staatsgeheimnis galten. Darf man über Informationen berichten, die Staatsgeheimnisse sind? Und soll man darüber berichten?

GÜLİZAR BAKI

Viele der Hunderte von Klagen gegen den Journalist*innen und Schriftsteller Mehmet Baransu wurden damit begründet, dass er über Informationen berichtet habe, die als Staatsgeheimnis galten. Hat man das Recht zur Berichterstattung über Informationen, die Staatsgeheimnisse sind? Und soll man überhaupt darüber berichten?

Amerika in den 1960er Jahren... Damals wollten die USA die Demokratie in den Fernen Osten oder nach Kuba bringen. Aus diesem Grund wird eine geheime Landung auf Kuba durchgeführt und die New York Times erfährt von diesem geheimen Operationsplan. John F. Kennedy, der das Amt von Nixon übernommen hat, versucht mit allen Mitteln, die Veröffentlichung der Nachricht zu verhindern. Bei einem Treffen mit den Medien zu diesem Thema sagte Kennedy, dass sich jeder Journalist vor der Veröffentlichung einer Geschichte fragen sollte: "Ist diese Nachricht es wert, berichtet zu werden? Mit anderen Worten: Der Präsident forderte die Journalist*innen zur "Selbstzensur" auf.

Angesichts dieser Forderung wurde nach intensiven Diskussionen in den Redaktionen der New York Times ein Mittelweg gefunden: Die Nachricht wurde in einer einzigen Spalte und nicht auf der Titelseite veröffentlicht. Ein Großteil der für die nationale Sicherheit "sensiblen" Informationen wurde gestrichen.

Aber Kennedy, der damals sehr verärgert über diese Nachrichten war, warf der Presse vor, sie habe sie nach dem Scheitern der Operation Schweinebucht nicht genug kritisiert. Hätte sie mehr berichtet, hätte sie sie vor Fehlern bewahren können! Turner Catledge, der damalige Chefredakteur der NYT, berichtet in seinen Memoiren, Kennedy habe gesagt: "Ich wünschte, Sie, die Medien, würden alles veröffentlichen, was Sie über unsere Kuba-Politik erfahren haben".

Journalist*innen auf der ganzen Welt haben viele ähnliche Geschichten veröffentlicht, die als Staatsgeheimnisse eingestuft wurden. Der Watergate-Skandal und die Pentagon-Papiere, die die Machenschaften in den USA in den 1970er Jahren beschreiben, die Wikileaks-Papiere aus den 2000er Jahren, die Nachrichten über Korruption und Unregelmäßigkeiten, in die Minister und Staatschefs in Brasilien, Italien und Frankreich verwickelt waren und die zum Rücktritt und zur strafrechtlichen Verfolgung vieler von ihnen führten...

Aber die "Mediengeschichte von Triumph und Schande" nahm zweifellos eine andere Wendung, als die NYT und die Washington Post streng geheime Regierungsdokumente über einen laufenden Krieg veröffentlichten. Dank dieser Berichte endete die amerikanische Besatzung Vietnams und das Verhältnis der Medien zu den Machthabern nahm eine neue Wendung. Durch die Veröffentlichung der Vietnam-Dokumente gegen den Widerstand der Regierung haben sich die Medien in eine andere Position gebracht.

Die jüngste Geschichte der Türkei ist voll von solchen

mutigen Nachrichten. Doch Mut ist nicht immer mit Ansehen verbunden. Zumindest nicht in Ländern wie der Türkei. Can Dündar, der über Lastwagen des Geheimdienstes MIT berichtete, die Waffen nach Syrien transportierten, wurde wegen des Verrats von "Staatsgeheimnissen" vor Gericht gestellt. Der damalige Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sagte über den Journalisten Dündar: "Er wird dafür bezahlen!" Seit dieser Drohung sind Jahre vergangen und Dündar befindet sich heute im europäischen Exil.

Dutzende Medienorganisationen wurden geschlossen, Hunderte Journalist*innen verhaftet... Und heute können Nachrichten nur unter der Kontrolle der Kommunikationsdirektion der Regierung veröffentlicht werden. Die Medien, die den Vorfall in Uludere aufdeckten und die Nachricht über die Granate mit dem gezückten Bleistift veröffentlichten, konnten die Nachricht über den Abschuss des russischen Flugzeugs durch die Türkei erst nach der Erklärung der Regierung veröffentlichen. Denn die Journalist*innen, die das aufgedeckt haben, die Baransus, sind im Gefängnis, die Dündars im Exil, die Medienorganisationen geschlossen. Nicht nur einheimische Journalist*innen, sondern auch Korrespondenten internationaler Organisationen werden in der Türkei verhaftet.

JEDER IST AUF SEINE WEISE FREI

Der Grund für die mangelnde Entwicklung des investigativen Journalismus in der Türkei ist der Druck von Staat und Kapital auf die Journalist*innen. Es fehlt auch an Unterstützung. Jeder ist auf seine Weise frei. Unabhängig davon, von welchem Standpunkt aus Journalist*innen unter Druck gesetzt werden, äußern sie sich an dieser Front. Die anderen spielen den Strauß, der kenntlicherweise seinen Kopf in den Sand steckt.

Die Pressefreiheit sichert die Freiheiten der Gesellschaft. Sie muss geschützt und verteidigt werden, egal wer davon betroffen ist. Wer sagt: "Die Presse ist frei, solange mich der Druck nicht berührt", der wird morgen schon diesen Einschränkungen unterworfen sein. Und genau das passiert heute. Jahrelang wurde der Druck auf die türkischen Medien ignoriert, einige wurden als Terroristen gebrandmarkt, andere wurden hinter Gitter gebracht, und die ganze Türkei wurde unter Druck gesetzt.

DIE VERANTWORTUNG FÜR DAS STAATSGEHEIMNIS LIEGT BEIM STAAT.

Der Begriff des "Staatsgeheimnisses", mit dem sich die Regierung schützt, ist heute leer. Die nationale Sicherheit ist wichtig, aber die Verantwortung dafür liegt beim Staat, nicht bei den Medien. In der Rechtswissenschaft kommt es nicht darauf an, was die Regierung sagt, sondern was das Gesetz und die Konventionen sagen. Die Grundsätze des EGMR in diesem Bereich erhellen die Diskussionen.

Drei Artikel dominieren die Rechtsprechung des EGMR zur Pressefreiheit:

* Die Presse spielt eine sehr wichtige Rolle in demokratischen Gesellschaften und ist verpflichtet, über Themen von öffentlichem Interesse zu informieren. Die Öffentlichkeit hat das Recht, Informationen zu erhalten.

* Die Pressefreiheit schließt ein gewisses Maß an Übertreibung und sogar Aufwiegelung ein.

Eine Einschränkung dieser Freiheit in Angelegenheiten des öffentlichen Interesses kann nur in sehr außergewöhnlichen Fällen anerkannt werden.

IN DIESEM ZEITALTER BLEIBT KEINE INFORMATION VERBORGEN

Das sollten wir nicht vergessen. Im Internetzeitalter ist keine Information mehr verborgen. Der Schutzwall um vertrauliche Informationen hat Risse bekommen. Die Wikileaks- und Snowden/NSA-Vorfälle zeigen dies deutlich. Andererseits ist die Tatsache, dass etablierte Zeitungen wie der Guardian und die Washington Post seit letztem Jahr mit Journalistenpreisen für die Veröffentlichung solcher vertraulicher Dokumente überhäuft werden, aufschlussreich für den richtigen Stellenwert der Beziehung zwischen "öffentlichem Dienst" und Journalismus.

Die BBC und die skandinavischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die französische Nachrichten-Website MediaPart, die Website Intercept von Glenn Greenwald usw. betreiben unerschrockenen Bürgerjournalismus, indem sie staatliche Abhörmaßnahmen und die Überwachung von Menschen aufdecken.

Hätten sie in der Türkei berichtet, wären sie alle mindestens genauso ins Visier geraten wie Baransu und hätten sich vor Gericht verantworten müssen.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch Folgendes sagen. Natürlich haben wir bei dieser Art von Journalismus ein starkes Verantwortungsbewusstsein. Wenn eine Aufzeichnung oder ein Dokument keine Bedeutung für das öffentliche Interesse hat, wenn ihr Inhalt auf das Privatleben beschränkt ist (wie im Fall der Burak Erdoğan-Aufzeichnungen), kann sie nicht veröffentlicht werden. Wenn es sich um vertrauliche staatliche Dokumente und Aufzeichnungen handelt, muss der Redakteur oder Journalist dennoch Fragen an die staatlich-staatliche Seite stellen und den Standpunkt dieser Seite wiedergeben (Bestätigung, Dementi, Klarstellung usw.). Verweigert diese Seite die Antwort, muss dies ebenfalls in der Berichterstattung erwähnt werden.

Als ich mich mit Alan Rusbridger, dem damaligen Chefredakteur des Guardian, unterhielt, fragte ich ihn, ob er die Regierungen und Behörden des Vereinigten Königreichs und der USA zu den Snowden-Dokumenten befragt habe. Natürlich hatte er das. London war über die Dokumente empört und nahm sie offen zur Kenntnis. Tatsächlich führte die Polizei anschließend eine Razzia bei der Zeitung durch und zerstörte einige Laptops. Aber die US-Regierung war sehr nachsichtig und übermittelte der Zeitung in einigen Nachrichten ihre eigene Meinung.

Das ist für uns sehr schwierig. Erinnern Sie sich daran, wie Erdoğan über die Nachricht des İmralı-Protokolls wütend wurde und den Chef von Milliyet zum Weinen brachte. Eines ist sicher: Wäre die Regierung in irgendeiner Weise im Voraus darüber informiert worden, dass die Nachricht veröffentlicht werden würde, so bin ich mir sicher, dass der Chef die Veröffentlichung blockiert hätte.

In der Türkei ist es ausgeschlossen, dass eine Nachricht über die Geschäfte eines Medienbosses, zum Beispiel über Korruption, in den Zeitungen und Sendern erscheint, die diesem Boss gehören, oder auch in den Medienorganen anderer Medienbosse, die mit diesem Boss befreundet sind. In diesem Sinne hat der investigative Journalismus in der Türkei längst ausgedient. Diejenigen, die sich in der Öffentlichkeit als investigative Journalisten präsentieren, sind diejenigen, die bisher nur das berichtet haben, was sie berichten durften, und die nicht in der Lage waren, in den Bereich der Geschäfte und Beziehungen ihrer Arbeitgeber einzudringen. ■



FOTO: PATRICK BAZ / AFP

Wie frei ist die Presse in der arabischen Welt?

Journalist*innen werden verhaftet und gefoltert. Die Ermordung des weltweit bekannten Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul am 2. Oktober 2018 ist das schmerzlichste Beispiel dafür.



YAVUZ ACAR *

Die UNESCO, nutzt jedes Jahr den 3. Mai, um die Regierungen an die Notwendigkeit zu erinnern, die Medienfreiheit zu respektieren und den Medienschaffenden einen Tag der Reflexion über Pressefreiheit und Berufsethik zu bieten.

Die arabische Welt hat den 30. Jahrestag des Welttags der Pressefreiheit mit einem düsteren Bild der Schwierigkeiten begangen, mit denen die Presse konfrontiert ist und die sich nicht wesentlich von denen der vergangenen Jahre unterscheiden.

Es versteht sich von selbst, dass die Pressefreiheit und damit die Möglichkeit, Journalismus frei auszuüben, proportional zum Grad des demokratischen Bewusstseins ist, den Länder und Gesellschaften erreicht haben, einschließlich der universellen Prinzipien

der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Pressefreiheit in den arabischen Ländern mit dem Fehlen oder der Schwäche dieser demokratischen Kultur einhergeht.

In internationalen Presseberichten werden die Länder des Nahen Ostens als die „gefährlichsten für Journalist*innen“ bezeichnet, da die Regierungen unter verschiedenen Vorwänden wie „Gefährdung der nationalen Sicherheit, Beleidigung des Königs, des Präsidenten, von Mitgliedern der Herrscherfamilie, von Mitarbeitern und religiösen Werten“ eine strenge Zensur ausüben.

Reporter ohne Grenzen (ROG) führt in ihrem jährlichen Bericht zur weltweiten Pressefreiheit die Komoren auf Platz 1 in der arabischen Welt und auf Platz 75 weltweit für das Jahr 2023. Mauretanien steht auf Platz 2 in der arabischen Welt und auf Platz 86 weltweit, gefolgt von Katar auf Platz 105 weltweit und auf Platz 3 in der arabischen Welt. Libanon liegt weltweit auf Platz 119 und in der arabischen Welt auf Platz 4, gefolgt von Tunesien auf Platz 121, Algerien auf Platz 136, Somalia auf Platz 141 und Marokko auf Platz 144.

Die Vereinigten Arabischen Emirate liegen weltweit auf Platz 145 und in der arabischen Welt auf Platz 9, gefolgt von Jordanien auf Platz 146, Sudan auf Platz 148, Libyen auf

Platz 149, Kuwait auf Platz 154, Oman auf Platz 155 und Palästina auf Platz 156. Dschibuti liegt weltweit auf Platz 162 und in der arabischen Welt auf Platz 16, gefolgt von Ägypten auf Platz 166, Irak auf Platz 167, Jemen auf Platz 168, Saudi-Arabien auf Platz 170 und Bahrain auf Platz 171. Syrien belegt in der arabischen Welt den letzten Platz und weltweit Platz 175.

Laut der ROG-Rangliste der Pressefreiheit, die die Bedingungen für die Arbeit der Medien in 180 Ländern bewertet, liegt Saudi-Arabien weltweit auf Platz 171 und ist damit das vorletzte arabische Land in Bezug auf die Pressefreiheit. Tunesien, das von Präsident Kais Saied regiert wird, dem die Opposition vorwirft, die Verfassung und damit die Pressefreiheit zu verletzen, fiel in nur einem Jahr um 27 Plätze von Rang 94 auf Rang 121 zurück.

Jordanien ist das zweite arabische Land, das in der Rangliste des ROG-Journalismus-Indexes stark abgerutscht ist. Das Land fiel von Platz 120 im letzten Jahr auf Platz 146 im Jahr 2023. ROG betont, dass trotz der politischen Stabilität Jordaniens Journalist*innen massiver Zensur ausgesetzt sind.

Die Situation der Pressefreiheit im Nahen Osten und in Nordafrika ist unbefriedigend, wie der Weltindex der Pressefreiheit zeigt. Es ist zwar verständlich, dass arabische Länder wie Syrien, Jemen, Sudan und Irak, die Schauplätze gewaltsamer Kriege oder allgemeiner Unruhen sind, am Ende der Liste stehen. Politische Probleme sind jedoch der Grund für die niedrigen Werte Jordaniens, das sich einer gewissen politischen und wirtschaftlichen Stabilität erfreut, sowie der Golfstaaten unter Führung Saudi-Arabiens.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends startete Saudi-Arabien zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Gruppe privater Satellitenfernsehkanaäle. Im Jahr 2016, nach der Verabschiedung der Vision 2030, wurde eine Reihe von Veränderungen im Fernsehbereich eingeleitet, darunter die Einführung des SBC-Kanals, der sich auf Unterhaltungsprogramme und Serien mit stärkerem Auslandsbezug spezialisiert.

Die Kinos wurden im Dezember 2017 wiedereröffnet, nachdem der Conseil Général des Médias Audiovisuels die Vergabe von Lizenzen an diejenigen genehmigt hatte, die in diesem Bereich investieren wollten. Kurz darauf wurde in Anwesenheit des saudischen Informationsministers das erste Kino in Saudi-Arabien eröffnet. Bis Ende 2030 sollen landesweit 350 weitere Kinos eröffnet werden.

Die unter der Führung von Kronprinz Mohammed bin Salman eingeleiteten Reformen im Bereich der Rechte und Freiheiten, insbesondere im Hinblick auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft, sowie das allgemeine Niveau der saudischen Presse sind zu begrüßen. Diese positiven Entwicklungen, die „für den saudischen Durchschnittsbürger zufriedenstellend“ seien, blieben jedoch hinter den internationalen Standards für Menschenrechte und Freiheiten, einschließlich der Pressefreiheit, zurück.

Der ROG-Bericht bestätigt, dass die Medien in Saudi-Arabien nicht frei sind und dass Journalist*innen selbst im Ausland einer strengen Kontrolle unterliegen,

und stellt fest, dass sich die Zahl der inhaftierten Journalist*innen und Blogger seit Salmans Machtübernahme im Jahr 2017 mehr als verdreifacht hat. Der Bericht stellt fest, dass fast alle saudischen Medien unter der Kontrolle der Königsfamilie stehen und dass sogar auf Social-Media-Plattformen Selbstzensur herrscht und Journalist*innen gezwungen sind, der redaktionellen Linie der offiziellen Nachrichtenagentur (SPA) zu folgen.

Der Bericht stellt auch fest, dass Selbstzensur die Medien der königlichen Familie überschattet, während andere Plattformen täglich vom Informationsministerium überwacht werden. Wer die Rolle des Königreichs im Jemen-Krieg kritisiert oder sich gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Israel ausspricht, wird des Landesverrats beschuldigt, während Journalist*innen, die sich für eine unparteiische Berichterstattung entscheiden, allen möglichen Anschuldigungen ausgesetzt sind, wenn sie nicht auf der Linie der offiziellen Medien liegen und die Behörden loben.

Das saudische Strafgesetzbuch sowie die Gesetze zur Bekämpfung von Terrorismus und Cyberkriminalität sehen vor, dass Journalist*innen, die sich kritisch zu politischen Themen äußern, wegen Blasphemie, Aufruhr, Gefährdung der nationalen Einheit oder Schädigung des Ansehens des Königs und des Staates angeklagt und inhaftiert oder entlassen werden können.

Dieses Bild ist nicht auf Saudi-Arabien beschränkt, sondern gilt für alle arabischen Länder. Außerhalb des Königreichs tätige Medien, von denen die meisten ihren Sitz in Großbritannien haben, verfolgen einen Nachrichtenansatz, der sich zwischen Selbstzensur und den von der offiziellen Nachrichtenagentur gezogenen roten Linien bewegt. Medienschaffende, die versuchen, unparteiisch oder oppositionell zu arbeiten, werden verhaftet und gefoltert. Das schmerzlichste Beispiel ist die Ermordung des weltweit bekannten Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul am 2. Oktober 2018.

Obwohl die offiziellen Gesetze in allen arabischen Ländern die Presse- und Journalistenfreiheit garantieren, stehen diese Gesetze aufgrund der mangelnden demokratischen Reife und der Dominanz des Wüsten- und Stammessystems über die moderne Gesellschaftskultur nur auf dem Papier.

Niemand bestreitet die Bedeutung der Pressefreiheit als Sicherheitsventil gegen staatliche Übergriffe. Dies setzt jedoch voraus, dass für Journalist*innen ein sicheres Umfeld geschaffen wird, in dem sie ihrer Arbeit nachgehen können, ohne Gefahr zu laufen, schikaniert, verfolgt, verhaftet, eingesperrt oder gar getötet zu werden. ■

** Yavuz Acar ist ein türkischer Autor und politischer Analyst. Er studierte an der Internationalen Universität für Islamische Studien in Jordanien und arbeitete für die Nachrichtenagentur Cihan und die arabische Ausgabe der Zeitung Zaman. Acar spricht Arabisch und Englisch und ist Autor des Buches „Die Geschichte der Türkei zwischen dem ersten und zweiten Erdogan.“*



DR. MIA SWART *

Pressefreiheit in Südafrika: Gründe, nicht selbstzufrieden zu sein

Das Recht von Journalist*innen, eines der größten sozialen Übel Südafrikas, und zwar die Korruption aufzudecken, wurde nicht immer respektiert. Südafrika kann demnach nicht als Zufluchtsort für Journalist*innen bezeichnet werden.

Aus offizieller und vergleichender Sicht scheint die Pressefreiheit in Südafrika in guter Verfassung zu sein. Laut dem Weltpressesfreiheitsindex ist Südafrika im Jahr 2022 um 10 Plätze auf Platz 25 vorgerückt. Das bedeutet, dass das Land einen Platz vor dem Vereinigten Königreich liegt.

Trotz des langsamen Zusammenbruchs vieler Säulen der südafrikanischen Demokratie sind die Medien, die so genannte „vierte Gewalt“, in Südafrika noch weitgehend intakt.

Der Ausgangspunkt für den Schutz der Pressefreiheit ist die südafrikanische Verfassung von 1996. Der folgende Artikel der Verfassung schützt das Recht auf freie Meinungsäußerung und legt fest:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, welches unter anderem die Freiheit des Empfangs und der Weitergabe von Informationen, Ideen, künstlerischem Schaffen, akademischer und wissenschaftlicher Forschung, einschließlich der Presse- und Medienfreiheit, einschließt.

Trotz des starken Schutzes in Artikel 16 der Verfassung ist das Recht auf Pressefreiheit jedoch nicht absolut. Es unterliegt einer internen Beschränkung, die in einem anderen Artikel der Verfassung enthalten ist, der besagt, dass Propaganda für den Krieg, Aufstachelung zur Gewalt und

Befürwortung von Hass nicht geschützt sind.

In seinem Urteil zum verfassungsmäßigen Recht auf Entschädigung, dem so genannten Fose-Fall, stellte das Verfassungsgericht fest, dass die freie Meinungsäußerung eine unabdingbare Voraussetzung für das Recht jedes Einzelnen ist, sein freies Potenzial als Mensch zu verwirklichen.

Ein Gericht in Südafrika stellte 1995 fest: „Die Presse steht an vorderster Front im Kampf um den Erhalt der Demokratie. Es ist die Pflicht der Presse, Korruption, Betrug und Bestechung aufzudecken, wann immer sie auftreten... Die Presse muss als Wachhund der Regierung fungieren.“

BEDROHTE JOURNALIST*INNEN

Das Recht von Journalist*innen, eines der größten sozialen Übel Südafrikas, nämlich die Korruption, aufzudecken, wurde jedoch nicht immer respektiert. Demnach kann Südafrika nicht als Zufluchtsort für Journalist*innen bezeichnet werden. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen (RSF) werden südafrikanische Journalist*innen, die die Korruption in Südafrika aufdecken, „von den betroffenen Politikern, ihren Partnern und Unterstützern bedroht“. Zwar werden Journalist*innen in Südafrika nur selten verhaftet, doch schützen die Strafverfolgungsbehörden sie manchmal nicht, auch wenn sie Gewalt ausgesetzt sind. Auch die Polizeigewalt gegen Journa-

list*innen nimmt in dem Land zu. Diese intolerante Atmosphäre könnte erklären, warum der investigative Journalismus in Südafrika keine stärkere Rolle bei der Korruptionsbekämpfung gespielt hat.

SÜDAFRIKAS NACHBARLÄNDER

Das sehr hohe Maß an Pressefreiheit, welches die Südafrikaner genießen, ist in keinem der Nachbarländer der Fall. Mit Ausnahme von Namibia ist das Recht auf freie Meinungsäußerung im südlichen Afrika stark bedroht oder überhaupt nicht vorhanden. Die Einschüchterung, Verfolgung und Unterdrückung von Journalist*innen in der Region war noch nie so schlimm wie heute.

Im Zusammenhang mit Simbabwe wies Amnesty International auf die Einschüchterungen und Schikanen der Polizei gegenüber Hopewell Chin'ono hin, einem freiberuflichen Journalisten und Anti-Korruptions-Aktivisten, der zwischen Juli 2020 und Januar 2021 dreimal festgenommen wurde. Chin'ono wurde mehr als 80 Tage lang inhaftiert, weil er die Korruption der Regierung aufgedeckt und sich für das Recht auf friedliche Versammlung eingesetzt hatte.

In Mosambik wies Amnesty auf die Bedrohung der Medienfreiheit durch einen Molotow-Angriff auf ein Medienunternehmen durch eine unbekannt Gruppe am 23. August 2020 hin. Die Gruppe drang in die Büroräume der unabhängigen Wochenzeitung Canal de Moçambique ein, übergoss sie mit Benzin und steckte sie mit Molotowcocktails in Brand, wodurch Geräte, Möbel und Akten weitgehend zerstört wurden.

Es stellt sich die Frage, ob Südafrika die Verantwortung hat, die Sicherheit von Journalist*innen in Ländern wie Lesotho und Swasiland (früher Swasiland) zu schützen. Der prominente swasiländische Journalist und Menschenrechtsanwalt Thulani Maseko wurde am 21. Januar 2023 in seinem Haus ermordet. Dies war Teil einer größeren Aktion in Swasiland, um pro-demokratische und Menschenrechtsverteidiger in Eswatini zum Schweigen zu bringen. Der simbabwische Journalist Hopewell Chin'ono twitterte, die Ermordung sei „eine erschreckende Erinnerung daran, dass korrupte politische Eliten zu allem bereit sind, um pro-demokratische Stimmen zum Schweigen zu bringen“. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass das Attentat auf Befehl des Königs verübt wurde. Es ist klar, dass diejenigen, die ihre Stimme für politische Reformen in Swasiland erheben, nicht sicher sind.

Im Zusammenhang mit der Pressefreiheit in Südafrika sagte Deprose Muchena von Amnesty International: „Eine unabhän-

gige und freie Presse ist der Eckpfeiler einer jeden Gesellschaft. Sie gewährleistet den freien Fluss von Informationen und Ideen, der Länder aufbaut.“

SÜDAFRIKA

Anlässlich des Tages der Medienfreiheit im Oktober letzten Jahres bezeichnete der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa die Tatsache, dass im Jahr 2022 kein Journalist getötet wurde, als ein Zeichen für die Stärke des Journalismus und der Demokratie im Lande. Er erwähnte, dass Journalistinnen auf Social-Media-Plattformen mit frauenfeindlicher Terminologie angegriffen werden.

Er wies auch auf die Bedrohung der Medienfreiheit durch Desinformation hin. Als Beispiel erinnerte er an die Unruhen im Juli 2021 in verschiedenen Teilen des Landes, bei denen als Nachrichten getarnte Fehlinformationen die Spannungen in der Bevölkerung schürten und sogar die Gewalt anheizten.

Der News24-Journalistin Karyn Maughan droht zum ersten Mal ein Strafverfahren wegen ihrer Berichterstattung über den Gesundheitszustand des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma. Zumas Anwälte behaupten, dass Downer ein vertrauliches medizinisches Schreiben über den Gesundheitszustand des Präsidenten an Maughan weitergegeben hat, die es in ihrem Bericht verwendete.

Das Komitee zum Schutz von Journalist*innen hat den ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma aufgefordert, das private Strafverfahren gegen Karyn Maughan einzustellen und der Presse zu erlauben, ohne Angst vor Einschüchterung oder Repressalien über Gerichtsverfahren zu berichten. Zuma hat diese Warnung jedoch bisher ignoriert.

Die Medienfreiheit in Südafrika sollte im Hinblick auf die schwindelerregende Kriminalitäts- und Korruptionsrate im Lande bewertet werden. Man könnte sich fragen, ob ein strengere investigativer Journalismus zu einer größeren Gefährdung von Pressevertretern führen würde. Oder bedeutet die Tatsache, dass Journalist*innen nicht verfolgt werden, dass die meisten südafrikanischen Journalist*innen nicht mutig sind? Unter diesem Gesichtspunkt ist der hohe Rang Südafrikas im Medienfreiheitsindex nicht so aussagekräftig, wie er eigentlich sein sollte. ■

** Sie ist Gastprofessorin an der University of the Witwatersrand. Zuvor arbeitete sie für das Al Jazeera Centre for Public Freedoms and Human Rights. Sie schreibt regelmäßige Beiträge für südafrikanische Medien.*



CATHERINE GICHERU *

Starke Journalistinnen für ein starkes Afrika

In Afrika sind Journalistinnen unerschütterliche Säulen, die Geschichten aufdecken, Stimmen erheben und Themen beleuchten, die bisher ignoriert oder in den Schatten gestellt wurden.

Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Prägung gesellschaftlicher Wahrnehmungen, Einstellungen und Normen. Die Medien in Afrika sind ebenso vielfältig wie lebendig und spiegeln ein reiches Geflecht von Kulturen, Sprachen und Geschichten wider. Doch trotz erheblicher wirtschaftlicher Fortschritte und Demokratisierung in vielen Ländern des Kontinents in den letzten zwei Jahrzehnten haben Frauen nicht in gleichem Maße davon profitiert. Dennoch sind Journalistinnen unerschütterliche Stützen, die Geschichten aufdecken, ihre Stimme erheben und Themen beleuchten, die bisher ignoriert oder in den Schatten gestellt wurden.

Während die Zahl der Frauen in Führungspositionen in den nationalen Parlamenten zugenommen hat, ist ihre Präsenz in den Medien zurückgegangen. Die Präsenz von Frauen in den Nachrichten wurde abgewertet, sie sind in den Führungsetagen der Nachrichtenredaktionen nach wie vor unterrepräsentiert, es wird nicht über Themen berichtet, die Frauen betreffen, und die große Mehrheit der zitierten Experten und Quellen sind nach wie vor Männer. Die anhaltende Unterdrückung der Stimme der Frauen ist nicht nur in Afrika zu beobachten, sondern ein globales Problem. Die Meinungen von Frauen werden von bis zu sechs Männern unterdrückt, Nachrichten werden überwiegend von Männern beurteilt, von Männern berichtet und immer noch von Männern konsumiert. Frauen sind nach wie vor von den Nachrichten ausgeschlossen, in einem Umfeld,

das ihre Leistungen und Errungenschaften weiterhin marginalisiert und herunterspielt.

DIE ZAHL DER WEIBLICHEN REPORTER IST ZURÜCKGEGANGEN

In Afrika ist die Zahl der Journalistinnen von 35% in 2015 auf 32% in 2020 gesunken. Der Mangel an Frauen in Führungspositionen, negative Stereotypen und der Glaube an die Führungsqualitäten von Frauen sind einige der Hindernisse für die Gleichstellung in den Redaktionen, die Frauen zum Scheitern verurteilen.

Selbst wenn die Medien über Erfolgsgeschichten berichten, stellen sie Frauen oft ohne ein differenziertes Verständnis von Geschlecht dar. Diese Unterrepräsentation und Voreingenommenheit gegenüber der Sichtweise von Männern in den Nachrichten wurde bei der Berichterstattung über die COVID-19-Pandemie deutlich und schränkte ihren Einfluss auf politische Entscheidungen ein. Leider gehören die sozioökonomischen Auswirkungen dieser Politik nicht zu den Themen, über die die Medien damals wie heute berichten.

Journalistinnen leisten einen unschätzbaren Beitrag, stehen aber auch vor zahlreichen Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Sie arbeiten oft mit veralteter Ausrüstung und benötigen einen einfachen Zugang zu Fortbildungs- und Karrieremöglichkeiten. Gründe dafür sind finanzielle Beschränkungen oder systemimmanente Vorurteile, die Beförderungen,

Qualifizierungsmaßnahmen und sogar männliche Journalisten bevorzugen. Da immer mehr Nachrichtenorganisationen ihre Arbeit ins Internet verlagern, müssen sich Journalistinnen mit der digitalen Kluft auseinandersetzen, die ihren Zugang zum Internet einschränkt und ihre Stimme verstummen lässt, da sie nicht in der Lage sind, die Möglichkeiten dieses Raums voll auszuschöpfen. Die wachsende Rolle der Technologie in den Redaktionen verschärft die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in den Nachrichtenmedien, da Frauen seltener über die erforderlichen technischen Fähigkeiten verfügen.

ONLINE-GEWALT

Journalistinnen sind auch mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, wie „sexuelle Belästigung“ und „Lohndiskriminierung“. Die Gefahr der Belästigung ist nicht auf die Redaktion beschränkt. Journalistinnen sind sowohl am Arbeitsplatz als auch außerhalb mit Online-Belästigung konfrontiert, da die sozialen Medien Drohungen, Einschüchterungen und Schweigen verstärkt haben. Journalistinnen werden nicht nur wegen ihrer Geschichten angegriffen, sondern auch, weil sie es wagen, ihre Meinung zu sagen und ihren rechtmäßigen Platz in der Öffentlichkeit einzunehmen. In einem zunehmend toxischen Informationsökosystem sind Technologieplattformen wichtige Ermöglicher von Online-Gewalt. Plattformen und Nachrichtenorganisationen bieten Journalistinnen oft nicht die Unterstützung, die sie brauchen, um mit Belästigungen und Angriffen im Netz umzugehen. Journalistinnen müssen diese Unterstützung oft über ihre beruflichen Netzwerke, Familie, Freunde und Menschen- und Geschlechterrechtler in ihren Ländern finden.

Diese Bedrohungen haben auch eine wirtschaftliche Dimension. Die Vereinten Nationen schätzen, dass der eingeschränkte Zugang von Frauen zur Online-Welt, wenn nichts unternommen wird, bis 2025 zu einem Verlust von 1,5 Billionen US-Dollar an Bruttoinlandsprodukt in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen führen wird. Der Ausschluss von Frauen aus der digitalen Welt hat die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen in den letzten zehn Jahren 1 Billion Dollar an BIP gekostet. Um diesen Trend umzukehren, muss das Problem der Gewalt im Internet angegangen werden.

TROTZ ALLEM GIBT ES GUTE BEISPIELE

In den letzten Jahren wurde die Notwendigkeit einer ausgereifteren und stärkeren Vertretung von Frauen in den afrikanischen Medien zunehmend erkannt, und es wurden

Initiativen und Kampagnen ins Leben gerufen, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und Stereotype in Frage stellen. Das Women Reporters Leadership Programme des Wole Soyinka Centre for Investigative Journalism, das African Women Journalism Project und das Women in News Programme von WAN-IFRA bieten Journalistinnen Schulungen, Stipendien, Mikro-Stipendien und Mentoring an, um unzureichend recherchierte Themen aufzugreifen, die Frauen betreffen und von den Redaktionen häufig übersehen werden. Weitere Organisationen sind nationale und regionale Vereinigungen von Journalistinnen wie die Association of Women Journalists in Nigeria, die Media Women's Association in Kenya und die Tanzania Media Women's Association sowie Vereinigungen von Frauen, die in verschiedenen Medienbereichen wie dem Rundfunk arbeiten. Einzelne Journalistinnen beschreiten neue Wege, indem sie die Wahrnehmung von Frauen und Führungspositionen in den Medien als Anomalie in Frage stellen.

In Afrika, wie in vielen anderen Teilen der Welt, ist die Zahl der gedruckten Zeitungen stark rückläufig, da sie Marktanteile an digitale Kanäle verlieren. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur ein Gebot für Medien, die inklusiv sein wollen. Es ist nicht nur eine journalistische Pflicht, allen Menschen in der Gesellschaft eine Stimme zu geben. Es ist auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. In dem Bericht fanden die Forscher heraus, dass die weltweite Online- und Printmedienbranche ihre Einnahmen bis 2027 um 11 Milliarden Dollar und bis 2032 um 38 Milliarden Dollar steigern könnte, wenn sie die Kluft zwischen dem Nachrichtenkonsum von Männern und Frauen (derzeit 11-12 Prozent) in den nächsten zehn Jahren um einen Prozentpunkt pro Jahr verringern würde.

Afrikanische Journalistinnen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Narrative zu formen, sich für sozialen Wandel einzusetzen und marginalisierten Stimmen Gehör zu verschaffen. Durch ihre Berichterstattung stellen sie Stereotypen in Frage, setzen sich für die Gleichstellung der Geschlechter ein und lenken die Aufmerksamkeit auf kritische Themen, die das Leben von Frauen auf dem gesamten Kontinent betreffen. Medienorganisationen und Branchenführer müssen zusammenarbeiten, um ein Umfeld zu schaffen, in dem afrikanische Medien gedeihen und durch ihre einzigartigen Perspektiven bereichert werden können. ■

** ICFJ Knight Fellow und Gründerin/Direktorin des Africa Women Journalism Project.*

„AFRIKANISCHE EXILJOURNALIST*INNEN WERDEN MARGINALISIERT“.

Eritrea belegt seit mehr als sieben Jahren in Folge den letzten Platz auf dem jährlichen Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen und hat sich den Spitznamen „Nordkorea Afrikas“ verdient.



FATHI OSMAN *

Was macht das Exil für afrikanische Journalist*innen so besonders? Als einer von Hunderten afrikanischer Journalist*innen im Exil wurde mir diese Frage oft gestellt, privat und in Diskussionsrunden. Ursache und Wirkung lassen sich nicht trennen. Der desolante Zustand der Pressefreiheit in den meisten afrikanischen Ländern liefert den notwendigen Hintergrund, um diese wichtige Frage zu beantworten.

Mein Heimatland Eritrea ist das sichtbarste und extremste Beispiel für diese Zustände auf dem Kontinent. Seit mehr als sieben Jahren in Folge rangiert Eritrea auf dem letzten Platz der Rangliste der Pressefreiheit, die jährlich von Reporter ohne Grenzen veröffentlicht wird, und hat sich damit den Spitznamen „Nordkorea Afrikas“ verdient. Diese Bezeichnung ist zutreffend, denn sie spiegelt die Haltung der Regierung gegenüber einer freien Presse wider.

Am frühen Morgen des 18. September

2001, nur eine Woche nach den Anschlägen vom 11. September, verhafteten Sicherheitskräfte Redakteure und Reporter der neu gegründeten privaten Medien. Obwohl internationale Organisationen ihre sofortige Freilassung forderten, ist ihr Verbleib 22 Jahre später immer noch unbekannt. Leider sind einige von ihnen in Einzelhaft gestorben.

In Eritrea mit seinen 3,5 Millionen Einwohnern gibt es nur eine Zeitung, einen Radio- und einen Fernsehsender, die alle der Regierung gehören. Die Internationale Fernmeldeunion gab 2019 bekannt, dass nur 1,3 % der eritreischen Bevölkerung Zugang zum Internet haben. Eritreer benötigen eine polizeiliche Genehmigung, um neue SIM-Karten von der staatlichen Eritrean Telecommunications Services Company (Eritel), dem einzigen Internetanbieter, zu erwerben. Die repressiven Bedingungen für die Pressefreiheit haben viele eritreische Journalist*innen gezwungen, das Land zu verlassen.



Insbesondere die Erfahrung des Exils wird innerhalb und außerhalb des Kontinents unterschiedlich erlebt. In vielen afrikanischen Staaten, die ihre Macht fest im Griff haben, gibt es geheime Absprachen zur Sicherheitskoordination. Wenn Journalist*innen aus ihren Heimatländern fliehen, beginnt für sie ein Alptraum im Exil. Es braucht weniger als einen Hundert-Dollar-Schein oder eine Flasche Whisky, um einen Journalist*innen aus dem ersten Exilland in sein Heimatland zurückzuschicken. Ein eritreischer Kollege von mir in Khartum wurde wiederholt von Sicherheitsbeamten eingeschüchtert und musste sie regelmäßig bestechen, um die Papiere für die Ausreise in ein Drittland fertigzustellen. Er war einer der wenigen Glücklichen, die nicht zurückgeschickt wurden.

Im November 2020, als eritreische und äthiopische Truppen in nördliche Teile von Tigray eindringen, überfielen eritreische Sicherheitskräfte UN-Flüchtlingslager und entführten 80 Jugendliche, darunter mehrere Journalist*innen, die nach Eritrea zurückgebracht wurden. Auch hier ist der Verbleib der Entführten unbekannt. Das eritreische Modell steht am Ende des Spektrums, aber auch in anderen Ländern gibt es eine erschreckende Bilanz von Misshandlungen, die Journalist*innen ins Exil zwingen.

Die deutsche Konrad-Adenauer-Stiftung, die die Exilerfahrungen afrikanischer Journalist*innen dokumentiert, hat ein Buch mit Beiträgen von 16 Exiljournalist*innen aus verschiedenen Ländern herausgegeben. Gejagt: Afrikanische Journalisten im Exil. Das Buch, das 2021 veröffentlicht wurde, zeigt, wie diese Journalist*innen innerhalb und außerhalb des Kontinents gelitten haben.

Außerhalb Afrikas ist das Leiden anders, aber nicht weniger schmerzhaft. In vielen europäischen Ländern werden Journalist*innen im Exil nicht als Journalist*innen behandelt, die vor Verfolgung fliehen, sondern als gewöhnliche Flüchtlinge, die keinen Anspruch auf besonderen Schutz haben, und zwar genau aus dem Grund, aus dem sie Rechtsschutz suchen: wegen ihres Berufs. Darüber hinaus werden Journalist*innen aus Russland, der Ukraine, Syrien und anderen Konfliktgebieten bevorzugt behandelt, während Schutzersuchen afrikanischer Journalist*innen in den Hintergrund gedrängt werden.

Die psychologischen Auswirkungen dieser Erfahrung sind viel tiefgreifender. Exiljournalist*innen afrikanischer Herkunft fühlen sich erst sicher, wenn sie Tausende von Kilometern von den Sicherheitsdiensten ihres Landes entfernt sind. Sobald sie einen sicheren Hafen erreicht haben, wird ihr Leben im Exilland durch die kulturellen Herausforderungen erschwert, die mit dem Erlernen einer neuen Sprache und dem Versuch, mit den Quellen ihrer Geschichten in Kon-

Die Pressefreiheit in Afrika muss erkämpft werden, so schwierig und aussichtslos dies auch erscheinen mag. Die Fortschritte der Journalist*innen in Kenia, Südafrika und Nigeria sind inspirierend und beispielhaft.

takt zu treten, verbunden sind. Eine weitere Dimension des Leidens ist die Sicherung der finanziellen und sonstigen Unterstützung, die notwendig ist, um ein neues Projekt im Exil zu beginnen. In diesem Zusammenhang räumen die meisten Geldgeber Journalist*innen aus Kriegsgebieten Priorität ein. Wieder einmal fühlen sich afrikanische Journalist*innen ausgegrenzt und an den Rand gedrängt.

Aufgrund dieser komplexen Probleme sind viele Journalist*innen gezwungen, ihren Beruf aufzugeben und in anderen Bereichen zu arbeiten.

Die Lösung des Dilemmas der Journalist*innen im Exil hängt entscheidend von der Verbesserung der Pressefreiheit auf dem Kontinent ab. Diese Aufgabe mag schwierig und aussichtslos erscheinen, aber die Fortschritte, die Journalist*innen in Kenia, Südafrika und Nigeria gemacht haben, sind inspirierend und ein Modell für andere Länder.

Schutz ist für afrikanische Journalist*innen im Exil lebenswichtig. Um sowohl Schutz- als auch Berufsfragen anzugehen, sollten sich afrikanische Journalist*innen im Exil zusammenschließen, um eine globale Gewerkschaft für sie zu gründen. Diese Gewerkschaft sollte sie nicht nur vertreten, sondern auch hart daran arbeiten, ihre Wünsche zu erfüllen und die vielschichtigen Probleme des Exils anzugehen. Sie sollte auch ein Sprungbrett sein, um sich für die Pressefreiheit einzusetzen und die Situation ihrer Kollegen zu verbessern, die in ihren Ländern unter schwierigen Bedingungen arbeiten. ■

** Fathi Osman ist ein eritreischer Journalist und ehemaliger Diplomat, der seit 2012 in Frankreich im Exil lebt.*

PRESSEFREIHEIT: DEUTSCHLAND

JAMMERN AUF HOHEM NIVEAU?**THORA MEISSNER ***

In 2022, Germany dropped from 16th to 21st place in the press freedom ranking. Last year there were 103 attacks on journalists. Many incidents go unreported or uninvestigated, so the number could be higher.

Der Blick nach rechts und links über den Tellerrand hinaus zeigt: Journalist*innen weltweit kämpfen damit, dass ihnen die Pressefreiheit durch die Finger flutscht. Auch in Deutschland droht sie es teils. Denn während sie bislang noch fest in den Händen zu sein schien, rutschte die Pressefreiheit im Jahr 2022 in der aktuellen Gesamtwertung des „Reporter ohne Grenzen e.V.“ auf Rang 21, nach Rang 16 im Vorjahr, ab.

Das mag angesichts der Tatsache, dass es insgesamt 180 Länder auf der Rangliste gibt, zunächst einmal als ein Jammern auf hohem Niveau angesehen werden. Beim näheren Hinschauen jedoch zeigt sich eine Tendenz, die nicht als solches abgetan werden sollte. Denn insbesondere das Kriterium „Sicherheit von Medienmitarbeitenden“ hat die Position Deutschlands verschlechtert.

BESPUCKT, GETRETEN UND GEWÜRGT

Im Kalenderjahr 2022 hat der RSF (Reporter ohne Grenzen e.V.) insgesamt 103 Angriffe auf Journalisten gezählt, geprüft und auch dokumentiert. Gemäß der „Nahaufnahme Deutschland“ ist dies der höchste Wert seit Beginn der Zählungen (2015, 39

Angriffe). Das Ausmaß könne in der Realität jedoch noch größer sein, da viele Fälle gar nicht zur Anzeige kämen oder aber auch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet würde.

Die höchste Zahl, nämlich 56, entfällt dabei auf Schläge gegen Journalist*innen oder auch deren Kameraausrüstung, plus zehn Tritte. Es seien allein sechs Fälle, in denen Flaschen o.a. nach Journalist*innen geworfen wurden, so der RSF. Hinzu kommen fünf Fälle des Herunterreißens der Maske, vier Fälle des Anspuckens und jeweils ein Fall, in dem gewürgt, an den Haaren gezogen oder aber auch die Barthaare angezündet wurden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass der RSF nicht zählte, wenn es sich um Schubsen, Bedrängen, Einschüchterung oder auch Verfolgung handelte. Ebenso wurden Beleidigungen, Drohungen und digitale Gewalt nicht gezählt. Außerdem kann das gesamte Ausmaß der Gewalt gegen Medienschaffende in der Realität noch höher ausfallen – die Dunkelziffer wird hoch eingeschätzt.

Verschwörungsideologischer, antisemitischer und rechtsextremer Kontext

„Bei 36 dieser Angriffe konnte ein rechter bis extrem rechter Hintergrund bestätigt werden, etwa weil die Angreifenden na-



mentlich bekannt oder Mitglieder rechter Organisationen wie AfD, Die Basis, Dritter Weg, Freie Sachsen und NPD sind“, heißt es im Dokument „Nachaufnahme Deutschland“ innerhalb der Rangliste der Pressefreiheit 2023. Insgesamt fanden 87 von 103 Fällen im verschwörungsideologischen, antisemitischen und rechtsextremen Kontext statt.

Am 20. August griff der Bürgermeister von Bad Lobenstein in Thüringen den Reporter Peter Hagen von der Ostthüringer Zeitung an. Thomas Weigelt steht mit Reichsbürgern in Verbindung. (Quelle: <https://www.otz.de>). Der Reporter stellte Anzeige wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung, der Bürgermeister wurde suspendiert.

Die Corona-Demonstrationen und der dortige Umgang mit Journalist*innen wird als Schnittpunkt der erhöhten Gewalt gegenüber den Medienschaffenden gewertet – und auch nachdem die Corona-Maßnahmen beendet sind, reißt die Gewalt nicht ab.

Insbesondere die Tatsache, dass ein hoher Anteil der Gewalt von Menschen ausgeht, die der rechten Szene zuzuordnen sind, wirft dies tendenziell einen großen Schatten auf die Pressefreiheit in Deutschland. Denn genau diese rechten Vereinigungen sind es, die die Presse entsprechend einzuschränken versuchen – zumindest in der Ausführung ihrer Arbeit.

JOURNALIST*INNEN SCHWEIGEN

Die meisten der 103 verifizierten Angriffe ereigneten sich in Sachsen (24), gefolgt von Berlin (17), Thüringen (13), Bayern (10), Baden-Württemberg (9), Sachsen-Anhalt (7), Rheinland-Pfalz (5), Mecklenburg-Vorpommern (4), Nie-

dersachsen (4), Hessen (3), Nordrhein-Westfalen (3), Schleswig-Holstein (2), Hamburg (1) und Saarland (1). (Quelle: RSF)

Fast die Hälfte der Angriffe fanden also in den Bundesländern statt, in denen laut RSF besonders viele rechtsextreme Veranstaltungen stattfanden. Anfangs, so sei ja bekannt, hätten sich die Demonstrationen vorwiegend gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesrepublik gerichtet. „Corona blieb und bleibt auch bei den Demos 2021 und 22 ein Thema, aber mittlerweile sind die Themen breiter gefächert“, so Christopher Resch von Reporter ohne Grenzen, „Es gibt weniger Demos, aber auf diesen beobachten wir eine Zunahme der Gewalt gegenüber Medienschaffenden – übrigens auch seitens der Polizei.“

Betroffene Journalist*innen berichteten dem RSF davon, dass vor Ort gewesene Polizist*innen danebenstanden, ohne einzugreifen und Ermittlungen aufzunehmen. In weniger als der Hälfte der 103 Fälle der Gewalt erfolgten Anzeigen oder wurde von Amts wegen ermittelt. Den Grund, warum Betroffene auf Anzeigen verzichten, sei Angst. Sie versuchten, sich gegen weitere Angriffe zu schützen, indem sie vermieden, dass gewaltbereite Neonazis und deren Netzwerke ihre Adressen erhielten. Denn diese stehen üblicherweise in den Ermittlungsakten (nach einer erstatteten Anzeige), die von Beschuldigten und deren Anwalt*innen eingesehen werden kann.

Psychische Gewalt gegenüber queeren Medienschaffenden

Neben den 103 gezählten und dokumentierten Angriffen habe es mindestens 16 Angriffsversuche gegeben – diese seien vereitelt worden. Einige durch die Polizei – die meisten jedoch, weil ein Begleitschutz für Journalist*innen eingesetzt worden sei.

Insbesondere Journalist*innen, die über die extreme Rechte recherchierten und schrieben, arbeiteten seit Jahren mit Begleitschützern.

Bedrängt, beschimpft und auch bedroht worden sei auch rbb-Reporter Olaf Sundermeyer und sein Team – innerhalb einer „Querdenker-Demonstration“ am 1. August.

Eine enorme psychische Gewalt erfahren jedoch auch queere Medienschaffende. Sie würden regelmäßig beleidigt, erhielten Vergewaltigungs- oder auch Morddrohungen. Auf der Straße, auch via Post, per E-Mail und sogar am Telefon – insbesondere aber in den Sozialen Medien.

Insgesamt gehen die Angriffe jedoch nicht von staatlichen Institutionen aus, sondern von Privatpersonen und „Zusammenschlüssen“, die Journalist*innen auch oft mit „Lügenpresse“ oder sonstigen Aufschreien zu verschrecken (und vor allem einzuschüchtern) versuchen. ■

* Thora Meißner. Lokalredakteurin aus NRW, Arnsberg

Journalismus wird in dunklen Zeiten mehr gebraucht

Ich glaube, und ich bitte Sie alle, dass ein Beruf wie der unsere jede Solidarität verdient. Lassen Sie uns nicht im Stich, denn wir werden weiter berichten. Lassen Sie uns nicht im Stich, denn die Mächtigen sind hinter uns her. Schweigen ist keine Option, egal wie es ausgeht. Es ist nicht unsere Wahl. Und wird es nie sein.



ÓSCAR MARTÍNEZ *

Ich bin Mitglied von El Faro, einer Zeitung, die sich der Berichterstattung über die letzten 25 Jahre der Unterdrückung in Mittelamerika widmet, einer Region der Welt, die von Problemen gezeichnet ist.

In Nicaragua mussten mehr als 150 Journalist*innen aus ihrem Land fliehen, weil sie vom Diktator Daniel Ortega schikaniert, inhaftiert und gefoltert wurden. Ortega hat alles vergessen, wofür er mit den Sandinisten, einer demokratisch-sozialistischen politischen Partei in Nicaragua, gekämpft hatte, und ist zu einem Tyrannen geworden, der noch schlimmer ist als der Diktator, den er als Revolutionär von der Macht stürzte.

Einige dieser Journalist*innen lebten bereits außerhalb des Landes im Exil, als sie erfuhr, dass der Diktator sie ins Exil geschickt, ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen und ihr gesamtes Vermögen beschlagnahmt hatte. Einige andere Journalist*innen verließen das Land noch vor Tagesanbruch mit ihren kleinen Kindern an der Hand, um nicht in die Fänge des Regimes zu geraten. Andere setzten mit Booten über. Wenn sie zurückblickten, liefen ihnen Tränen über die Wangen.

Einige meiner Kollegen mussten die erste

Zeit im Exil auf einer Parkbank verbringen. So lebten sie, bis sie von anderen Exilanten unterstützt wurden. Trotz Verfolgung, Flucht, Exil, Unsicherheit und Angst recherchieren viele Journalist*innen aus der Ferne weiter, um die Machenschaften und die Korruption des Diktators aufzudecken. Ich frage mich, welche große Loyalität diese Menschen antreibt, auch in den schwierigsten Momenten ihres Lebens ihren Überzeugungen zu folgen und Journalismus zu betreiben.

Die Justiz ist in Geiselhaft, Journalist*innen versuchen, sie zu retten

Das guatemaltekeische Justizsystem wurde von Gruppen in Geiselhaft genommen, die die Möglichkeit ausschließen wollen, die Verantwortlichen für die Massaker während des Bürgerkriegs oder diejenigen, die als Staatsoberhäupter oder Geschäftsleute die Staatskasse geplündert haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Einer der bekanntesten Journalisten des Landes, José Rubén Zamora, wurde kürzlich nach einem von Unregelmäßigkeiten geprägten Prozess wegen „Geldwäsche“ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Zamora musste zehnmal seinen Verteidiger wechseln, da dieser entweder

bedroht oder beschuldigt wurde, Zamoras Anwalt zu sein. Zamora verbringt seine Tage weiterhin in einer Zelle ohne Belüftung und fast ohne Licht, die nur eine Stunde am Tag gelüftet werden darf.

Die guatemaltekische Justiz ist von den Mächtigen vereinnahmt worden. Gegen neun Journalisten und Kolumnisten wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Heute sind mehr als 22 guatemaltekische Journalisten im Exil. Doch viele andere sind geblieben, obwohl sie wissen, dass sie auf der Feindesliste der Machthaber stehen. Sie arbeiten weiter, recherchieren und decken die Wahrheit auf, nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in ländlichen und indigenen Gemeinden, fernab vom Rampenlicht und den Kameras der internationalen Medien.

Warum riskiert ein Journalist sein Leben und seine Freiheit, um zu berichten und zu informieren?

Wir fragen uns, was sie motiviert, weiterzumachen, denn es hat ihnen gezeigt, dass sie, wenn sie ihre Arbeit machen, jahrelang in abgelegenen Winkeln bleiben können. In Honduras drohen die Machthaber mit digitalen Schikanen. In einem Land, in dem laut der Interamerikanischen Pressevereinigung allein im Jahr 2022 drei weitere Journalisten ermordet wurden, scheint es keine Strafen für Überwachung und Einmischung zu geben. Einer dieser Morde wurde in den Straßen der Hauptstadt von als Polizisten verkleideten Personen verübt. Dennoch recherchieren Dutzende von Journalist*innen im Land weiterhin die Verbindungen zwischen organisiertem Verbrechen und Staat, zwischen organisiertem Verbrechen und Privatwirtschaft. Was treibt sie an, jeden Morgen aufzustehen, sich von ihren Kindern zu verabschieden und in einem Land zu recherchieren, in dem es sie das Leben kosten kann?

Diktatur, getarnt als Demokratie

El Salvador ist auf dem Weg zu einer echten Diktatur. Es ist keine Demokratie mehr. Einige Think Tanks sprechen von einem hybriden Regime, das eine demokratische Fassade hat, aber im Kern autoritär ist. Ein Journalist wurde 17 Monate lang mit dem Spionageprogramm Pegasus überwacht, ohne dass es eine ernsthafte Untersuchung gegeben hätte. Allein auf meiner Nachrichtenplattform El Faro wurden 22 Personen ins Visier genommen, darunter auch ich, als wir uns zusammaten, um die Komplizenschaft des Präsidenten mit kriminellen Banden zu beweisen. Es wurden Bandengesetze erlassen, nach denen ein Journalist bis zu 30 Jahre ins Gefängnis kommen kann, wenn er Informationen über Banden oder deren Geschäfte mit den Machthabern veröffentlicht, wenn ein Richter feststellt, dass diese Informationen die Öffentlichkeit beunruhigen. Doch wer definiert, was die Öffentlichkeit beunruhigt? Die Richter des Regimes.

Erst vor wenigen Wochen hat ein Polizeichef gesagt, dass sie gegen Journalisten vorgehen werden, und bald werden wir vor Gericht gestellt und inhaftiert werden.

Seit mehr als einem Jahr leben wir unter einem „Ausnahmestand“, der es jedem Polizisten oder Soldaten erlaubt, jeden zu verhaften, den er für verdächtig hält. Dutzende dieser Menschen sind in den Gefängnissen des Regimes mit Folterspuren am Körper gestorben. Zahlreiche journalistische Veröffentlichungen und Berichte nationaler und internationaler Organisationen haben gezeigt, dass Folter zur Staatspolitik geworden ist. La Palabra bestätigt, dass das, was uns während unseres 12-jährigen Bürgerkrieges gequält hat, laut ausgesprochen wurde: Vertreibung, Unterdrückung, politische Verfolgung, Folter.

Die betrogene Gesellschaft und der Journalismus in der Mitte

Diese Struktur wird von einem Mann kontrolliert, dem Präsidenten Nayib Bukele. Eine Gesellschaft, in der es keinen Friedensprozess mehr gibt, glaubt wieder einmal, dass Gewalt die Lösung ist, und der Journalismus bleibt außen vor. Die Presse wird von den Machthabern verfolgt und von einem Großteil der Gesellschaft, über die sie informiert, verachtet. Dennoch hat der salvadorianische Journalismus noch nie so viele Fälle von Korruption, Straflosigkeit und staatlicher Gewalt aufgedeckt wie in diesem Jahrhundert. Warum recherchieren all diese Journalist*innen weiter über die große Figur El Salvadors, obwohl sie wissen, dass jeder von ihnen für viele Jahre zum Tode verurteilt werden könnte? Jede Antwort wird nuanciert sein und jede Denkweise wird andere persönliche Beweggründe haben, aber ich bin sicher, dass die Antwort der Zentralamerikanischen Union, der ich mit Stolz angehöre, im Allgemeinen „Mut“ lauten wird.

Lass uns nicht im Stich, damit wir erfolgreich sein können

Journalismus wird in dunklen Zeiten mehr gebraucht. Daran glauben wir, und es ist uns egal, ob wir uns irren. Unsere Kollegen haben gezeigt, dass sie ihre historische Rolle verstehen. Wenn diese Journalisten in einer Bar in El Salvador, Guatemala City oder Tegucigalpa saßen, sprachen sie nicht nur von Loyalität und Aufopferung; als die Tyrannen zurückkehrten, folgten sie ihren Überzeugungen, auch wenn das Exil oder Gefängnis bedeutete. Ich glaube, und ich bitte Sie alle, dass ein Beruf wie der unsere jede Solidarität verdient. Lassen Sie uns nicht im Stich, denn wir werden weiter berichten. Lassen Sie uns nicht im Stich, denn die Mächtigen sind hinter uns her. Wir sind stolz darauf, unseren mutigen und ehrlichen Beruf in der Region weiter auszuüben.

Schweigen ist keine Option, egal wie es ausgeht. Es ist nicht unsere Wahl. Und wird es nie sein. ■

** Óscar Martínez, geboren in El Salvador, ist Chefredakteur von ElFaro, dem führenden Online-Magazin Südamerikas. Er ist einer der renommiertesten investigativen Journalisten Zentralamerikas. Martínez wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet und hat auch Bücher veröffentlicht.*

PALÄSTINENSISCHE JOURNALIST*INNEN IN DER SCHUSSLINIE

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 wurden insgesamt 194 israelische Übergriffe auf Journalist*innen dokumentiert.



WALID BATRAWI *

Mehr als ein Jahr ist es her, dass die Al-Jazeera-Korrespondentin Shireen Abu Akleh im Flüchtlingslager Jenin im nördlichen Westjordanland von einem israelischen Soldaten erschossen wurde.

Shireen war nicht nur Kollegin, sondern auch Freundin. Da sie für Al-Jazeera English arbeitete, teilten wir uns das Büro und das Frühstück am Freitagmorgen, das sie perfekt zubereitete.

Obwohl Shireen auf dem Bildschirm stark aussah, war sie ein sehr bescheidener und sensibler Mensch, und ihre Ermordung schockierte uns und die ganze Welt.

Palästinensische, internationale und israelische Menschenrechtsorganisationen sowie führende internationale Medien wie CNN und BBC haben unabhängige Untersuchungen vorgelegt, die Israel für den Mord an Shireen Abu Akleh verantwortlich machen. Doch der israelische Soldat, der nachweislich für die Erschießung von Shireen Abu Akleh verantwortlich ist, genießt nach wie vor Immunität und läuft frei herum!

Es stimmt, dass Palästina auf der Liste der getöteten Journalist*innen ganz unten steht: Laut UNESCO wurden 21 Berufs- oder Bürgerjournalist*innen von den israelischen Streitkräften getötet. Darüber hinaus sind Journalist*innen nach wie vor täglichen Schikanen

ausgesetzt.

Das palästinensische Zentrum für Entwicklung und Medienfreiheit (MADA) hat in den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 insgesamt 194 israelische Übergriffe auf Journalist*innen dokumentiert. Im Juli beispielsweise meldete MADA den Behörden 45 Übergriffe, darunter körperliche Angriffe wie Schläge und Prügel, drei Journalisten wurden durch Gummigeschosse verletzt und drei weitere durch Tränengas erstickt.

Israelische Schikanen beschränken sich nicht auf palästinensische Journalist*innen. Die Foreign Press Association (FPA) in Israel gab am 10. Juli eine Erklärung ab, in der sie ihre Besorgnis über einen Vorfall zum Ausdruck brachte, bei dem ein israelischer Soldat in einem Militärfahrzeug während der Operation der israelischen Streitkräfte in Jenin am 4. Juli das Feuer auf die Kamera und die Live-Übertragungstechnik des FPA-Mitglieds Al-Araby TV eröffnete.

Berichte über Gewalt gegen palästinensische Journalist*innen stammen nicht nur von israelischen Soldaten, sondern auch von Anwohnern, die unter den Augen der Armee alle möglichen Übergriffe begehen. Nach Angaben der Internationalen Journalisten-Föderation wurde "am 20. Juni 2023 der freiberufliche Fotojournalist Khalid Taha von israelischen Siedlern



Ein Screenshot von Al-Jazeera Arabic zeigt, wie die Reporterin Shireen Abu Akleh auf dem Boden liegt, nachdem sie am 11. Mai 2022 in Dschenin im Westjordanland tödlich angeschossen wurde. (Al-Jazeera/YouTube)

angegriffen, als er in seinem Auto zwischen den Städten Hawarah und Nablus im Norden des besetzten Westjordanlandes unterwegs war. Am selben Tag wurde ein Journalist, der für den Fernsehsender Al Ghad TV arbeitet, am Stadteingang von Nablus von Israelis zusammengeschlagen“.

Nach Angaben des palästinensischen Journalistenverbandes hat am 2. August im nördlichen Teil des besetzten Westjordanlandes ein Mann, der einen Krankenwagen mit dem Emblem des israelischen nationalen Rettungsdienstes, dem roten Davidstern, fuhr, seine Waffe auf die palästinensischen Journalisten Nasser und Ali Ashtiyya und den lokalen Aktivist Ayman Ghrrayeb gerichtet und gedroht, sie zu erschließen. Die israelischen Übergriffe gehen über die Angriffe auf palästinensische Journalist*innen hinaus und betreffen auch ausländische Medienvertreter.

In einer am 21. Mai 2023 veröffentlichten Erklärung drückte die FPA ihre Besorgnis über die physischen und verbalen Angriffe auf Journalist*innen während des Flaggenmarsches am Damaskustor in Jerusalem am Donnerstag, den 18. Mai 2023, aus.

NICHT NUR DIE SOLDATEN, SONDERN AUCH DIE MENSCHEN GREIFEN AN

Die Demonstranten griffen die Journalist*innen wiederholt mit Wasserflaschen, Dosen und Holzstöcken an. Die Demonstranten beschimpften die Journalist*innen auch unter den Augen von Polizeibeamten heftig und rassistisch. Mindestens zwei Journalisten wurden bei den Angriffen leicht verletzt. Darüber hinaus wurde ein CNN-Team, das über die Ereignisse in der Altstadt (Jerusalem) berichtete, von einem Polizeiteam mit unnötiger Gewalt zusammengeschlagen, als es versuchte, einheimische Palästinenser zu interviewen.

Außerdem erkennen die israelischen Soldaten an den Kontrollpunkten die von der Internationalen Journalisten-Föderation (IFJ) ausgestellten internationalen Presseausweise nicht an und akzeptieren nur die Presseausweise der israelischen Regierung, die palästinensischen Journalist*innen nur selten ausgestellt werden.

Die Behörden schränken auch die Bewegungsfreiheit palästinensischer Journalist*innen ein. Für Journalist*innen aus dem Westjordanland ist es fast unmöglich, in den Gazastreifen zu reisen. Nur sehr wenige aus dem Westjordanland können nach Jerusalem einreisen. Um nach Jerusalem einreisen zu können, müssen Männer über 55 und Frauen über 50 Jahre alt sein oder eine Sondergenehmigung der israelischen Behörden vorweisen.

Im Mai 2023 erlaubten die israelischen Behörden keinem ausländischen Journalist*innen die Einreise in den Gazastreifen, obwohl mehrere internationale Medienorganisationen während der fünftägigen Spannungen im Gazastreifen darum gebeten hatten.

Vor zwei Jahren, insbesondere im Mai 2021, zerstörte die israelische Luftwaffe laut ROG Büros von 23 palästinensischen und internationalen Medienorganisationen, darunter die US-Nachrichtenagentur Associated Press und der katarische Sender Al Jazeera.

Nach der Ermordung von Shireen Abu Akleh haben die Internationale Journalistenföderation (IFJ), das International Center for Justice for Palestinians (ICJP) und das Palestinian Journalists' Syndicate (PJS) am 20. September 2022 beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eine neue Klage wegen der Erschießung von Abu Akleh und Ali Samoudi, einem palästinensischen Journalisten, der sie am Tag des Vorfalls begleitet hatte, eingereicht.

Im April 2022 wurde ein Antrag beim IStGH eingereicht, in dem das Büro des Anklägers (OTP) aufgefordert wurde, eine Untersuchung „der systematischen Angriffe der israelischen Besatzungstruppen auf palästinensische Journalist*innen und die Räumlichkeiten von Medienorganisationen, darunter Ahmed Abu Hussein, Yasser Murtaja, Muath Amarnah und Nedal Eshtayeh“ einzuleiten. In dem Antrag wird betont, dass „alle in den beiden Beschwerden genannten Journalist*innen zum Zeitpunkt der Angriffe deutlich sichtbare PRESS-Westen trugen“. Die Berichte enthielten auch eine detaillierte Beschreibung des Angriffs auf die Medienbüros in Gaza-Stadt im Mai 2021.

Nach internationalem Recht sind Journalist*innen in Gebieten bewaffneter Konflikte geschützt. Vorsätzliche Angriffe auf Journalist*innen gelten daher als Kriegsverbrechen. Laut dem Internationalen Presseinstitut „müssen Staaten Angriffe auf Journalist*innen unverzüglich, gründlich und unabhängig untersuchen und die Verantwortlichen strafrechtlich verfolgen. Diese Verpflichtung gilt auch in Konfliktgebieten, in denen die Behörden nach dem humanitären Völkerrecht rechtlich verpflichtet sind, die Sicherheit von Journalist*innen und Medienmitarbeitern zu gewährleisten“. Israel war dazu jedoch nie in der Lage. ■

** Der in Ramallah lebende palästinensische Journalist wurde 2003 mit dem Natali-Preis für „herausragende Berichterstattung über Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung“ in der Kategorie Arabische Welt, Iran und Israel ausgezeichnet.*

Zahra Joya



WIR SIND NIRGENDWO AUF DER WELT SICHER

Die afghanische Journalistin Zahra Joya sagt, dass die neue Generation des Journalismus in Afghanistan jetzt sehr schwierig und für Frauen unmöglich geworden ist. Die im Exil lebende Journalistin fürchtet um ihre eigene Sicherheit. Für eine afghanische Journalistin ist also kein Ort auf der Welt sicher.

YÜKSEL DURGUT

Zahra Joya ist eine der 12 Frauen, die vom *Time Magazine* zur Frau des Jahres 2022 gewählt wurden. Außerdem wurde sie von der BBC als eine der 100 einflussreichsten Frauen geehrt. Neben ihrer Identität als Journalistin und Aktivistin veränderte sich ihr Leben nach einem Interview mit der berühmten Schauspielerinnen Angelina Jolie.

Im Jahr 2015 benannte er Rukhshana Media nach einer 19-jährigen Frau, die von den Taliban zu Tode gesteinigt worden war. Sie erhielt dafür den *British Journalism Award*. Um der Welt die unbekanntesten Geschichten von Frauen und Mädchen in Afghanistan zu erzählen und Journalistinnen zu unterstützen, hat sie in Zusammenarbeit mit der renommierten britischen Zeitung *“The Guardian”* das Projekt *“Women Report Afghanistan”* ins Leben gerufen.

In einem Interview mit Angelina Jolie erzählte sie, dass sie, als die Taliban in Afghanistan an die Macht kamen und die Schulbildung für Mädchen verboten, fünf Jahre alt war und jeden Tag zwei Stunden zu Fuß gehen musste, um als Junge verkleidet zur Schule zu gehen.

Wir sprachen mit Zahra Joya, die ihr journalistisches Leben im britischen Exil fortsetzt, über Afghanistan und ihr Leben im britischen Exil.

Die Lage der Journalisten in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban weiter verschlechtert. Und die Frauen, die Journalistinnen?

Nach der Wiedererlangung der Kontrolle über Afghanistan durch die Taliban wurden Journalisten und freie Medien bedauerlicherweise angegriffen und Hunderte von freien Medienorganisationen geschlossen. In der Folge mussten viele erfahrene Journalist*innen das Land verlassen, da ihr Leben in Gefahr war.

Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen (ROG) haben mehr als 80 Prozent der Journalistinnen ihre Arbeit verloren. Journalistinnen dürfen in Afghanistan nicht mit Kollegen zusammenarbeiten. Es gibt jedoch eine Gruppe von Journalistinnen, die noch aktiv sind und extremen Einschränkungen unterliegen. Wie Sie wissen, werden sie gezwungen, Kopftücher zu tragen. Fernsehmoderatorinnen müssen sogar einen Schleier tragen, wenn sie die Nachrichten verlesen.

Frauen können ohne Kopftuch oder Schleier keine Interviews geben. Freie Medien und unabhängige Journalist*innen waren eine große Errungenschaft des Westens in Afghanistan in den letzten 20 Jahren. Leider haben wir diese große Errungenschaft wieder verloren.

Wie sah das Leben von Journalistinnen vor den Taliban aus, also in der Zeit, als sie Freiheit und Unabhängigkeit erlangten?

Es war ziemlich gut, aber Afghanistan war damals ein gefährliches Land für Journalist*innen, wie es immer war. Es war dennoch besser als unter den Taliban, weil wir Gesetze hatten. Wir hatten ein einzigartiges Gesetz, eine einzigartige Rolle für die Medien. Und die vorherige Regierung hatte eine sehr gute Organisation, die die Medienfreiheit schützte. Wir hatten ein Kultur- und Informationsministerium in Kabul. Dieses Ministerium hat die Journalist*innen sehr unterstützt. Jetzt gibt es keine unabhängige Organisation mehr, die den Journalist*innen hilft.

In Afghanistan gibt es immer noch Journalist*innen, die leiden. Journalistinnen können Nachrichtenartikel schreiben, wenn sie ihren Namen ändern. Andere haben Angst, gegen die Taliban zu schreiben. Was können und sollten Journalist*innen tun, um die Meinungs- und Pressefreiheit in Afghanistan wiederherzustellen?

Seit der Machtübernahme der Taliban haben auch die einfachen Menschen im Land ihre Meinungsfreiheit verloren. Sie dürfen zum Beispiel in den sozialen Medien nichts gegen die Taliban posten oder schreiben. Wenn jemand etwas gegen sie postet und sie herausfinden, dass die Person, die das gepostet hat, in Afghanistan ist, werden sie sie auf jeden Fall suchen.

Leider sind derzeit - ich weiß die genaue Zahl nicht mehr - viele Journalist*innen in Taliban-Gefängnissen. Wir versuchen, zumindest über die sozialen Medien dagegen zu protestieren. Wir versuchen, die Taliban zu bitten, sie freizulassen, aber es gibt keinen Kanal, um mit den Taliban zu sprechen. Sie hören nicht zu.

Was tun die Exiljournalist*innen dort, wo sie sich aufhalten?

Ich spreche in meinen Reden viel über Journalist*innen im Exil, weil das eine der wenigen Maßnahmen ist, die wir von hier aus ergreifen können. Wir müssen zumindest daran arbeiten, das Verhalten und die Aktionen der Taliban gegen die Bevölkerung zu dokumentieren. So versuchen wir wenigstens, die Menschen um uns herum zu informieren und den Menschen im Land eine Stimme zu geben. Aber das ist wirklich sehr schwierig. Wenn man im Exil arbeitet, hat man viele Schwierigkeiten. Wir haben Sicherheitsprobleme, die uns zur Zielscheibe machen können. Wir müssen uns auch an die Regeln dieser Länder halten, wenn wir im Exil sind, ich meine, wir müssen uns in diese Gesellschaft integrieren, und wir sind alle gleichzeitig Flüchtlinge. Wir haben finanzielle Probleme. Aber ich denke, wenn wir den Zurückgebliebenen helfen wollen, wenn wir wenigstens helfen wollen, dann müssen wir uns diesen Schwierigkeiten stellen, zumindest für unsere Leute, die dort allein mit den Taliban sind.

Was war die größte Herausforderung für Sie als Journalistin im Exil?

Ich hatte Probleme mit der Sicherheit meiner Familie. Meine Familie hat Afghanistan unter dem Druck der Taliban sehr schnell verlassen. Ich mache mir auch Sorgen um die Sicherheit meiner Kollegen in Afghanistan und hier. Finanzielle Schwierigkeiten für einen Exiljournalisten sind ein generelles Problem für uns alle. Unsere Arbeitszeiten passen nicht nach Afghanistan. Wir haben mit der Zeitverschiebung zu kämpfen. ■



ICH HABE KEIN LAND, KEIN ZUHAUSE, KEINE FAMILIE

Wie hat sich Ihr Leben nach dem Interview mit Angelina Jolie verändert?

Da hat sich nicht viel geändert. Als Journalistin habe ich meine eigene Stimme, meine eigene Plattform, und ich empfinde es als Privileg, vom Time Magazine ausgewählt worden zu sein, Angelina Jolie zu interviewen. Aber manchmal, wenn ich berühmte Leute um mich herum sehe, die sich für mich interessieren, gibt mir das ein gutes Gefühl. (Ich habe kein Land, kein Zuhause, keine Familie. Aber es gibt gute und fürsorgliche Menschen um mich herum. Das macht mich glücklich.

Gibt es eine Chance für neue Journalist*innen, sich in Afghanistan zu entwickeln?

Leider gibt es diese Möglichkeit für Journalistinnen nicht. Denn die Taliban haben die journalistische Ausbildung von Journalistinnen verboten. Aber für viele gibt es noch eine Chance. Zumindest können sie an der Universität Journalismus studieren. Aber mein Rat an die Journalistinnen ist: Gebt nicht auf. Seid hoffnungsvoll. Kämpft für eure Rechte. Irgendwann werden wir diese Schwierigkeiten überwinden. Rukhshana Media, meine Organisation, ist auch eine einzigartige Plattform für Journalistinnen. Wir haben das Privileg, ihnen die Chance zu geben, Journalistin zu werden.

**Joya war eine der 12 Frauen, die 2022 zur "Time's Woman of the Year" gewählt wurden. Sie wurde für ihren Journalismus ausgezeichnet und hat Angelina Jolie interviewt. Am 20. September 2022 wurde Joya von der Bill & Melinda Gates Foundation mit dem Changemaker Award 2022 ausgezeichnet. Im Dezember 2022 wurde sie als eine der BBC 100 Women geehrt. Rukhshana Media wurde bei den British Journalism Awards 2021 mit dem Marie Colvin Award ausgezeichnet.*

40 TAGE STREIK GEGEN DIE RADIKALE RECHTE

Streiks von Journalisten sind in der Geschichte der französischen Medien nicht vergessen. Der längste Streik in der Geschichte dauerte sieben Wochen und wurde 1968 von den Mitarbeitern des ORTF geführt. Der Streik bei Radio France im Jahr 2015 dauerte 27 Tage. Jetzt haben die JDD-Mitarbeiter ihren 40-tägigen Streik beendet, den sie am 22. Juni 2023 begonnen hatten, um gegen die Ernennung eines neuen Chefredakteurs zu protestieren.



LOU PHILY *

„Geoffroy Lejeune wird sein neues Amt heute in einem leeren Redaktionsraum antreten.“



it diesen Worten kündigte die Belegschaft des JDD-Magazins, der Sonntagsausgabe der französischen Wochenzeitung JDD (Le Journal du Dimanche), das Ende eines 40-tägigen Streiks an, der am 22. Juni 2023 begonnen hatte, um gegen die Ernennung eines neuen Chefredakteurs, Geoffroy Lejeune, zu protestieren. Lejeune, ein 34-jähriger Journalist, war zuvor Chefredakteur der rechtsextremen Zeitschrift Valeurs Actuelles gewesen. Unter Lejeunes Leitung hatte die Zeitschrift im Jahr 2020 einen Artikel veröffentlicht, in dem die schwarze französische Abgeordnete Danièle Obono als Sklavin dargestellt wurde, und wurde daraufhin im November 2022 wegen öffentlicher rassistischer Beleidigung schuldig gesprochen.

RECHTSEXTREME JOURNALISTEN

Der Kampf der Journalisten der JDD beginnt zu zeigen, dass solche Vorfälle in der Geschichte Frankreichs ein vergebliches Unterfangen waren. In den letzten Jahren haben viele Medienunternehmen, die von Milliardären kontrolliert werden, berühmte Journalisten oder Persönlichkeiten eingestellt, die rechtsextreme Ideologien unterstützen und veröffentlichen.

Die Journalisten des Fernsehsenders i-Télé streikten einen Monat lang gegen die Einstellung von Jean-Marc Morandini, einem engen Freund von Vincent Bolloré, dem Hauptaktionär des Medienkonzerns Canal+. Morandini, mit 20 Jahren der jüngste Fernsehmoderator Frankreichs, wurde wegen Bestechung Minderjähriger zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. Derselbe Geschäftsmann Bolloré hat nun JDD gekauft.

Um die Integrität der Redaktion zu wahren,



FOTO: CHRISTOPHE ARCHAMBAULT / AFP

forderten die streikenden Journalisten nicht nur die Entlassung des bekannten Fernsehmoderators, sondern auch Garantien für die redaktionelle Unabhängigkeit, indem einer der beiden engen Freunde von Vincent Bolloré zum Chefredakteur und der andere zum Direktor ernannt wird.

Die Direktion nahm das Angebot der Journalisten nicht an. Mehr als 30 Journalisten kündigten daraufhin. Der Fernsehsender i-Télé, der 2021 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 200.000 Euro verurteilt wurde, wurde von der Medienaufsichtsbehörde CSA verwarnet, weil er der rechtsextremen Partei Rassemblement National bei den Regionalwahlen 2021 mehr Redezeit eingeräumt hatte.

Vincent Bolloré hat sein Vermögen genutzt, um Medien- und Werbeunternehmen zu beherrschen. Bolloré, ein 71-jähriger französischer Geschäftsmann, der laut Forbes im Jahr 2023 ein Vermögen von 10 Milliarden Dollar besitzen wird, wurde in die Bourgeoisie der Bretagne im Nordwesten Frankreichs hineingeboren. Im Alter von 23 Jahren wurde er zum Vizepräsidenten der Finanzgruppe Edmond de Rothschild ernannt. Zusammen mit seinem Bruder Michel-Yves Bolloré übernahm er die Leitung des multinationalen Familienunternehmens Bolloré, das in zahlreichen Bereichen tätig ist.

Im Jahr 2012 wurde Bolloré, der seinen Reichtum dazu nutzte, eine Reihe von Medien- und Werbeunternehmen zu kontrollieren, Hauptaktionär des französischen Medienkonglomerats Vivendi, zu dem auch die Mediengruppe Canal+ gehört, die vor allem für ihr politisch provokatives Programm bekannt ist.

Im Jahr 2015 wurde eine Dokumentation über Steuerhinterziehung in Frankreich von Canal+ abgesetzt, um die Interessen der Bolloré-Gruppe zu schützen. Eine der bekanntesten Sendungen des Senders war „Les Guignols de l'info“. Nach 30 Jahren wurde sie 2018 überraschend eingestellt.

Es heißt, Bolloré dulde keine politischen Parodien. Aber Bolloré, ein Geschäftsmann, der seit Jahren ähnliche Wege beschreitet, um die Kontrolle über den Mediensektor zu erlangen, ist dafür bekannt, Journalisten oder Führungskräfte, die ihm nicht gefallen, zu entlassen und durch alte Freunde von ihm oder seinen Söhnen zu ersetzen. Durch solche Ernennungen hat er die von ihm geförderten Medien nach und nach auf die rechte und konservative Seite geschoben.

Später versetzte er Pascal Praud, einen Journalisten, der für seine Verteidigung rechtsextremer Ideologien bekannt ist. Praud, der die Ideologie der „Theorie des großen Wandels“ vertritt, die für den Aufstieg der extremen Rechten in Europa und insbesondere in Frankreich verantwortlich gemacht wird, hat nun seinen Platz an seiner Seite eingenommen. Im Juni 2023 kaufte er auch die Zeitschrift Paris Match. Die Untersuchungen über den fragwürdigen Charakter dieses Kaufs dauern jedoch noch an. Bolloré soll sich vor dem Kauf in die Redaktion des Magazins eingemischt haben. Der ehemalige Chefredakteur des Magazins wurde 2022 entlassen, nachdem er sich gegen eine Titelgeschichte über einen traditionalistischen Kardinal ausgesprochen hatte. ►

► FALSCHER BEDIENTUNG DER ABDECKUNG

Die Beschäftigten von JDD haben sich zusammengeschlossen, um sich gegen die Übernahme der Zeitschrift durch den Investor Bolloré zu wehren. An jedem Tag des 40-tägigen Streiks fand eine Urabstimmung statt. Jede Urabstimmung wurde mit mehr als 95 Prozent der Stimmen angenommen. Das einzige, was sie mit ihrem neuen Chef aushandeln konnten, war die gleichzeitige Ankündigung der Kündigung von 60 weiteren Journalisten, die sich weigerten, die von ihm eingesetzte Redaktionsleitung zu akzeptieren und ihre Kollegen, die entschlossen waren, ihre Arbeit aufzugeben, nicht zu verlassen.

Emmanuel Poupard, Generalsekretär der SNJ, der ersten französischen Journalistengewerkschaft, erklärte: "Wir müssen die historische Mobilisierung der Journalisten zur Verteidigung ihrer Identität und ihres Pluralismus anerkennen."

Am Ende hat Bolloré gewonnen. Die Redaktion des Magazins leert sich. Nur zwei Journalisten bleiben zurück. Wenige Tage nach dem Ende des Streiks übernimmt der neue Chefredakteur offiziell das Ruder. In weniger als einer Woche hat er die schwierige Aufgabe übernommen, die neue Ausgabe der GE vorzubereiten, die am Sonntag, den 6. August erscheinen soll. Zu diesem Zweck hat er bekannte Medienvertreter wie Pascal Praud und ehemalige rechtsextreme Journalisten von Valeurs actuelles angeworben.

Das erste vom neuen Team herausgegebene Magazin kam mit einem großen Fehler auf der Titelseite in die Regale. Ein Marsch für den im Juli in Frankreich getöteten Enzo wurde mit dem im Januar bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Enzo verwechselt. Die Namensähnlichkeit sorgte für einen Skandal. Die meisten Sponsoren zogen ihre Anzeigen zurück und verließen das Magazin.

"Mit dem neuen Chefredakteur wird die Zeitschrift, die einst allen Politikern eine Stimme gab, nun offen zu einem Propagandainstrument der extremen Rechten", warnt Emmanuel Poupard, Generalsekretär der SNJ: "Die GE wird jetzt mit France Soir verglichen, das für seine Verschwörungstheorien aus der Nachkriegszeit bekannt ist. Früher war die JDD eine parteiübergreifende Organisation."

BOYKOTT DURCH POLITIKER

Sabrina Agresti-Roubache, Beauftragte des Ministers für Stadtentwicklung, war der erste politische Gast unmittelbar nach dem Streik. Laut France Info wurde Agresti-Roubache vom Premierminister für ihr Verhalten gerügt, woraufhin die Regierungsmitglieder gewarnt wurden, keine Interviews für die GDD zu geben. Andere Politiker wie der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Olivier Faure, und die Vorsitzende der Grünen, Marine Tondelier, kündigten an, das Magazin zu boykottieren.

Es ist nicht das erste Mal, dass Bolloré Proble-

me mit den Medien hat. Er hat zahlreiche Prozesse gegen Journalisten angestrengt, die über die Aktivitäten seiner Unternehmen recherchiert haben. Im Jahr 2016 veröffentlichte Mediapart, eines der unabhängigen Magazine Frankreichs, einen Bericht über die illegalen Aktivitäten der Bolloré-Gruppe in Kamerun. Aufgrund dieses Berichts wurde das Magazin wegen Verleumdung verklagt. Mediapart wurde jedoch von allen Klagen in den Jahren 2019, 2021 und 2022 freigesprochen. Das Gericht gab Bolloré Recht und betonte, dass die von Journalisten aufgedeckten Informationen ein wichtiges Thema von öffentlichem Interesse und für die Verteidigung der Pressefreiheit seien.

BOLLORÉ NUTZT DEN RAUM

Die französischen Presseverbände fordern Gesetzesänderungen, um die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Medien zu gewährleisten. Emmanuel Poupard erinnerte daran, dass das Gesetz von 2016 die Unterdrückung der Presse verhindern soll und sagte: "Wir haben von Anfang an gesagt, dass dieses Gesetz nicht ausreicht. Das Parlament muss den Ernst der Lage erkennen und dringend Maßnahmen ergreifen. Die aufeinander folgenden Regierungen haben das Problem ignoriert. Bolloré nutzt dieses Vakuum."

Laut der Wirtschaftswissenschaftlerin Julia Cagé besitzen neun milliardenschwere Geschäftsleute 80 Prozent der Mainstream-Medien in Frankreich. Cagé sagt, der Mediensektor brauche zwar neue Investoren, aber die Tatsache, dass er aus Milliardären bestehe, sei ein großes Problem, da diese Milliardäre viele Interessen zu vertreten hätten.

Es wird erwartet, dass das Parlament in den nächsten Tagen einen Gesetzesentwurf diskutiert, der vorsieht, dass "die Ernennung eines neuen Chefredakteurs von der Mehrheit der arbeitenden Journalisten gebilligt werden muss". Dieser Gesetzesentwurf wird auch von der Journalistengewerkschaft SNJ unterstützt. "Wenn die Chefs den Journalisten nicht mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes drohen, indem sie sagen, dass der Verlust der staatlichen Subventionen den Bankrott bedeuten würde, wäre es sinnvoll, dieses Gesetz in Kraft zu setzen", erklärt Poupard.

Der Gesetzesentwurf wäre ein erster Schritt, um gegen das Spiel der Geschäftsleute mit der zerbrechlichen Unabhängigkeit der französischen Medien zu mobilisieren. Der Gewerkschafter fügt hinzu: "Es ist mutig, dieses Thema aufzugreifen. Seit 2016 hat man uns zu diesem Thema nicht mehr gehört. ■"

** Lou Phily ist eine französische Journalistin, die hauptsächlich über nationale und internationale Nachrichten für französische Zeitungen schreibt. 2021 arbeitete sie als Wirtschaftsjournalistin für Thomson Reuters.*



Vincent Bolloré
FOTO: THOMAS SAMSON / AFP

EXILJOURNALIST*INNEN MÜSSEN GEMEINSAM HANDELN

Leider gelingt es dissidenten Journalist*innen im Exil nicht, ein gemeinsames Netzwerk des Widerstands und der Solidarität aufzubauen. Der Bericht der IJA zeigt dies und wir hoffen, dass er ein Anfang für Solidarität sein wird.



DR. KEZBAN KARAGÖZ *

Für die Medien in der Türkei war 2023 ein weiteres Jahr der Einschüchterung, Gewalt und Unterdrückung. Im Jahr 2016 setzte sich der Prozess der Absenkung der journalistischen Standards fort, wobei die politische Entwicklung fast jedes Jahr eine scharfe Zäsur erfuhr und neue Formen annahm. Im Hinblick auf Medieneigentum und die politische Ökonomie der Medien wird ein großer Teil der türkischen Medien als Instrument des Regimes und als Mittel zur Erzeugung von Zustimmung verbreitet. Andererseits werden in diesem Prozess der Wahrheitsfilterung vor allem oppositionelle Gruppen mit präzisen Informationen versorgt. Trotz des Drucks des Regimes, das die Agenda bestimmt, suchen die Menschen vor allem in den digitalen Medien nach der Wahrheit. Die Türkei gehört zu den aktivsten Nutzern von Twitter (heute bekannt als X). Es wurde festgestellt, dass im Jahr 2022 16,1 Millionen Menschen in

der Türkei Twitter/X nutzten. Es wurde festgestellt, dass die Zahl der Nutzer in der Türkei viel höher ist als in Ländern wie Deutschland, Spanien und Frankreich. Einer der Gründe für diese Nachfrage ist, dass Twitter/X den Menschen die Möglichkeit gibt, ihre eigene reale Agenda zu schaffen. In dieser Hinsicht sind die sozialen Medien auch zu einer wichtigen Plattform für den Journalismus geworden. Viele unabhängige Journalist*innen konnten diese Kanäle nutzen, um sich bei den Massen Gehör zu verschaffen, ohne ein institutionalisiertes Medienorgan zu benötigen. Für repressive Regime wie die Türkei ist jedoch jeder unkontrollierte Schritt ein Problem. Im Jahr 2023 hat das türkische Regime systematisch Druck auf die sozialen Medien ausgeübt. Denn wer Informationen kontrolliert, kontrolliert die Gesellschaft. Wenn es keine Informationen gibt, gibt es kein Problem; wenn es keine Nachrichten gibt, ist es viel einfacher, die Massen zu motivieren. Twitter/X-Posts werden ständig vor Gericht gebracht, und es wird versucht, sowohl die Presse als auch die einfachen Menschen durch Druck zu überwachen und zu kontrollieren. Der Druck auf die sozialen Medien hat ein solches Ausmaß erreicht, dass selbst im Ausland lebende Menschen, die keine politischen Ansichten haben, das Bedürfnis verspüren, zu überprüfen, ob gegen sie ermittelt wird, wenn sie in die Türkei reisen. In dieser Hinsicht kann man sagen, dass der Schatten des Regimes auf jeden fällt. ►



FOTO: PIXARBY

► KOMMUNIKATION ODER PROPAGANDA?

Wir befinden uns in einer neuen Phase, in der das Regime einen Krieg gegen im Ausland lebende oppositionelle Journalist*innen führt, indem es die digitalen Medien weiter unterdrückt. Zu diesem Zweck investiert es bei Bedarf in Lobbyorganisationen. Die Direktion für Kommunikation, die von Fahrettin Altun kontrolliert wird, arbeitet eher wie eine Propagandabehörde als eine offizielle Organisation. Viele Hetzkampagnen werden von einer einzigen Quelle systematisiert und verbreitet.

Während die oppositionellen Medien 2016 und danach durch Dekrete und unrechtmäßige Gerichtsverfahren zum Schweigen gebracht wurden, erhielten Journalist*innen und digitale Zeitungen, die ihre Stimme in den sozialen Medien erhoben, ihren Anteil an den Hassverbrechen des Regimes. In diesem Tunnel der Dekrete breitet sich die Dunkelheit aus. Während die Menschen virale Räume für sich finden, konzentriert sich das Regime auf die Ausweitung seines Machtbereichs. So zeigt das Ende 2022 verabschiedete Desinformationsgesetz seit 2023 Wirkung. Stimmt eine Nachricht nicht mit dem Diskurs des Regimes überein, wird sie sofort von der Veröffentlichung ausgeschlossen. Während sich die Regierung die konventionellen Medien sowohl durch Medienbesitz als auch durch politische Ökonomie angeeignet hat, war einer der auffälligsten Akte der Einschüchterung im Jahr 2023 die Unterdrückung von digitalen Zeitungen und Social-Media-Accounts, die für die neue Generation eine alternative, wenn nicht sogar die wichtigste Informationsquelle darstellen. Am 6. Februar 2023, während des Erdbebens und seiner Folgen, machte das Regime die sozialen Medienkanäle praktisch unbrauchbar. Es unterwarf die von ihm selbst verursachten Zerstörungen einer allgemeinen Zensur. Es sabotierte auch die Übermittlung genauer Nachrichten aus dem Erdbebengebiet. Es setzte das Recht auf Information außer Kraft und ließ die Menschen hilflos in einem chaotischen Umfeld zurück.

DIGITALER AUTORITARISMUS

Journalist*innen, die ins Ausland gereist sind, um der starken Repression und Gewalt des Regimes zu entkommen, sind ebenfalls von dem Informationsgesetz betroffen, das in der Türkei als Zensurgesetz ausgelegt werden kann. Viele unabhängige Journalist*innen haben ihre Veröffentlichungen willkürlich eingestellt oder blockiert. Es wurden auch Listen erstellt, um die Twitter/X-Konten von Journalist*innen zu sperren. Diese Willkür zielt auch darauf ab, die journalistische Tätigkeit zu sabotieren, indem der Journalist finanziell geschädigt wird. In dieser Hinsicht werden wir Zeuge der Unterdrückung von Internetveröffentlichungen, die einen Raum für demokratische Stimmen bieten, um sich gegenüber autoritären Regimen Gehör zu verschaffen, unter dem Druck der Regime. Autoritäre Regime stellen jedes Jahr mehr finanzielle Mittel bereit, um die Kanäle der sozialen Medien zu beherrschen. Auch die Kommunikations- und Interaktionsräume der Opposition sind durch den digitalen Autoritarismus bedroht. Dieser Trend gilt nicht nur für die Presse, sondern auch für den Rundfunk. Die digitale Plattform Tabii von TRT wurde als Alternative zu Kanälen wie Netflix geschaffen. Andererseits ist festzustellen, dass es sich bei den angebotenen Inhalten um Propagandamaterial handelt. In der Fernsehserie Metamorphosis beispielsweise geht es um den Menschenrechtsverteidiger und Geschäftsmann Osman Kavala. Die Serie porträtiert Osman Kavala, der trotz EGMR-Urteil seit 2017 im Gefängnis sitzt, aus der Perspektive der AKP. In der Serie wird die reale Geschichte von Osman Kavala quasi durch das Leben von Teoman Bayramlı rekonstruiert, das mit der Geschichte eines kapitalistischen Geschäftsmannes und eines Agenten, der den USA wichtige Informationen über das Land liefert, vermischt wird. Die Ungerechtigkeiten, die Kavala erlitten hat, werden in der Serie natürlich nicht erwähnt. Das Regime zwingt seine eigene Realität auf seiner eigenen Plattform auf. Die Serie wurde

Das Regime stuft oppositionelle Journalisten als Terroristen ein und kriminalisiert ihre journalistische Tätigkeit als Hochverrat und Spionage. Ziel ist es, auch nur die geringste öffentliche Unterstützung für Journalisten zu unterbinden.

kürzlich von TRTs digitaler Plattform Tabi zu TRT 1 verlegt. Das bedeutet, dass die fiktiven Realitäten nun viel weiter verbreitet werden.

DIGITALE GEWALT DES DIKTATORS

Journalist*innen, die gezwungen sind, aus dem prekären Umfeld der türkischen Nachrichtenproduktion abzuwandern, sind auch während ihrer Abwanderung weiterhin den Repressionsinstrumenten des Regimes ausgesetzt. Die Regierung, die sich in letzter Zeit digitalen Gewaltmethoden zugewandt hat, weitet ihren Machtbereich schrittweise aus. Obwohl die erzwungene Migration eine Atempause für Journalist*innen darstellt, sind sie zu Recht beunruhigt, wenn sie zur Zielscheibe des Regimes werden und sogar als Druckmittel wie eine politische Geisel benutzt werden. Andererseits zeigt es auch, wie sehr sich das Regime vor Journalist*innen fürchtet, die in digitalen Räumen veröffentlichen, die noch nicht so mächtig sind wie die traditionellen Medien. Der Druck hat allmählich zugenommen, seit die Veröffentlichungen die breite Masse erreichen. Namen wie Cevheri Güven werden nun von einem viel größeren Personenkreis verfolgt, und ihre Nachrichten werden in den türkischen Mainstream-Medien behandelt. Andererseits berichten Journalist*innen im Exil über Dinge, die sich die Medien in der Türkei nicht trauen. Aus diesem Grund sind Exiljournalist*innen häufig das Ziel von Verleumdungskampagnen der Medien des Regimes. Indem das Regime intensiven Druck auf Exiljournalist*innen ausübt, versucht es, die im Lande verbliebenen Journalist*innen weiter einzuschüchtern, die von ihnen verbreiteten Informationen zu kontrollieren und sogar ihre Stimme ganz auszuschalten.

Während all dies geschieht, bereiten wir einen Bericht darüber vor, wie Journalist*innen im Exil vom

Regime eingeschüchtert und schikaniert werden. Der Bericht wird die Anwendung physischer und digitaler Gewalt gegen Exiljournalisten in der Türkei im Jahr 2023, die Verleumdungskampagnen, den Einsatz von Gerichtsverfahren zur Einschüchterung und die Solidaritätsnetzwerke gegen all dies analysieren. Zu den gefährlichen Methoden gehören die Bloßstellung einiger Journalist*innen in den Medien des Regimes unter Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte, Verleumdung und Beleidigung. Während das Regime sein Netz spinnt, gelingt es den oppositionellen Journalist*innen im Exil nicht, ein gemeinsames Widerstands- und Solidaritätsnetzwerk aufzubauen. Die Frage, was in dieser Hinsicht noch getan werden kann und wie sich Solidaritätsnetzwerke in digitalen und Offline-Umgebungen entwickeln können, wird immer wichtiger.

Das Regime bezeichnet oppositionelle Journalist*innen als Terroristen und kriminalisiert ihre journalistische Tätigkeit als Verrat und Spionage. Selbst die schwache öffentliche Unterstützung für Journalist*innen will das Regime vollständig verschließen.

Journalist*in im Exil zu sein bedeutet, vom Regime verfolgt zu werden. Der Bericht schließt mit einer Zusammenfassung, in der erörtert wird, wie Journalist*innen durch institutionelle Unterstützung gestärkt werden können.

Einige Oppositionskanäle in der Türkei berichten über die unfaire und unrechtmäßige Behandlung von Journalist*innen im Exil.

Ein Punkt, den wir in dem Bericht hervorheben, ist die Berichterstattung über Exiljournalisten, die die gleiche ungerechte Behandlung erfahren haben und früher in den zentralen Medien gearbeitet haben. In dieser Hinsicht werden Journalisten, die in den Medien des Regimes verleumdet werden, die Gegenstand diffamierender Schlagzeilen sind und die vom Regime in den sozialen Medien angegriffen werden, erneut diskriminiert.

Kurdische Journalist*innen und solche, die in Einrichtungen arbeiten, die aufgrund des Ausnahmezustands geschlossen wurden, werden auch von den oppositionellen Medien in der Türkei ausgegrenzt und sind sogar Gegenstand von Hassreden. Diese Situation versetzt die Presse und die Medien der Opposition in eine nützlichere Position als die Medien des Regimes. All dies zeigt, dass der Aufbau von Solidaritätsnetzwerken für Exiljournalisten, insbesondere in den internationalen Medien, heute immer wichtiger wird. Wir hoffen, dass dieser Bericht der Anfang einer solchen Solidarität ist. ■

** Kezban Karagöz, ehrenamtliche Mitarbeiterin von Amnesty Niederlande, die sich mit Menschenrechtsverletzungen befasst, hat an der Universität Istanbul Journalismus studiert und promoviert. Sie besitzt einen Presseausweis der Internationalen Journalisten-Föderation (IFJ).*



ESTHER NAKKAZI *

Freiheit im Angesicht der Katastrophe in Uganda

In Uganda hat die Regierung die Notwendigkeit erkannt, die Mediengesetze zu modernisieren, um sie an die sich wandelnden journalistischen Plattformen anzupassen, und hat zugesagt, sich mit den Interessengruppen über umfassende Änderungen zu beraten.

Tn Uganda wurden 2022 neun Journalisten verhaftet, weil sie Präsident Yoweri Museveni im Internet verfolgt und bedroht hatten. Nach Razzien durch zivilgesellschaftliche Organisationen wurden sie wieder freigelassen.

Die ugandische Regierung strebt eine Änderung des Presse- und Journalistengesetzes an, um dessen Geltungsbereich auf Internetmedien auszuweiten. Die Regierung war Vorreiter bei der Novellierung des Gesetzes über Computermissbrauch. Mit dieser Änderung wurden harte Strafen eingeführt. Die Aussicht auf eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Medienrechte hat bei Menschenrechtsaktivisten und Journalisten Besorgnis ausgelöst.

Die Uganda Law Association hat das Gesetz als verfassungswidrig angefochten und auf Unregelmäßigkeiten bei seiner Verabschiedung sowie auf seine Unvereinbarkeit mit den Verfassungsbestimmungen zur Meinungsfreiheit hingewiesen. Auch Journalisten und Rechtsanwälte forderten das Verfassungsgericht auf, die Änderungen aufzuheben, und kritisierten die weit gefasste Definition von „unerwünschter Information“. Im Januar 2023 gab das Verfassungsgericht den Petenten Recht und er-

klärte Artikel 25 des Gesetzes über Computermissbrauch für nichtig.

Artikel 25, der zur Verfolgung von Regierungskritikern wie Robert Shaka und Joseph Kabuleta genutzt wird, wurde bereits bei Anklagen wegen Aggression angewandt. Auch die Akademikerin und Aktivistin Stella Nyanzi wurde auf der Grundlage dieses Gesetzes verhaftet und verurteilt, weil sie Präsident Museveni in den sozialen Medien kritisiert hatte. Im September 2022 wurde Teddy Nalubowa in ähnlicher Weise wegen beleidigender Kommunikation angeklagt, was das harte Vorgehen der Regierung gegen die Opposition verdeutlicht. Es gab Bedenken hinsichtlich der Überwachung durch die Regierung, da es Beweise für illegale Abhörmaßnahmen und den Kauf von Spionagesoftware aus dem Ausland gab.

Der Zugang zu Informationen war für Journalisten nach wie vor schwierig, da viele wichtige Informationsanfragen noch ausstanden oder abgelehnt wurden. Die Regierung erkannte die Notwendigkeit an, die Mediengesetze zu modernisieren, um sie an die sich verändernden journalistischen Plattformen anzupassen, und verpflichtete sich, die Beteiligten zu umfassenden



FOTO: ISAAC KASAMANI / AFP

Änderungen zu konsultieren.

Die Kontrolle der Regierung über die Medien wurde mit der Zentralisierung der öffentlichen Werbung ab 2019-2020 auch auf den Werbesektor ausgeweitet. Werbeeinnahmen sind für Medienorganisationen von entscheidender Bedeutung, und die Regierung ist zum größten Werbekunden geworden. Strenge Werberichtlinien für elektronische Medien, die im Oktober 2019 eingeführt wurden, schränkten die Inhalte ein, die in Fernseh- und Radiosendern gesponsert oder beworben werden dürfen. Dazu gehörten Beschränkungen für Nachrichten, aktuelle Themen und religiöse Dienste, was Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Redaktionen aufkommen ließ. Es gab jedoch einen Hoffnungsschimmer, als die Regierung zustimmte, nur noch digitale Medien in den Werbeetat aufzunehmen und die Beschaffungsgesetze entsprechend zu ändern.

Inmitten dieser Herausforderungen verschärften interne Spaltungen im Mediensektor die Situation. Es kam zu Meinungsverschiedenheiten darüber, wer die Branche führen sollte, was zu einem Mangel an harmonisierter Selbstregulierung führte. Die Bemühungen der Regierung, den Computer Misuse Act zur Regulierung der Online-Medien einzusetzen, wurden als Re-

aktion auf diese Situation gesehen.

Die Journalisten drängten weiterhin auf eine Selbstregulierung und argumentierten, dass sich die Regierung nach der Umsetzung des Gesetzes zurückziehen würde. Die Regierung betonte jedoch die Wichtigkeit der Regulierung und verwies auf die journalistische Ethik und die Notwendigkeit gemeinsamer Regulierungsmechanismen. Bestehende Institutionen wie die NIJU wurden aufgrund des Wettbewerbs unter den Journalisten funktionsunfähig, was die Selbstregulierungsbemühungen behinderte.

Infolgedessen ist die Medienlandschaft in Uganda geprägt von Versuchen der Regierung, sowohl traditionelle als auch Online-Medien zu kontrollieren, von der Verabschiedung und anschließenden Aufhebung von Änderungen des Gesetzes über Computermissbrauch und von anhaltenden Debatten innerhalb des Sektors über Selbstregulierung. Angesichts dieser Herausforderungen setzen sich Journalisten und Aktivisten für Meinungsfreiheit und Medienrechte ein. ■

** Esther Nakkazi ist eine freiberufliche Wissenschafts- und Technologiejournalistin. Sie ist Uganda ScieGirl Bloggerin, Medientrainerin und Gründerin der Uganda Association of Health Journalists.*



Unterstützen Sie den freien Journalismus



Sparkasse



Langen-Seligenstadt

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre hilfe

International Journalists Association e.V.

IBAN : DE29 5065 2124 0004 1249 13

BIC : HELADEF1SLS



 Sparkasse
Langen-Seligenstadt

 ADVANZIA
BANK



kein Aufwand
dauerhaft gebührenfrei

 ADVANZIA
BANK



INTERNATIONAL
Journalists
INTERNATIONAL JOURNALISTS ASSOCIATION

